# Antifaschistisches INFO Blatt 31

Sept./Oktober 1995 5,– DM






## Aus dem Partei-archiv der NF




## Roskilde: Nazis packen ein




- Verbrechen der Wehrmacht
- Der Begriff „Neue Rechte“
- Nationalismus in der Türkei
- Frauen in der „Anti-Antifa“




**Antifaschistisches INFO-Blatt**
Nr. 31, September/Oktober 1995

**Erscheinungsweise:**
5x im Jahr

**Herausgeber:**
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

**V.i.S.d.P.:** L. Meyer (Adresse s.o.)

**Druckerei:** Eigendruck

**Konto**: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

**Preis:** 5,- DM

**Abo:** 30,- DM/Jahr (s.Seite 21)

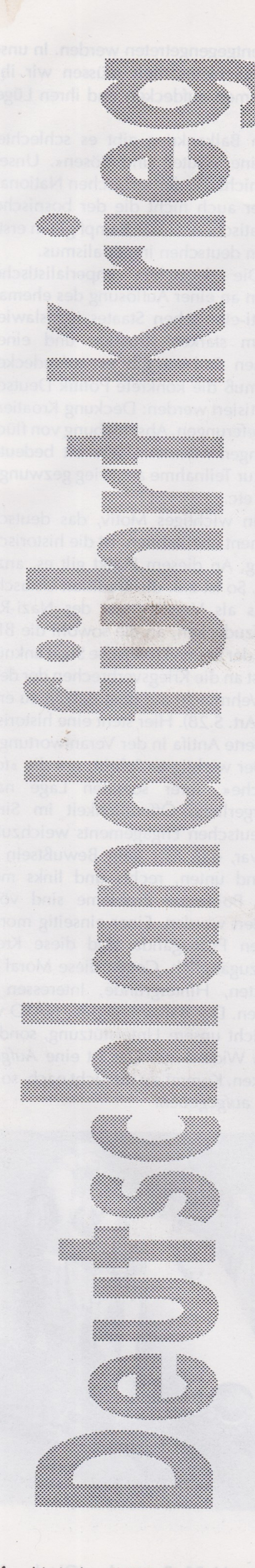
**Nachdruck:** In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

**Anzeigen:** Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.





*Titel: Die großen Fotos sind alle aus Roskilde und von S. Orge/C.P.I.*
*Die kleinen Fotos stammen aus dem Parteiarchiv der NF und es sind Mitglieder der »Gemeinschaft« zu sehen: Uwe Mainka, Dirk Oschmann und Sven Mysor (v.l.n.r.)*



Seit Mittwoch, dem 31. August 1995 steht es also fest: Die NATO fliegt Luftangriffe gegen serbische Stellungen in Bosnien. Damit ist Deutschland zu einer der kriegsführenden Mächte auf dem Balkan geworden. Die Nachricht kam mitten während der Schlußarbeiten für diese Ausgabe. So ist es uns derzeit nicht möglich, die Situation genauer zu analysieren.

Erschwerend kommt hinzu, daß wir keine engeren Kontakte zu antimilitaristischen Gruppen, geschweige denn solchen in Ex-Jugoslawien pflegen. Dennoch halten wir es für nötig, einige Gedanken zur Diskussion zu stellen.

Ziel der Angriffe ist erklärtermaßen, »die Serben« an den Verhandlungstisch zurückzubomben sowie der Abzug schwerer Waffen aus den Gebieten um die Schutzzonen. Das strategische Ziel scheint dabei nur halb durchdacht und unklar formuliert.

Anlaß für die Angriffe war eine Granate noch ungeklärter Herkunft, die auf Sarajevo abgeschossen wurde, und zwar mit Sicherheit in der Absicht, den Verhandlungsprozeß zu sabotieren. Es gibt auf allen Seiten Kreise, die daran ein Interesse haben.

Eine erste oberflächliche Betrachtung ergibt folgendes:

1. Die NATO, die im Auftrag der UNO agiert, hat sich offen gegen eine Kriegspartei – die bosnischen Serben – gestellt. Damit hat sie vordergründig den öffentlichen Forderungen der Bosnischen Regierung Folge geleistet, wonach die internationale Staatengemeinschaft auf Kosten der dort lebenden Serben das nationalistische Projekt eines Staates Bosnien-Herzegowina durchsetzen soll. Da dieser Staat definitiv aufgeteilt werden wird, und die bosnische Hälfte ohne Kroatien nicht lebensfähig ist, setzt die UNO/NATO aber tatsächlich das kroatische Interesse an Hegemonie auf dem Balkan durch. Kroatien seinerseits wird von einem reaktionären Regime unter einem antisemitischen Präsidenten geführt und garantiert seinen serbischen EinwohnerInnen keinen Schutz vor Verfolgung.

2. Mit den Luftangriffen hat sich die NATO in eine Spirale militärischer Eskalation begeben. Es ist jetzt noch zu früh, Prognosen über den Erfolg anzustellen. Doch zeichnen sich einige Gefahren bereits jetzt ab. Schon in der ersten Offensive wurden Bodentruppen – Artillerie auf dem Berg Igman – eingesetzt. Die Luftangriffe werden Aktivitäten nach sich ziehen, um zu verhindern, daß die bombadierten Stellungen erneut bezogen oder andere errichtet werden. Das setzt Bodentruppen voraus. Diese müssen ihre Erfolge aber auch sichern, d.h. als Besatzungsarmee fungieren. Die Folge kann ein langandauernder Partisanenkrieg sein. Das Gelände ist das Traumland jeden Guerillerios. In Deutschland ist man sich dieser Probleme an sich bewußt: Die deutschen Besatzungstruppen konnten die Tito-Partisanen im II.Weltkrieg nicht bezwingen, der Balkanfeldzug wurde zum Fiasko. Militärexperten warnten lange vor einer uferlosen Operation.

Aber in Bundeswehr- und NATO-Kreisen gab es auch immer Scharfmacher, die sich wohl gegen die Warner durchsetzen werden. Die nun ausgelöste Spirale erinnert z.T. an den Beginn des Vietnam-Krieges.

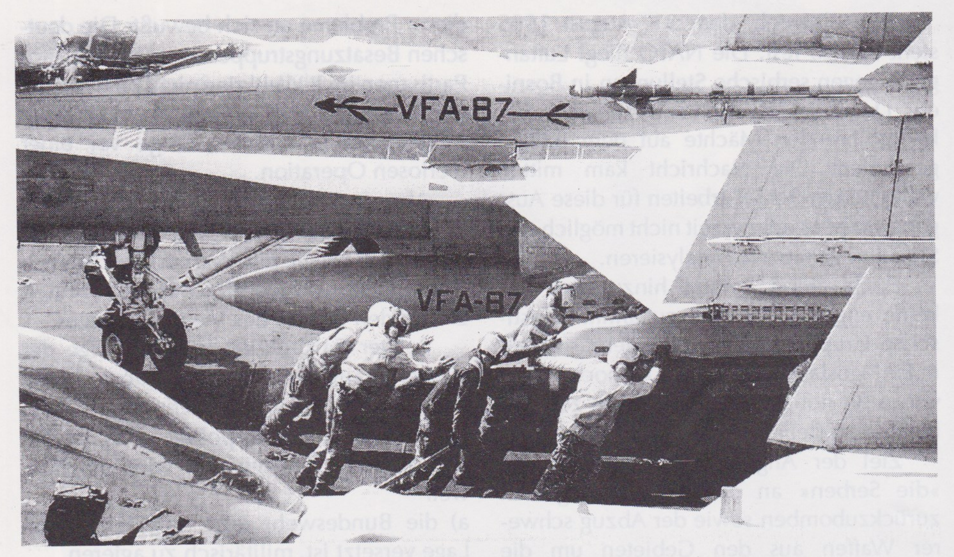
3. Der Balkankrieg ist eine Folge der zunächst ausschließlich von Deutschland vorangetriebenen Anerkennungs- und damit Desintegrationspolitik. Das jetzige anti-serbische Engagement wird möglich, weil

a) die Bundeswehr jetzt rechtlich in die Lage versetzt ist, militärisch zu agieren,
b) weil – vor allem – die USA ihre abwartende Haltung zugunsten der moslemischen Bosnier aufgegeben haben. Das kann mit dem Engagement der islamischen Staaten zusammenhängen.
c) Auch Frankreich hat seine traditionell eher serbisch orientierte Position im Sinne der deutschen Serbenfeindschaft aufgegeben. Dagegen scheint sich England abwartend zu verhalten.
d) Besonders in bezug auf Rußland ist dieser Krieg ein Spiel mit dem Feuer. Seit einigen Jahren betreibt der Westen wieder eine offene Isolationspolitik gegenüber Rußland, die die dortigen Nationalisten aufheizt. Rußland hat traditionell eine pro-serbische Position. Die Bombenangriffe sind gegen den ausgesprochenen Willen der dortigen Regierung und erneut ohne Absprache geflogen worden. Die Konstellation auf dem Balkan ist Sprengstoff, gerade wenn der Westen gegen russische Interessen agiert.

4. Die Aktion weitet den Balkankrieg aus. Es kann zu einer Kettenreaktion kommen. Bereits jetzt fürchten die Kosovo-Albaner, durch die Ansiedlung serbischer Flüchtlinge aus der Krajina in Kroatien – wo 1991 zwischen 40 und 90 % Serben lebten – vertrieben zu werden, die ihrerseits dort nicht sehr glücklich sind. Gleiches gilt für Mazedonien, so daß Griechenland und Albanien langfristig in den Konflikt hineigezogen werden können.

## Die Situation in Deutschland

Deutsche Tornados haben, ausgerechnet am 1.September – dem Anti-Kriegstag – ihre ersten Kampfeinsätze geflogen. Nun könnte Deutschland sein Vietnam erleben. Mit einem Unterschied: In den USA löste der Vietnamkrieg eine Antikriegsbewegung aus, die ihren Teil zur Beendigung beitrug. Der Krieg wurde nicht nur in Fernost verloren, sondern auch in Berkeley und Chicago. Wie sieht die Situation in Deutschland aus?




Von der Regierung wird der Bosnien-Konflikt genutzt, um die deutsche Bevölkerung wie die Weltöffentlichkeit wieder an ein internationales militärisches Agieren Deutschlands zu gewöhnen. Dabei spielt erklärtermaßen nicht nur eine geheuchelte Humanität eine Rolle, sondern auch das nationale Interesse. So konnte man aus den Regierungsparteien schon Stimmen vernehmen, die zum Ziel der Operation erklärten: Deutschland müsse als Weltmacht in der Lage sein, seinen Zugang zu Rohstoffen international zu garantieren. Ohne den Vergleich überspannen zu wollen, fällt doch die Ähnlichkeit zu amerikanischen Erklärungen unmittelbar vor der Intervention in den Vietnam-Krieg auf.

Besonders das Militär muß »seine Jungs« und deren Angehörige weiter schrittweise an Kampf-Aufgaben gewöhnen. Bedenklich stimmen Gerüchte, nach dem die für Jugoslawien bereitgestellten Einheiten besonders rechtslastig sind.

Die deutsche Linke und die Arbeiterbewegung sind stets an der Frage des außenpolitischen Engagements zusammengebrochen: In den Befreiungskriegen war der Kampf gegen die »napoleonische Fremdherrschaft« wichtiger als die bürgerlichen Freiheiten, die sie mit sich brachte. Nach 1848 konnte Bismarck das Bürgertum in den Kriegen zur nationalen Einheit integrieren, auf Kosten des Kampfes um die Republik. Das große Fiasko erlebte die deutsche Arbeiterbewegung als Teil der II.Internationale 1914: Im Namen des Burgfriedens warf sie den Internationalismus über Bord. 1939 war die Linke ebenfalls nicht in der Lage, gegen die imperialistische Aggression vorzugehen. Nun, wo Deutschland wieder in den Krieg zieht, scheint es gar keine Linke mehr zu geben.

Als *amerikanische* Truppen gegen den *arabischen* Irak vorgingen, demonstrierten Hunderttausende. Nun wird Deutschland selbst aktiv, und die Reste der Linken schweigen. Vorbereitet durch eine Presse, die die Regierung in Kriegstreiberei weit übertrifft und eine abscheuliche antiserbsiche Propaganda in die Welt bläst, verlieren sich die Reste der ehemaligen Linken, mit wenigen Ausnahmen, in falsch verstandenem Humanismus, und fordern, »die Serben« zu stoppen, gar ein »zweites Auschwitz« zu verhindern. Angesichts der Notwendigkeit einer anti-imperialistischen Opposition versagt die Linke nicht einfach – sie erweist sich als derzeit nicht existent.

Von folgenden Prämissen müssen wir für den Kampf in Deutschland ausgehen:

1. Eine anti-imperialistische und internationalistische Position. Diese muß sich immer an den berühmten Worten Liebknechts orientieren: Der Hauptfeind steht im eigenen Land. D.h. unser Hauptfeind ist der deutsche Imperialismus und seine kriegerischen Büttel. Vor Ort können unsere Bündnispartner nur diejenigen Kräfte sein, die gegen nationalistische Lösungen, gegen das Völkerschlachten längs ethnischer Grenzen eintreten. Verblüffend ist, daß an multiethnische und sozialistische Traditionen aus der Tito-Ära derzeit in Ex-Jugoslawien niemand anzuknüpfen scheint.

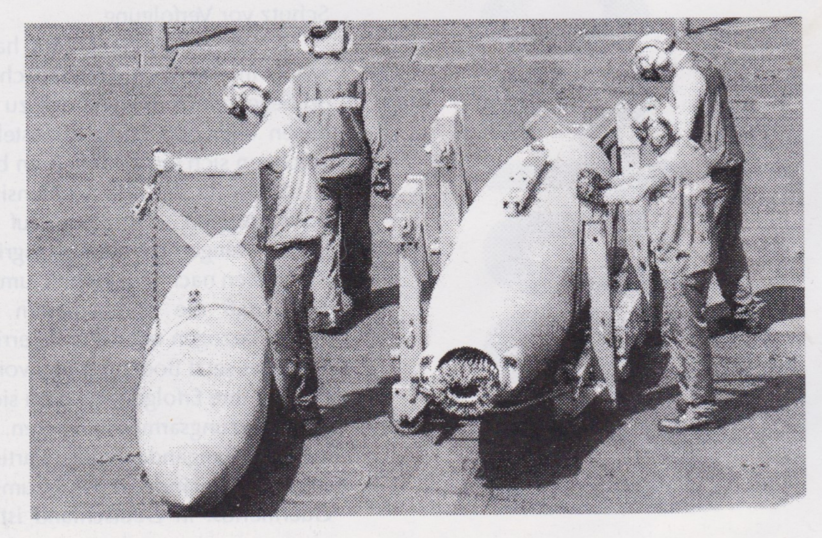
2. Der vollkommen einseitigen anti-serbischen Propaganda in den meisten Medien muß entgegengetreten werden. In unserer Öffentlichkeitsarbeit müssen wir ihre Mechanismen aufdecken und ihren Lügen entlarven.

3. Im Balkankrieg gibt es schlechterdings keine »Guten und Bösen«. Unsere Seite ist nicht die der serbischen Nationalisten, aber auch nicht die der bosnischen oder kroatischen. Unser Kampf gilt in erster Linie dem deutschen Imperialismus.

4. Die deutschen imperialistischen Interessen an einer Auflösung des ehemaligen multi-ethnischen Staates Jugoslawien, an einem starken Kroatien und einem schwachen Serbien gilt es aufzudecken. Ebenso muß die konkrete Politik Deutschlands kritisiert werden: Deckung Kroatiens, Waffenlieferungen, Abschiebung von flüchtigen jungen Männern, was oft bedeutet, daß sie zur Teilnahme am Krieg gezwungen werden, etc.

5. Ein wichtiges Motiv, das deutsche Engagement abzulehnen, ist die historische Erfahrung. An diesem Punkt gilt es, anzuknüpfen. So ist z.B. die Tradition Ustascha-Kroatiens als Vasallenstaat des Nazi-Reiches aufzudecken, an die sowohl die BRD als auch der neuen kroatische Staat anknüpfen; so ist an die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht auf dem Balkan zu erinnern (s. Art. S.28). Hier steht eine historisch interessierte Antifa in der Verantwortung.

6. Der wichtigste Schritt, um die »fortschrittliche«, ihrer sozialen Lage nach kleinbürgerliche Öffentlichkeit im Sinne eines deutschen Engagements weichzukochen, war, daß hier kein Bewußtsein für oben und unten, rechts und links mehr besteht. Politische Probleme sind völlig moralisiert worden. Einer einseitig moralisierenden Propaganda sind diese Kreise darum zugänglich. Gegen diese Moral gilt es, Fakten, Hintergründe, Interessen zu benennen. Der Balkankrieg der NATO verdient nicht unsere Unterstützung, sondern unseren Widerstand. Das ist eine *Aufgabe* der Linken. Kommt sie ihr nicht nach, so hat sie sich *aufgegeben.* ■



# Die Nationalistische Front besteht weiter

# »Kanther lügt!«

**Zu diesem Schluß kam Annelie Buntenbach, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen. Auf einer Pressekonferenz am 21.8. in Bonn legte sie umfangreiches Beweismaterial vor, das dem Chef der verbotenen NF, Meinolf Schönborn, offenbar »um die Jahreswende 1993/94 abhandengekommen sein muß«. Demnach agiert die NF Schönborns heute unter dem Namen die »GEMEINSCHAFT« weiter, verfügte 1993 über eine Organisationsstruktur von 826 Personen und baute ein paramilitärisches Netzwerk auf.**

Dabei hatte die Bundesregierung noch im April 1995 behauptet, daß *»die organisatorischen Strukturen der NF zerschlagen«* seien. Im Vorabdruck des Bundesverfassungsschutzberichtes 1995 wird sie gerade mal erwähnt, Mitgliederzahlen werden nicht angegeben. Diese Angaben widersprechen den Angaben des Bielefelder Staatsschutzes vom Juli diesen Jahres, er sprach von bundesweit 500 Mitgliedern. Die Behörde war öffentlich unter Beschuß geraten und trat die Flucht nach vorn an. Die Pivitsheider Initiative gegen das Organisationszentrum der NF hatte veröffentlicht, daß sich leitende Kripobeamte zum Ringelpietz mit Schönborn begaben und sogar Kaffee und Kuchen mitbrachten.

Das von den Grünen vorgelegte Material stammt aus dem Parteiarchiv der NF. Es beinhaltet zahlreiche Originaldokumente, Redemanuskripte und die Kundendatei des KLARTEXT-VERLAGES. Hier wurden 7600 Personen geführt, Kader und Mitglieder der NF, Sympathisanten und Mitglieder des FÖRDERKREISES JUNGES DEUTSCHLAND (FJD), sowie eine Liste mit dem Code »88«, auf der der paramilitärische Flügel der Organisation geführt wird (siehe Artikel Werwolf). Diese Materialsammlung wurde vom Antifaschistischen Autorenkollektiv untersucht und ist ausführlich dokumentiert in dem demnächst erscheinenden Buch »Drahtzieher im braunen Netz«. Belegt werden konnte ein weitaus größerer Umfang der NF-Aktivitäten bis Ende 1992, als von den Sicherheitsbehörden bisher eingeräumt wurde. Die Fortführung der NF wird durch eine Adressenliste aus dem Archiv belegt, die auf den 15.11.1993 datiert ist, also knapp ein Jahr nach dem Parteiverbot. Fein säuberlich sind hier die Mannen Schönborns unter Nummerncodes in Rubriken zusammengefaßt, die ihnen innerhalb der Struktur eine bestimmte Aufgabe und Rangordnung zuweisen: Der Führungskreis von Schönborns Fortführung der NF unter dem Namen GEMEINSCHAFT bestand demnach 1993 aus 25 Personen, allesamt Kader der alten NF. Der erste Kreis um den Organisationskern wurde von zwei Organisationsbereichen gebildet. Sie bestanden größtenteils aus jüngeren Parteimitgliedern (je 28 Leute), die oftmals im Herbst 1992 ihren NF-Aufnahmeantrag gestellt haben. Natürlich fehlen auch nicht die Mitglieder und Sympathisanten des Förderkreises Junges Deutschland (FJD) (256), der laut Kanther nichts mit der NF zu tun habe. Die abschließende Liste mit dem Code »37« führte 360 Personen. Hier befinden sich die Personen, die über den sogenannten PROPAGANDAVERTEILKREIS (gegr. 1.7.1993) Material beziehen sowie zahlreiche einflußreiche Alt-Nazis und Mitglieder anderer Neonazi-Gruppen. Geführt werden Mitglieder der FAP, der GESINNUNGSGEMEISCHAFT DER NEUEN FRONT, der WIKING JUGEND und der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN. Zu den einflußreichsten Förderern und Beratern der NF zählen der Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER aus Hamburg und vor allem der Gottvater der NF, der Alt-Nazi HERBERT SCHWEIGER aus Österreich. Mit Schweigers Hilfe wurde die NF voll auf SS-Kurs eingeschworen. Er überarbeitete zusammen mit Rieger und dem Regensburger Rechtsanwalt GÜNTHER HERZOGENRATH-AMELUNG das Par-

***links: Schönborn-Anhang marschiert zu Ehren der Waffen-SS, Volkstrauertag '92 bei Detmold***
***rechts: Hans-Christian Sanders, NF-Ortsgruppe Berlin***









*links: Ingo Krause aus Colditz*
*rechts: Andreas Geithe aus Berlin, beide Gemeinschaft*

teiprogramm der NF, das heute unter dem Namen »Deutsche Grundsatzerklärung« als politische Kursbestimmung der Gemeinschaft fungiert. Dieser hundertprozentig nationalsozialistische Schwachsinn machte die NF beliebt bei den Alt-Nazis.

Mitglieder der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (DKG), der DEUTSCHEN FREIHEITSBEWEGUNG, der ARTGEMEINSCHAFT und z.B. der Zeitung NATION UND EUROPA machen ca. 10% der Anschriften aus. Es muß davon ausgegangen werden, daß aus diesen Kreisen logistische Unterstützung läuft und reichlich Geld in die junge Naziszene gepumpt wird.

Insgesamt kann man über das Parteiarchiv sagen: Deutsche Gründlichkeit vom feinsten, die Antifas werden es danken. Die Herkunft bleibt auch bei Nachfragen unklar. Bekannt ist, daß Schönborn sich durch seinen herrischen Führungsstil auch innerhalb der eigenen Organisation Feinde machte.

Am wenigsten erfreut dürften neben Kanther und Schönborn vor allem die aufgeführten Neonazis sein. Die Antifas wissen heute mehr über deren Organisationsstruktur als sie selbst – Pech, wenn man sich in die Hände einer lausigen Kopie eines Generalfeldmarschalls begibt. Denn mehr ist Schönborn nicht. Er ist in erster Linie ein Organisator, die Ideologie ist ihm relativ egal, wenn sie nur zur Macht führt. Seine Rhetorik erschöpft sich in der Steigerung seines Lieblingsspruchs »Kameraden, der Kampf wird härter«.

Doch so jämmerlich die Person Schönborns auch sein mag: er bleibt gefährlich, da er offensichtlich gerade bei alten Mitgliedern der Waffen-SS großes Vertrauen genießt und über gute Kontakte in den Polizeiapparat verfügen muß – von den Razzien gegen ihn war er in der Regel vorab informiert. Die alten SS-ler glauben in ihm jemanden gefunden zu haben, der ihren Wahn weiterführen wird. Denn Schönborn ist von der Idee besessen, eine Kopie der SS aufzubauen. Auf dieses Ziel war die NF ausgelegt, auch schon zu Zeiten der Legalität. Die NF orientierte sich bereits zu der Zeit auf ein Weiterbestehen in der Illegalität, baute eine voneinander abgeschottete Organisationsstruktur auf und orientierte die Organisation auf eine Arbeit von Zellen, deren komplette Mitgliedschaft ausschließlich der Führung bekannt war. Genommen wurde man nur, wenn man sich bedingungslos dem Wechselspiel aus Befehl und Gehorsam unterwerfen wollte und Schulungen regelmäßig besuchte. Den Hauptzulauf erhielt die NF in den Jahren 1991/1992, in dieser Zeit konnte sie ihre Mitgliedschaft auf mindestens 260 Personen vervielfachen. Auf hemmungslose Aktivisten, die überall Randale suchen, wurde verzichtet, im Mittelpunkt stand der Aufbau einer politischen Armee: »Eine Organisation muß aufgebaut und geführt werden wie eine Armee«. So bestand die Leitung jedes Organisationsteils aus einem Führer, seinem Stellvertreter und

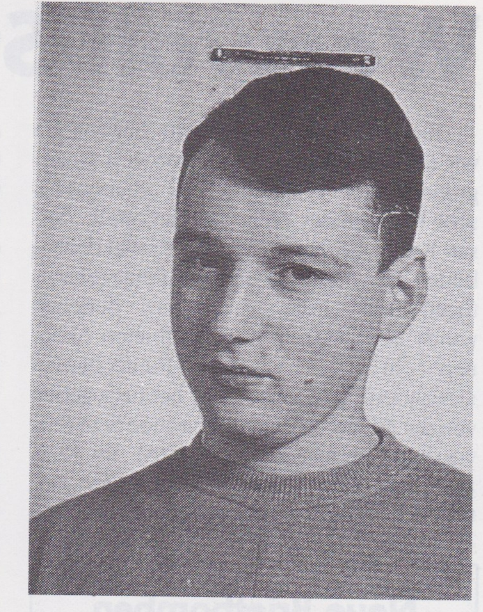
einem Unterführer. Die Mitglieder eines Bereiches kannten nur die jeweils Verantwortlichen, jedoch nicht Mitglieder anderer Bereiche. Ab 1991 baute die NF sogenannte Vorortstrukturen aus, da die Mitgliedschaft zu groß wurde, um Konspirativität sicherzustellen. Ausgebaut wurden dezentrale Strukturen, die jedoch weiterhin den Befehlen der Zentrale unterworfen waren. Als sich die Organisation im August 1992 unter lauten gegenseitigen Anschuldigungen spaltete, war dieser Prozeß bereits abgeschlossen. Der Großteil der Mitglieder (etwa 180) ging mit dem Berliner ANDREAS POHL (heute SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT) und wurde nicht vom Verbot betroffen. Wenn es überhaupt eine Spaltung gegeben hat, war sie nur von kurzer Dauer. Heute arbeiten beide Flügel wieder zusammen und bilden die größte Neonazi-Untergrundstruktur in Deutschland (ca. 1500 Mitglieder).

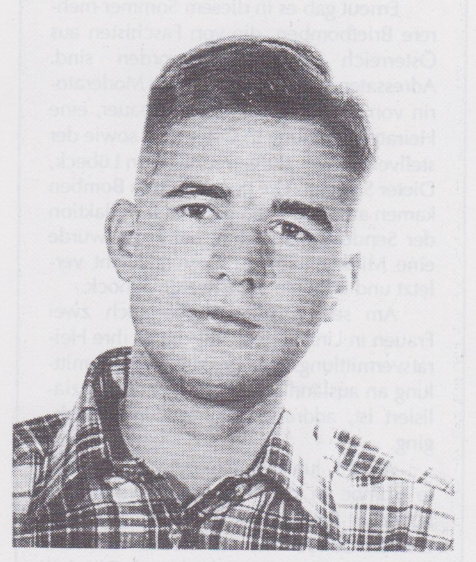
Die NF war nicht nur in Deutschland aktiv sondern auch im Nachbarland Österreich. Die österreichische Sektion agierte unter dem Namen Volkstreue Jugendoffensive (VJO). Ihr Führungskader ist der Kärntner ANDREAS THIERRY. Dazu gehören tat auch der derzeit im Briefbombenprozeß angeklagte FRANZ RADL jun. Getroffen haben dürften sich die Nachwuchs-SS-ler auf den Tagungen der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG). Ab 1988 nahm die NF regelmäßig an deren Treffen teil, im Jahr 1991 mit 16 Personen.

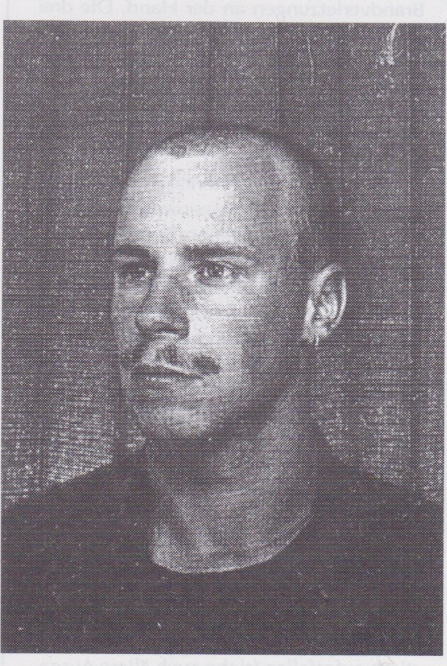
Dort ist die eigentliche Schaltstelle der Neonazi-Szene zu suchen. Die nächste Gästewoche der DKG findet Ende September in Deutschland statt, voraussichtlich in Altenberg (Sachsen). Ein Großteil der regelmäßigen TeilnehmerInnen werden auf den Organisationslisten Schönborns geführt.

Die Gemeinschaft verschickt seit Anfang diesen Jahres ihr Material aus Arnhem (Niederlande). Die Briefe werden in verschiedene Briefkästen in Deutschland aufgegeben. Aus Arnhem sind die bereits angeführte »Deutsche Grundsatzerklärung«, die Organisationsrundschrift »Deutschland – Unsere wichtigste Aufgabe für die Zukunft!« und die Fernschulungsbriefe »Lebensborn – Leitheft für Deutsche Ordnung« zu beziehen. Das Strickmuster ist von der alten NF her hinlänglich bekannt. Geworben wird für eine Kaderstruktur, die *»Organisation«* müsse *»eine stahlharte Bewegung sein«* und die *»Mitglieder müssen den absoluten Willen zur Macht haben«*. Um in diesem erlauchten Kreis der Volkstumskämpfer mitmischen zu dürfen, hat man die Fernschulungshefte auswendig zu lernen, bevor man zum Seminar geladen wird. Diese Lektüre wäre eigentlich ziemlich amüsant, wenn es nicht genügend Verwirrte gäbe, die auf so etwas ansprechbar wären. Hier eine kleine Kostprobe: *»Ich suche nur Freunde meiner Art; Ich gehe nur mit meiner Art ins Bett; Ich melde alles Artfremde«* oder *»Ich lese deutsche Schriftwerke; Ich höre deutsche Musik; Ich schreibe Aufsätze über große Deutsche; Ich schweige über die Zeit von 1914 bis 45.«*

Nach der Pressekonferenz der Grünen setzte hektisches Treiben im NF-Zentrum ein. Ein Stelldichein gaben sich u.a. der Leiter des VÖLKISCHEN BUNDES, PETER NAUMANN, und ein Teil der Führungsmannschaft Schönborns. ■







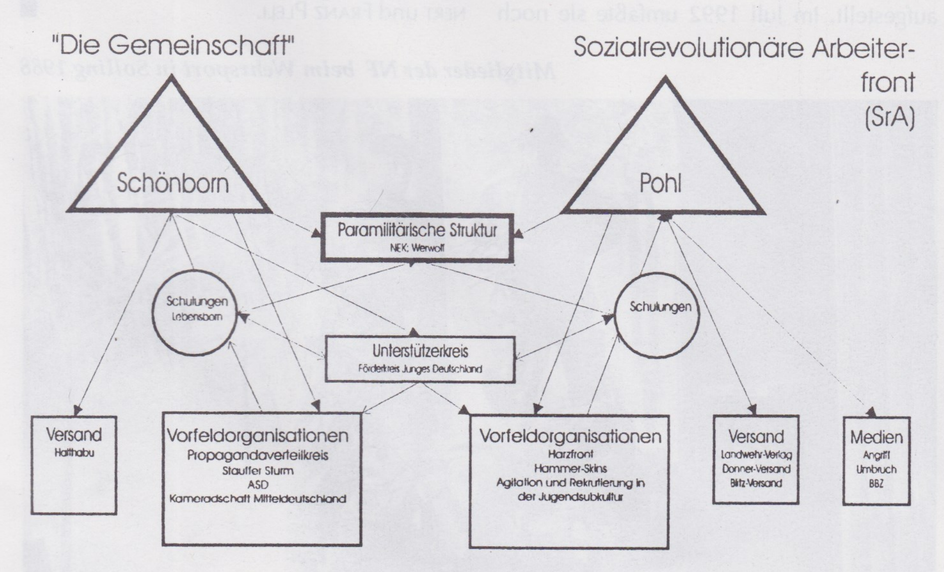
*oben: Jan Gallasch aus Berlin, Ziehsohn von Ulli Boldt*

*mitte: Lars Kirchner aus Vienenburg*

*unten: Jens Hauswald*

*(alle Gemeinschaft)*

***Die NF und ihre Nachfolgeorganisationen***



# Werwolf-Struktur

Im letzten Antifa-Infoblatt berichteten wir über den Aufbau einer Werwolf-Untergrundstruktur. Wir haben das organisatorische Konzept des Werwolfs vorgestellt, dessen Kader ein Netzwerk von Kontaktleuten bilden, die ihrerseits über Waffenlager verfügen und Gruppen anleiten. Berichtet wurde über Aufrufe zu bewaffneten Aktionen in den Neonazi-Publikationen »UMBRUCH« und »ANGRIFF«, herausgegeben von der NF-Nachfolgeorganisation SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT (SrA). Im Konzept obliegt der Oberbefehl über den Einsatz der Gruppen der politischen Führung, außerdem wird festgelegt, daß der legale und illegale Organisationsteil sich teilweise überschneiden. Im August 1995 trat nun der Nazi-Terrorist PETER NAUMANN in einer Sendung des Magazins Panaroma in Erscheinung und verkündete medienwirksam seine Absage an den Terror. Zur Unterstreichung seiner hehren Absichten ließ er acht Waffenlager auffliegen, die größtenteils älteren Datums sind. Naumann erhofft sich von seinem Auftritt eine Lockerung der Verbotsverfügungen gegen die Neonazis, was als eine handfeste Drohung zu verstehen ist, nach dem Motto: Werden die Verbote nicht aufgehoben, dann krachts. Denn Naumann ist nicht ausgestiegen, er war in der letzten Augustwoche Gast im NF-Zentrum Detmold-Pivitsheide, seine Ankündigung kann nur als taktischer Winkelzug gewertet werden.

Im Bild der Magazinsendung war auch MEINOLF SCHÖNBORN zu sehen. Er und der WIKING-JUGEND-Barde FRANK RENNICKE seien nach Schönborns Angaben als Zeuge anwesend gewesen und überhaupt nach Schönborn führe der »´Rechtsterrorismus´ ... in eine endgültige politische und völkische Sackgasse!«. Interesse daran hätten u.a. die zahlreichen Verfassungsschutzagenten in der Szene.

Dabei zeigte Schönborn bislang offensichtlich höchstpersönlich Interesse an der Herausbildung einer rechtsterroristischen Struktur. Auf seinen Organisationslisten der Gemeinschaft befindet sich eine Liste, die mit dem Code »88« überschrieben ist. Sie umfaßt 70 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und vorrangig Mitglieder der angeblich konkurrierenden SrA. Die ursprüngliche Version dieser Liste befindet sich in der Klartext-Datei der alten NF. Demnach wurde diese Struktur ab April 1991 aufgestellt. Im Juli 1992 umfaßte sie noch 101 Personen, bei denen es sich größtenteils um geschulte Kader der NF handelte, die eine Vorliebe für Paramilitärisches aufweisen. Die 31 Personen, die sich 1993 nicht mehr auf der Liste befanden, sind vorrangig bekannte NF-Mitglieder, die für konspirative Angelegenheiten »verbrannt« sind. Dazu zählen unter anderem der Berliner HOLGER STEINBIß, der im letzten Infoblatt als Mitglied der Redaktion der Werwolf-Zeitung NS-DENKZETTEL vorgestellt wurde. Auch die alten NF-Kader ENNO GEHRMANN und ANDREW STELTER fehlen auf der Version von 1993.

*»Auffallend an dieser Liste ist die große Überschneidung von Adressen der Neonazis mit Wehrsportübungen und Waffenfunden der letzten Zeit«*, urteilen die Autoren des »Drahtziehers im braunen Netz«. Ins Auge fallen uns die Neonazis aus der Hochburg der Wehrsportübungen in Königs-Wusterhausen (Brandenburg). Auffällig an dieser Szene ist deren enorme Brutalität (5 Morde seit 1990), umfangreiche Schießübungen in den Wäldern und der Verzicht auf Propaganda, der bei einer starken Ortsgruppe der NF-Nachfolger zu erwarten wäre. Alles sieht so aus, als ob der Landkreis für paramilitärische Übungen »sauber gehalten« wird. Auf der ersten Version von 1992 finden sich hier drei Schlüsselfiguren der Neonazis, die zugunsten von zwei wenig Bekannten heute nicht mehr geführt werden. Dabei handelt es sich um HAGEN BOHRLOCH aus Bestensee, der sich heute als Ordner in der Discothek Sixt Club betätigt und laut Beobachtungen Drogen an Hooligans verkauft, RENÉ MAURITZ, der Gründer der NF-Kameradschaft war, und MARKOLF BRUMLICH, ebenfalls Kader der NF. Wir berichteten im letzten Infoblatt auch über umfangreiche Waffenfunde in Traunstein. Mittlerweile sind die Händler verurteilt, ein vorher verkündeter Zusammenhang mit Neonazis wurde jedoch aus dem Prozeß ausgeblendet. In Traunstein wurden drei Personen der Liste »88« geführt: WILFRIED BÜHLER, JOCHEN LEHNERT und FRANZ PLELI. ■

## Neue Briefbomben

Erneut gab es in diesem Sommer mehrere Briefbomben, die von Faschisten aus Österreich abgeschickt worden sind. Adressaten waren diesmal eine Moderatorin von »Pro 7«, Arabella Kiesbauer, eine Heiratsvermittlung in Österreich sowie der stellvertretende Bürgermeister von Lübeck, Dieter Szameit. Die ersten beiden Bomben kamen am 9. Juni '95 an: In der Redaktion der Sendung »Arabella« bei Pro 7 wurde eine Mitarbeiterin im Gesicht leicht verletzt und erlitt einen schweren Schock.

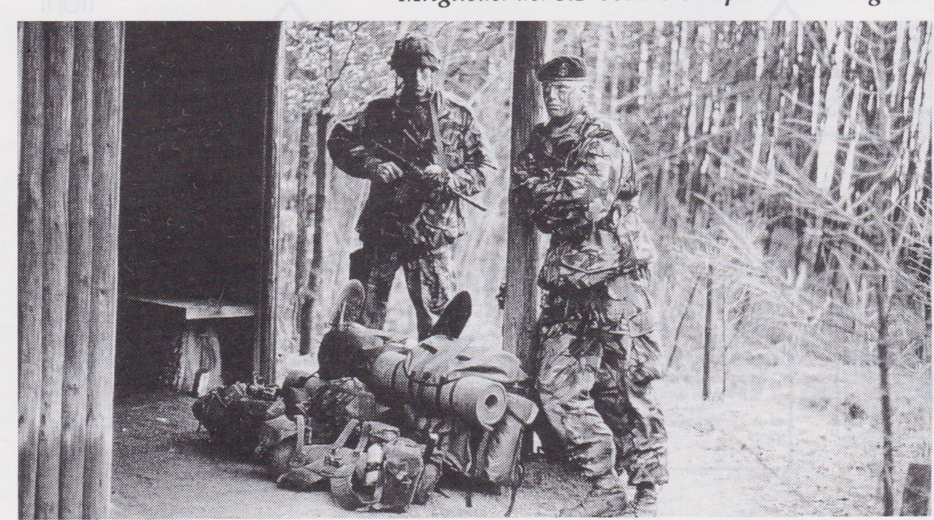
Am selben Tag wurden auch zwei Frauen in Linz verletzt, als die an ihre Heiratsvermittlungsagentur, die auf Vermittlung an ausländische PartnerInnen spezialisiert ist, addressierte Briefbombe hochging.

Am 13. Juni '95, explodierte eine dritte Bombe in der SPD-Fraktionsstelle im Lübecker Rathaus. Dabei erlitt der Fraktionsvorsitzende Thomas Rother schwere Brandverletzungen an der Hand. Die drei Bomben wurden wieder in Österreich abgeschickt. Die an Frau Kiesbauer versandte Bombe wurde in der Wiener Neustadt eingesteckt, in Ternitz die Bombe nach Linz und in Salzburg die an Dieter Szameit.

Bereits vor den Attentaten verschickte die »BAJUWARISCHE BEFREIUNGSARMEE«, die sich zu vorangegangenen Briefbombenattentaten bekannte, ein 27seitiges Schreiben, in dem sie auch auf die folgenden Anschläge Bezug nahm, ohne sie jedoch ausdrücklich anzukündigen. In diesem Schreiben tauchte auch Arabella Kiesbauer als auserwähltes Opfer aus. Jedoch wurde sie von der Polizei nicht gewarnt.

Die Polizei in Österreich gab währenddessen bekannt, daß sie auch in den eigenen Reihen ermittele. Nachdem Zeitungen berichtet hatten, die Bekennerschreiben deuten auf Polizei-Insiderwissen, schließe man dies nicht mehr aus. Schon in der Vergangenheit sind einzelne Beamte bis hin zu ganzen Einheiten der Polizei, z.B. in Wien, als rechtsextremistisch aufgefallen (siehe auch ältere Ausgaben des AIB).

*Mitglieder der NF beim Wehrsport in Solling 1988*



*Die Liste »88«, Stand 15.11.93*

Matthias Wehse
Leutewitzer-Ring 68
01169 Dresden

Enrico Stroyny
A.Damaschke Pl 13
03130 Spremberg

Patrick Stindl
Jahann-Richter-Str.5
09122 Chemnitz

Mario Berlin
Herbert-Baum-Str. 15
13088 Berlin
9662960

Patrick Cuhrts
Weidenweg 22
14669 Ketzin

Michael Schulz
Dorfstr. 26
15913 Zaue

Olaf Degenhardt
Wilhelm-Pieck-Platz 35
16766 Kremmen

Dirk Bollmann
Langenfelde 1
23611 Bad Schwartau
0451/284012

Lynn Edwards
Sedanstr. 126
28201 Bremen

Jörg Scharlewski
Landfurt 43
34414 Warburg

Andreas Schwab
Lustgarten 3a
39317 Parey

Alexander B. Ernst
Am Eichenkamp 37
5060 Berg.-Gladb. 1
02204/65732

Harry Fries
Zweibrücker Str. 26
66538 Neunkirchen

Klaus Luchs
Tannenstr. 18
71272 Renningen
07159/6942

Kay Lennartz
Zurzacherstr. 16 A
7897 Rheinheim
07741/65057

Uwe Semmler/bei Heym
Ringbergstr. 113
98528 Suhl
73850

Steffen Marx
Karl-Wezel-Str. 53
99706 Sondershausen

Rene Herkle
Otto-Grotewohl Str. 26
O-4020 Halle-Saale

Matthias Rekow
Pfeifferhannsstr. 20
01307 Dresden

Carsten Schittko
Bernburger Str. 12-13
06108 Halle
00468747383

Peter Vogelsang
Ludwig Kuhn Str.15
09123 Chemnitz

Lars Breuer
Glasmeisterstr.2
14478 Potsdam

Rüdiger Becker
Kl.-Gottwald-Str. 7
15711 Königs Wusterhausen
72794

Mario Becker
A-Buchmann 20
16515 Oranienburg

Jens Stumpf
Groß-Ziethener Str. 2
16766 Staffelde

Manuel Hischebeth
Jahnstr. 3
23970 Wismar

Thomas Steljes
Karl-Peters-Str. 61
28217 Bremen
391713

Ingo Hoos
Tannenstr. 1
3579 Wasenberg
06691/24689

Sascha Fenten
Wiedemannstr. 126a
4050 Möchengladbach 3
02166/604893

Axel Radloff
53424 Remagen
0228/8342

Alexander Niederhöfer
Beethovenstr. 46
67655 Kaiserslautern
0631/25262

Markus Reil
Ziegelhalle 5
72666 Neckartailfingen
07127/32276

Jochen Lehnert
Mühlenstr. 18
83278 Traunstein
0861/13171

Alexander Birjukow
Viliniuserstr.4/48
99089 Erfurt

Rene Dreblow
Dameroustr. 43 a
O-1100 Berlin

Michael Ehrhardt
O.-Schott-Str.22
O-6900 Jena

Andre Reiter
Otto-Grotewohl-Str.11 B
01705 Freital

Christian Färber
Okenstr.
07745 Jena

Torsten Keil
Geithainer Str. 1
09306 Königsfeld

Nick Lajow
Anni-Krauss-Str. 6
14532 Stahnsdorf

Sven Schulze
Thälmannstr. 31
15741 Bestensee

Marco Steinfurth
Augustin-Sandfner-Str. 30
16515 Oranienburg

Michael Kadach
Arnold-Zweig-Str. 119
18435 Stralsund

Marco John
Asperkamp 20
24539 Neumünster
04321/7511

Thomas Behrends
Westvictorburer Str. 29
2963 Südbrookmerland
04941/5803

Mario Lange
Salzungerstr.69
36460 Merkers

Rico Lehmann
Alte Lindenstr. 20
48565 Steinfurt
02552/60527

Dietmar u.Harry Schulz
Breite Str.124
59379 Selm
02592/24169

Christian Hertel
Viehweg 31
7022 Leinf.-Oberaichen
0711/7541525

Marko Lusch
Im Stollenort 16
77731 Willstätt
07852/7322

Kilian Hartmann
Schlesierstr. 1
92665 Altenstadt
09602/5977

Stephan Gerschütz
Sauerdornweg 27
99097 Erfurt

Wolfgang Kaiser
Joh.-Bobrowski-Str. 3
O-1150 Berlin-Hellersdorf

Dennis Ruger
Schmiedestr. 2
02943 Weißwasser

Gunter Jecke
Margarethenstr. 18
07768 Kahla

Thomas.Markowska
Mellenseestr. 33
10319 Berlin

Matthias Petzoltz
Süd-West-Kirchhof 03
14532 Güterfelde
62478

Dietmar Hoffmann
Postf 0304
15868 Blasdorf

Jens Og
Breitestr. 42
16727 Eichstädt

Rene Robel
K.-Fr.-Flemmingstr. 1
19061 Schwerin
011/611698

Markus Lemkuhl
Johannestr. 8
27711 Osterholz-Scharmbeck
04791/5374

Andreas Keunecke
Alt Klein Bülten 20
3152 Klein Bülten

Hendrik Möhlbach
A-Einstein-Str. 4
38855 Wernigerode
371183

Wolfgang Schwabe
Rohdewaldstr. 6
48565 Steinfurt
02551/80960

Peter Stempel
Reinickendorfer Str. 12
66424 Homburg
06841/755422

Mathias Heyn
Postfach 65
7122 Borsdorf
00374291/674

Mario Künzel
Stadtgrabenstr. 4
78187 Geisingen
07704/6213

Hans-Günter Laimer
Mühlstr. 23
94431 Pilsting
09953/415

Dominik Stiebritz
Döllstädtstr. 18
99423 Weimar

Mario Adomeit
Frankendamm 11
O-2300 Stralsund

# Aufbau und Arbeit der Zellenstruktur

## am Beispiel der Region Ostharz

**Durch die Ende '92 erfolgten Parteienverbote (NF, DA, NO) und spätestens durch die nach Fulda einsetzende Repression gegen faschistische Organisationen, strukturierte sich die NS-Szene um. Seitdem wird versucht, ein Netz von nach außen unabhängig auftretenden und intern hierarchisch organisierten Zellen aufzubauen. Dabei spielt die verbotene N, bzw. deren Nachfolgeorganisationen eine Vorreiterrolle. Das zeigt sich besonders in den neuen Bundesländern, da die Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA – nach der »Spaltung« der NF aus dem Pohl-Hupka-Flügel hervorgegangene Kaderorganisation) ihren Sitz nach Berlin/Brandenburg verlegte.**

Die für eine Zellenstruktur notwendige Basisarbeit wurde von ehemaligen Führungskadern der NF, vor allem im Großraum Berlin und im Ostharz verrichtet (Berlin/Brandenburg: ANDREAS POHL; Sachsen Anhalt/Ostharz: STEFFEN HUPKA). Im Raum Berlin/Brandenburg konnten die Nazikader auf schon bestehende NF-Kameradschaften zurückgreifen und ihre Struktur schnell und effizient ausbauen.

Im Harz war die Ausgangslage etwas anders. Es gab im Dreieck Quedlinburg-Halberstadt-Wernigerode eine starke faschistische Szene, die allerdings unorganisiert oder durch die FAP-Wernigerode beeinflußt war. Besonders die Szene in Quedlinburg erlangte durch die rassistischen Pogrome im September '92 bundesweite Beachtung. Deshalb war es nicht weiter verwunderlich, daß der NF-Kader Steffen Hupka Ende '93 nach Quedlinburg zog. Hier brauchte er nur noch das vorhandene Potential zu organisieren und zu schulen. Getreu dem Zellenkonzept geschah das nicht unter dem Namen SrA, sondern als sogenannter »UNABHÄNGIGER ARBEITSKREIS« (UA). Dem UA gehören unter anderen die stadtbekannten Neonazis DAVID SEIDLITZ, RONNY DALCHAU, CHRISTIAN MOHR und LARS ENGELMANN an.

Nach Festigung der Struktur (Schulungen, Seminare, Wehrsportübungen) wurde das Konzept auf die umliegenden Städte und Kreise ausgeweitet. So traten in der Umgebung Quedlinburgs weitere Zellen unter den Namen »HARZER HEIMATSCHUTZBUND« (Thale) und »AUFBRUCH« (Blankenburg) in Erscheinung.

Diese Gruppen bilden zusammen die »HARZFRONT«. Diese Struktur wird von Hupka koordiniert, dafür spricht das von ihm angemietete Postfach in Quedlinburg,



*Mitglieder des »Unabhängigen Freundeskreis«*
*hintere Reihe:*
*1.v.l. Ronny Dalchau, 3.v.l. Steffen Hupka*
*vordere Reihe:*
*v.l.n.r David Seidlitz, David Ruske.*



welches als Kontaktadresse für den UA und die »Harzfront« fungiert.

Dieses Netz ist nicht isoliert, sondern arbeitet in Form des »DEUTSCHEN FREUNDESKREIS NORDHARZ« (DFN) mit anderen neonazistischen Organisationen (FAP, NPD, JN, DL, REP...) zusammen. Der DFN nimmt somit eine zentrale Rolle bei der Koordinierung faschistischer Aktivitäten im Harz ein. Als Organ des DFN dient der »NORDHARZER INFODIENST«, in dem über gelaufene Aktivitäten und die voranschreitende Aufbauarbeit berichtet wird.

Durch das Verbot der FAP wurde die Wernigeroder Kameradschaft, welche mit 60-70 Mitgliedern eine der größten der BRD war, in das SrA-Zellensystem gedrängt. War bisher THORSTEN HEISE, kommissarischer Landesvorsitzender der FAP Sachsen-Anhalt, Drahtzieher der NS-Szene in Wernigerode, so übernahm Steffen Hupka jetzt diese Funktion.

Somit arbeiten die Faschisten im Ostharz über ehemalige Parteigrenzen hinaus zusammen. Diese Zusammenarbeit äußert sich in massiver identischer Propagandaarbeit (insbesondere zum 8. Mai), Organisierung von Faschokonzerten in Wernigerode und Hedersleben bei Quedlinburg, sowie vielen militanten Aktionen gegen Antifas und ihre Treffpunkte. Desweiteren fanden häufiger gemeinsame Treffen in Quedlin-



burg und Wernigerode statt, bei denen Faschos aus den verschiedenen Städten der Region als Ordner eingesetzt wurdem.

In letzter Zeit betreiben vor allem die Quedlinburger Faschos massive Anti-Antifa-Arbeit. So wurden zuhauf Flugblätter verteilt, in denen Antifas namentlich denunziert und das alternative Quedlinburger Jugendzentrum »Reichenstraße 1«, das mehrfach erfolglos angegriffen wurde, als angeblicher Ausgangspunkt von *»Antifaterror«* bezeichnet und dessen Schließung gefordert wurde. Die daraufhin in der Stadtverwaltung ausgelöste Diskussion um die Schließung muß als ein Erfolg der Anti-Antifa bezeichnet werden.

Doch damit nicht genug. In den letzten Monaten erweiterten die Ostharzer Neonazis ihr Aktionsfeld auch nach Thüringen. So versuchten sie, im Landkreis Nordhausen am 24.6. eine Sonnenwendfeier mit ca. 160 Beteiligten sowie am 5.8. einen



Aufmarsch mit ca. 180 Beteiligten durchzuführen. Beide Aktionen waren verboten und wurden durch die Polizei aufgelöst bzw. verhindert. Unter den Festgenommenen befanden sich der Demoanmelder Steffen Hupka und Christian Mohr.

Durch die aktive Zusammenarbeit der verschiedenen faschistischen Organisationen und vor allem der militanten Nazizellen im Harz, entwickelt sich die gesamte Region zu einer der bedeutendsten Hochburgen des Neofaschismus in der BRD. ■

***Deutsche Recken:***
***1.v.l. David Seidlitz, 2.v.l. Ronny Dalchau, 1.v.r. Davis Ruske***



***Deutscher Haarschnitt Marke SrA (pflegeleicht)***



# Altenberg

## Wochenendtagung des FREUNDESKREIS ULLRICH VON HUTTEN

Vom 14. 7. bis 16.7. fand in Altenberg bei Dresden im Gasthaus Knappensaal eine »*geschlossene Veranstaltung*« des FREUNDESKREIS ULLRICH VON HUTTEN, den man getrost als Leitung der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (DKG) bezeichnen kann, statt. Ursprünglich sollte das ganze in Luisental/Thüringen über die Bühne gehen. Doch die Nazis hatten nicht mit dem Widerstand der antifaschistischen GewerkschafterInnen gerechnet. So mußten sie nach Sachsen umziehen, wo jedoch abermals engagierte GewerkschafterInnen Widerstand organisierten und die Nazis erneut zum Umziehen zwangen, wenn auch nur ins Nachbardorf – eben Altenberg.

Die Nazitruppe unter Leitung von LISBETH GROLITSCH debattierte über Strategien für die nächste Zeit.

Das Tagungsprogramm bot (versteckte) Hinweise, wo die Hauptaktivitäten der rechtsradikalen Gruppen im nächsten Jahr liegen sollen. In Klammern jeweils die Beobachtungen und Interpretationen aus antifaschistischer Sicht.

- *Mitgliederversammlung der NOTGEMEINSCHAFT FÜR VOLKSTUM UND KULTUR* (Geldbeschaffung, Kontakte mit bürgerlichen Konservativen, Veranstaltungen und Publikationen, Unterstützung von geflüchteten und unter Strafverfolgung stehenden Straftätern).
- *Die notwendige Strategie der Rechten* (terroristische Anschläge ja oder nein, gegen wen, Einschleichen in demokratische Strukturen, Geldbeschaffung, Waffenbeschaffung, Zusammenarbeit mit dem Ausland, Ausbau der Mailboxen, Anti-Antifa-Arbeit, Publikationen, Veranstaltungen).
- *Evolution des Wissens – Revolution der Politik* (Marsch durch die Institutionen, Unterwanderung demokratischer Strukturen oder bewaffneter Kampf).
- *falsches Geschichtsbild durch politische Manipulation – Wissen vom Volk, Geschichtsbewußtsein und Politik* (Rassismus, Antisemitismus, Revisionismus und seine Verbreitung, Arbeit der Neuen Rechten).



# Berlin

## Urteil gegen Neonazi ALTHANS

Am 29. August '95 wurde der Neonazi EWALD ALTHANS vom Berliner Landgericht zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Die Anklage warf ihm Volksverhetzung, Beleidigung, Leugnung der Judenvernichtung und die Verunglimpfung der Bundesrepublik vor. Ausschlaggebend sind Althans' Aussagen in dem Film »Beruf Neonazi«, in denen er unter anderem behauptet hat, die Vergasungen von Juden in Auschwitz hätten gar nicht stattfinden können.

Der Prozeß, der am 6. Juli '95 begann, geriet immer mehr zu einer Posse, da Althans sich teilweise völlig zum Löffel machte. So behauptete er nicht nur, gar kein Nazi (mehr) zu sein, sondern fünf Jahre lang (!) versucht hätte, aus der Szene auszusteigen. Doch durch »*Verstrickungen, Verwechslungen und Geschichten*« hätte er dazu keine Chance bekommen. Auch sein Versuch, Journalist für Mode und Lifestyle zu werden, sei gescheitert: »*Keiner wollte mit mir zusammenarbeiten*«. Und auch seine schwule Beziehung in Holland wurde von den Linken zerstört. Als er dann angeblich eine Beziehung mit einer autonomen Antifaschistin anfing, kam er in den Knast. Unter Tränen sagte er, daß dadurch diese Beziehung zerstört wurde.

Doch Althans trat zeitweise auch anders auf: Bestimmend, beherrschend, arrogant, selbst seinen Anwalt niederschreiend versuchte er an manchen Verhandlungstagen, als starke Persönlichkeit dazustehen. Doch in den wesentlichen Punkten der Anklage widersprach er sich teilweise und wirkte wenig überzeugend.

Einerseits verleugnete er den Holocaust und verteidigte seine Aussagen in dem Film; andererseits war dann wieder von Verleumdungen und Verdrehungen die Rede und davon, daß alle seine Aussagen manipuliert worden seien.

In der Urteilsbegründung stellte das Gericht trotzdem fest, daß eine Abkehr vom Neonazismus bei Althans nicht erkennbar ist.

## Aktivitäten von und gegen DIE NATIONALEN

Die Nationalen e.V. haben beim Landeswahlleiter in Berlin ihre Kandidatenliste zu den Abgeordnetenhauswahlen im Oktober eingereicht. Auf der offenen Liste kandidieren neben den führenden Kadern der Nationalen, FRANK SCHWERDT und CHRISTIAN WENDT, sog. »*Aktivisten aus dem ganzen nationalen Spektrum der Reichshauptstadt*«, wie z.B. der ehemalige Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten ANDREAS STORR oder RITA BÖNISCH (früher REP). Die Nationalen wurden am 3. September '91 anläßlich der letzten Berliner Wahlen gegründet und traten in insgesamt 9 Berliner Bezirken an. In Lichtenberg z.B. kandidierten die bekannten Nazikader SVEN RUDA und OLIVER SCHWEIGERT.

Insgesamt erhielten sie nur 0,2 Prozent der Stimmen. Nun versuchen sie, ein Sammelbecken für verbotene Neonazi-Gruppen in Berlin und Brandenburg zu werden. In ihrem Wahlprogramm fordern die Nationalen die sofortige Kündigung des Staatsvertrages zwischen dem Berliner Senat und der jüdischen Gemeinde und den sofortigen Abriß aller Holocaust-Denkmäler. Ebenfalls sollen alle Denkmäler der Sieger des 2. Weltkrieges abgerissen sowie zig Straßennamen umbenannt werden. Schon jetzt wirbt das NATIONALE INFOTELEFON (NIT) dafür, die Liste bei der Sammlung von Unterschriften zu unterstützen, das Wahlprogramm werde in kürze in ganz Berlin verteilt. Insgesamt werden 2.200 Unterschriften Berliner Wahlberechtigter benötigt, um zur Abgeordnetenhauswahl am 22. Oktober '95 zugelassen zu werden.

Mit den Unterstützungsunterschriften scheint es jedoch recht knapp zu sein, denn wie verrückt betteln die Nationalen um jede einzelne, so drückten sie wochenlang am S-Bahnhof Treptow ihre sonst sehr teure Vereinszeitung, die BERLIN BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ), irgendwelchen Passanten kostenlos in die Hand, in der Hoffnung, einige würden schon ihre Unterschrift abgeben. Außerdem kündigte Schwerdt bereits an, die Wahl anfechten zu wollen, wie das NIT zu berichten wußte: *»Am vergangenen Sonnabend (29.7.'95) schritt die Polizei an verschiedenen Plätzen gegen die Mitglieder der Partei Die Nationalen ein, die Unterschriften für den Wahlantritt sammeln wollten. Der Vorsitzende der Partei erklärte daraufhin, daß er möglicherweise die Wahl anfechten möchte.«*

Die Nationalen sind ein Modell politischer Arbeit für die Nazis, das sich u.U. über Berlin hinaus ausbreiten könnte. In dem ursprünglichen Wahlbündnis arbeiten Gruppierungen von NPD bis NF und WJ zusammen, ohne sich in ideologischen Streitereien aufzureiben. Jeder kann seine Meinung haben und bringt seine Struktur in die Sammelorganisation ein. In den praktischen Fragen, in denen man einer Meinung ist, interveniert man gemeinsam unter dem Dach der Nationalen. Dies geschieht vor allem in Form der sechswöchig erscheinenden BBZ, die nach eigenen Angaben eine Auflage von ca. 20.000 hat.

### NIT durchsucht

Am 23. Mai '95 gab das Berliner NATIONALE INFOTELEFON (NIT) bekannt, daß der aus Berlin stammende Neonazi ULLI BOLDT vom STUDIENZENTRUM WEIKERSHEIM E.V. ausgeschlossen wurde. Ulli Boldt ist Führungsmitglied der NF-Nachfolgeorganisation GEMEINSCHAFT, betreibt das NIT Berlin und ist Vorsitzender der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN E.V. Beim »Studienzentrum« war er laut NIT einige Jahre für die Jugendarbeit verantwortlich.

Machte Ulli Boldt beim Berliner Prozeß gegen EWALD BELA ALTHANS am 11. Juli '95 noch seine Späßchen und nervte die übrigen Zuschauer, wird ihm später das Lachen vergangen sein. Die Polizei hatte bei der Durchsuchung seiner Wohnung zwei Anrufbeantworter und eine Tonbandkassette mitgenommen. Am 13. Juli '95 wurde die Wohnung des 29jährigen Zehlendorfers erneut durchsucht und ein Anrufbeantworter mitgenommen, als Strafbestand wurde, wie beim ersten Mal, Verleumdung angegeben, da das NIT den britischen Geheimdienst für den Tod von Rudolf Hess verantwortlich machte.

Wie das NIT Hamburg am 1. August '95 mitteilte, wurde das Verfahren eingestellt und Ulli Boldt wird die bereits eingelegten rechtliche Schritte weiterverfolgen.

## Burg Hohnstein

### Sonnenwendfeier der Jungen Nationaldemokraten

Am 24.6. fand im thüringischen Neustadt auf Burg Hohnstein eine Sonnenwendfeier *»unabhängiger Kameradschaften und der NPD-Jugendorganisation«* statt. Ca. 100 Nazis von JN, NF-Nachfolgern und WIKING JUGEND aus dem gesamten Bundesgebiet tanzten ums Feuer und lauschten dem Geschwalle von STEFFEN HUPKA und ACHIM EGER, dem JN-Landesvorsitzenden Sachsen-Anhalt.

Gegen 2.00 Uhr stürmte die Polizei das Gelände, nahm 84 Personen zur Personalienfeststellung fest und fand Propagandamaterial sowie *»gefährliche Gegenstände«*.

## Essen

### Versammlung der GRAUEN WÖLFE

Am 21.5.1995 fand in Essen-Frillendorf eine als Kulturveranstaltung getarnte Propagandaversammlung der „GRAUEN WÖLFE" statt. Nach Antifa-Protesten wurde die Veranstaltung unter Polizeischutz gestellt. Aufgrund kurzfristiger Mobilisierung kamen leider nicht genug Menschen zusammen, um die von 500 türkischen Faschisten besuchte Veranstaltung zu verhindern. So mußten sich die 50 Antifas darauf beschränken, mit Transparenten, Liedern und kurzen Ansprachen auf die Zielrichtung der Zusammenkunft hinzuweisen.

## Hetendorf

### Hetendorfer Tagungswoche

Dieses Jahr fand zum fünften Mal die Hetendorfer Tagungswoche statt. Veranstaltet wird sie von der ARTGEMEINSCHAFT, FAMILIENWERK E.V., GESELLSCHAFT FÜR BIOL. ANTHROPOLOGIE, EUGENIK UND VERHALTENSFORSCHUNG E.V., HEIDE-HEIM E.V., HEINRICH-ANACKER-KREIS E.V., NORDISCHER RING E.V. und NORTHERN LEAGUE.

Vom 17.6. bis 24.6. konnte man zahlreichen Vorträgen – von *»Nordischer Schiffbau«* bis *»Menschen, Götter, Notzeit, Wende«* – lauschen und an kulturellen »Höhepunkten«, wie *»Totenehrung«* und *»Singrunde«* teilnehmen. Nebenbei fanden für die Mitglieder der oben aufgezählten Organisationen die Mitgliederversammlungen bzw. Things statt.

Ca. 250 alte und neue Nazis jeglicher Couleur waren gekommen, um ihre Ideologie zu festigen und Kontakte zu knüpfen,




unter anderem auch aus Belgien, Holland, Schweden und Frankreich.

Im Gegensatz zu den letzten Jahren gab es dieses Mal erstmals Widerstand gegen die Tagungswoche. Hatten Pfingsten bereits über 2000 Menschen gegen die Existenz des Zentrums überhaupt demonstriert, so wurde am 17.6. eine symbolische Blockade durchgeführt. Am 21.6. veranstalteten ca. 70 christliche BürgerInnen eine Mahnwache gegen das Nazizentrum.

Um das Spektrum der Aktionsformen noch zu erweitern, gibt es seit dem 13.8. in unregelmäßigen Abständen »Antifaschistische Sonntagsspaziergänge« ab 14.00 von Bonstorf (Ortsmitte). Weitere Infos:

Initiative gegen Hetendorf 13<br>c/o Infoladen<br>Kornstr. 28/30<br>30167 Hannover<br>Fax: 0511/1616711

## Oberwald

### Nazis morden weiter

Am 3.6.1995 erlag der 24jährige Peter den Verletzungen, die ihm Nazis am »Herrentag« beigebracht hatten. Peter hatte mit Freunden am Stausee in Oberwald bei Hohenstein-Ernstthal gefeiert, als sie von zehn bis 15 bewaffneten Nazis überfallen wurden, die vorher bereits andere Leute angegriffen hatten.

Am 16.6. wurden sieben Tatverdächtige in Glachau und Meerane festgenommen. Bei Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche Waffen gefunden. Hauptverdächtiger ist ein äußert brutaler Brite, der seit längerer Zeit in Sachsen wohnt. Gegen alle sieben Nazis wurde Haftbefehl erlassen.

**Kurzinfos teilweise aus »Was geht ab?« Nr. 8.**

## Demnächst im Buchhandel:

# Eine neue Ausgabe des »Drahtzieher im braunen Netz«

**Das Infoblatt sprach mit René Scholz, der im Auftrag von Bündnis 90/Die Grünen das Parteiarchiv der NF analysierte. Er ist freier Mitarbeiter des Antifaschistischen Pressearchivs Berlin und Mitglied des Antifaschistischen Autorenkollektivs, das eine neue Ausgabe des »Drahtzieher im braunen Netz« erstellt hat.**

**Wie schätzt Du die derzeitige Organisationsstruktur der Neonazi-Szene ein?**

Das Parteiarchiv der NF belegt vier wichtige Vorgänge: 1. Die Organisationsstrukturen bestehen in der Illegalität weiter, schotten sich nach außen hin ab und warten auf bessere Zeiten, in denen der Druck nachläßt. Die Organisationsgrenzen untereinander schwinden, jeder Führer baut sich seine kleine verschworene Gemeinschaft auf, deren Zusammenhalt keine Organisationsnamen mehr nötig hat.

2. Die Neonazis haben in den letzten Jahren viel Energie in den Aufbau einer paramilitärischen Struktur investiert, die jedoch erst dann loslegen wird, wenn es die politische Führung wünscht.

3. Die Organisationsstrukturen der militanten Neonazis erstrecken sich auf Deutschland und Österreich.

4. Es hat ein Generationswechsel stattgefunden, die Neonaziszene wird in das Netzwerk der Alt-Nazis integriert. Diese haben die Jungen bei der Weiterführung der Organisationen in der Illegalität beraten und gefördert.

**Ist die NF die einzige Organisation, die weitergeführt wird?**

Nein. Neben der NF existieren Gruppen von Kadern, die das gleiche Modell ihrerseits in die Tat umgesetzt haben. Dazu zählen vor allem die Mitglieder der ehemaligen Nationalen Offensive, der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, einige aus der FAP und andere aus der Wiking Jugend. Im Zuge der Verbote sind alle näher zusammengerückt, durchgesetzt hat sich das Kadermodell und die Orientierung auf die Waffen-SS, die sich selbst als Eliteorganisation verstand.

**Die ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS sind doch schon ziemlich vergreist, werden die von den Neonazis überhaupt ernst genommen?**

Ja und zwar aus zwei Gründen. Einmal waren sie es die den Vernichtungsfeldzug des III.Reiches geführt haben. Von der sogenannten Neuen Rechten bis zu Neonazis werden sie heute als Vorkämpfer eines vereinigten Europas gefeiert. Zum zweiten waren sie es, die die wesentlichen Strukturen des Nachkriegsnetzes aufgebaut haben und bis heute weiterführen. Ihr Organisationsmodell besteht aus sogenannten Orden, deren Mitglieder sich genau kennen und durch Scharnierorganisationen vernetzt sind. Wenn Du Dir heute die Teilnehmerliste der Tagungen der Deutschen Kulturgemeinschaft ansiehst, wirst Du neben den Alten auch die Kader vor allem aus der Wiking Jugend, der NF und der Nationalen Offensive finden. Die Neonazis der 90er Jahre sind die erste Nachkriegsgeneration, die von den Alten akzeptiert wird.

**Das Erscheinen des ersten Drahtzieher im braunen Netz liegt nun schon drei Jahre zurück, die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front hat heute nicht mehr die herausragende Rolle wie damals. Habt ihr das Buch aktualisiert oder habt ihr ein neues geschrieben?**

Wir haben uns mit dem ersten Autorenkollektiv aus Berlin zusammengesetzt und ihnen gesagt, daß wir gern an ihre Arbeit anknüpfen würden. Die fanden das O.K. und haben uns die Rechte am Titel übertragen. Entstanden ist ein komplett neues Buch, das die Recherchеergebnisse über den Neonazi-Untergrund der letzten Jahre zusammenfaßt. Dabei ist es gelungen, tiefer zu schauen und genauer als zuvor zu analysieren. Das war natürlich nur mit Hilfe der zahlreichen Antifa-Gruppen, Archive und Zeitungen möglich, darunter natürlich auch das Infoblatt. Wir hatten das Gefühl, wenn wir das ganze nicht jetzt herausbringen, solange noch öffentliches Interesse besteht, setzt sich die offizielle Leugnung der Existenz von Neonazi-Gruppen durch, bis es ein böses Erwachen bei der nächsten »Welle« organisierter Gewalt geben wird. Vorbeugen ist besser als sich später die Wunden zu lecken.

**Danke für das Gespräch.** ■




# »Pestnest Wurzen«

## Zentrum der faschistischen Formierung im Muldentalkreis

**Im Muldentalkreis (östlich von Leipzig) und speziell in Wurzen gibt es eine straffe Organisierung neonazistischer Gruppierungen und »Kameradschaften«. Sie sind vernetzt und rekrutieren Nachwuchs unter Jugendlichen, die in »Jungstürmen« zusammengefaßt werden. Die örtlichen »Kameradschaftsführer« aus Wurzen, Grimma, Oschatz, Gerichshain, Delitzsch, Torgau etc. haben persönliche Kontakte zu Kadern verbotener Naziorganisationen wie der FAP, der NF und der Wiking Jugend. Die faschistische Formierung vollzieht sich im Muldentalkreis (fast) reibungslos. Eine »Aktionsfront Muldental« hat sich gebildet, die inzwischen auf ein Potential von etwa 300 schnell mobilisierbaren, gewaltbereiten Faschos zurückgreifen kann.**

**Um diese Entwicklungen genauer nachvollziehen zu können, muß ein Blick auf die »Jugendpolitik« des Kreises geworfen werden. Gerade am Beispiel Wurzen läßt sich aufzeigen, wie Stadtverwaltung, Repressionsinstanzen und nicht zuletzt betroffene Jugendliche selbst einen Anteil an der jetzigen Situation beigetragen haben.**

Bereits zu Beginn der 90er Jahre geriet die 18.000 EinwohnerInnen zählende Süßwarenindustrie-Stadt Wurzen in die Schlagzeilen. In der Nacht zum 24. August 1991 – also parallel zum Pogrom von Hoyerswerda – wurde eine Flüchtlingsunterkunft gestürmt; die Flüchtlinge flohen daraufhin zurück nach Hessen. Auch in Torgau, Bennewitz und anderen Orten der Region wurde immer wieder gewalttätig gegen ausländische Menschen und Linke vorgegangen. Seit spätestens 1993 galt der Muldentalkreis als einer der Schwerpunkte der Wiking Jugend in Sachsen.

### Die Entwicklung

Im Mai 1991 besetzten 30 junge Leute unterschiedlicher politischer Richtungen gemeinsam ein Haus in Wurzen. *»Uns ist inzwischen bewußt geworden, daß eine permanente gewalttätige Links-Rechts-Auseinandersetzung keinen Sinn hat«*, ließen die BesetzerInnen verlauten und kamen damit dem Bestreben des Wurzener Bürgermeisters Anton Pausch entgegen, daß wenn schon Geld für Jugendliche ausgegeben werden müsse, dann bitteschön alles unter einem Dach. Die Stadtverwaltung einigt sich mit den BesetzerInnen, daß das Haus geräumt und dafür Gebäude eines ehemaligen Schwimmbades, dem »Goldenen Tälchen«, als Jugendhaus zur Verfügung gestellt werden. Im Januar 1992 ist es fertig renoviert. Nach Schlägereien vor dem Jugendhaus sorgt dessen »Macher« Tilo Finger dafür, daß die Punkbands ihren Probekeller im Haus verlassen müssen. Als Vorwand dienen angeblich unterschiedliche *»Hygiene-Vorstellungen«*.

Die Musiker richten sich in einem Nebengebäude ein. Nachts wird ein Dachträger von Faschos zersägt, das Gebäude wird daraufhin baupolizeilich geschlossen. Als sich Drohungen der Faschos gegen die linken Bands häufen, werden diese durch den Jugendhausvorstand aus dem Haus geschmissen: *»Da wir aufgrund der eskalierten Situation zwischen einzelnen Banden (!) innerhalb der Stadt Wurzen für die Sicherheit unserer Gäste nicht garantieren können, macht sich diese Entscheidung notwendig«*, heißt es in einem Schreiben des Vorstandes an die Musiker im Oktober 1992.

Die Linken gründen den Verein IG Rock und nutzen fortan die »Villa Kunterbunt« als Jugendtreff und für Konzerte. Das Land Sachsen unterstützt die Villa mit Fördermitteln, die Stadt denkt an den Ankauf des Anwesens. Nach Krawallen während eines Konzertes mit etwa 1000 BesucherInnen im Juli 1994 ändert sich die wohlwollende Haltung der Stadt gegenüber der Villa.

Das »Goldene Tälchen« schließt Anfang 1994 die Tore, weil es kaum mehr genutzt wird.

### *»In Wurzen existiert kein Problem mit rechten Jugendlichen...«*

läßt der Wurzener Bürgermeister Anton Pausch (CDU) Ende August 1994, nach einem Überfall von circa 40 Rechtsradikalen auf ein besetztes Haus, verlauten. Trotz vereinbarter »Sicherheitspartnerschaft« mit der Polizei verläßt die vor dem Haus postierte Streife eine halbe Stunde vor dem Angriff den Ort. Eine andere Streife verweigert Hilfe mit der Begründung, es gäbe keinen Einsatzbefehl. Das neu besetzte Haus ist nach dem Angriff ein Trümmerhaufen. Die BesetzerInnen verlassen es »freiwillig«.

Zwei Monate später wird eine Gruppe portugiesischer Bauarbeiter in ihren Wohncontainern von 50 Rechten überfallen. Sofort eintreffende Polizisten werden angegriffen, ein Polizist wird verletzt. Die Empörung ist groß, internationale Zeitungen berichten über den Vorfall. Auf einer städtischen Veranstaltung zu den Ausschreitungen finden sich neben Vertretern der Polizei und Bürgermeister Pausch auch ca. 30 Faschos ein. Auch Tilo Finger ist anwesend. Ihr Sprecher Marcus Müller macht die Repression durch Staat und Linke verantwortlich für die Eskalation der rechten Gewalt gegen die Arbeiter. Es wird ein Haus für rechte und »normale« junge Leute gefordert.

Stadtverwaltung und Polizei erkennen Handlungsbedarf: die portugiesischen Arbeiter verlassen Wurzen und die rechtsradikalen Jugendlichen bekommen von der Stadt zur Belohnung die »Baracke« zur Nutzung versprochen, damit sie einen Treffpunkt haben.

Es kommt zum Prozeß gegen einige der Täter. Peer Matzeit wird wegen schwerer Körperverletzung an einem Beamten für ein paar Monate in den Knast geschickt, andere erhalten Bewährungsstrafen. Anfang Januar 1995 wird die »Baracke« eröffnet und entwickelt sich zum Treffpunkt der Faschos aus der Region.

### Polizei und Rechtsradikale – Zwei Wege, ein Ziel

Mit der Inbetriebnahme des Clubs eskaliert die Gewalt gegen Linke und Antifas in der Stadt. Knapp eine Woche nach Eröffnung, in der Nacht zum 23.Januar 1995 wird ein von fünf linken Jugendlichen bewohntes Haus in der Berggasse Ziel eines Angriffes. Am gleichen Abend findet im nahen Waldheim ein Treffen der »NS-Kameradschaft Mitteldeutschland« statt. Dirk Zimmermann aus Leipzig, FAP-Chef des Gau Sachsen, wurde wenige Tage zuvor in Wurzen gesehen. Die BewohnerInnen werden schwer verletzt. Nach dem Überfall finden sich Projektile in den Wänden der Wohnungen. Die Polizei nimmt nach dem Überfall keine Anzeigen entgegen, sichert keine Beweise.

Am darauffolgenden Abend wird ein junger Mann in der Nähe der Glatzendisko »Joy« durch einen Kopfschuß verletzt und zusammengeschlagen. Die Faschos lassen von ihrem Opfer auch dann nicht ab, als sich

ein Streifenwagen nähert und die Besatzung aussteigt. Blutüberströmt kriecht der Verletzte zum Polizeiwagen. Der Zutritt zum Auto wird ihm, wegen des vielen Blutes, verwehrt, er muß sich vor den Wagen legen. Währenddessen plaudern die Beamten nett mit den Tätern, ohne ihre Personalien festzustellen. Der Jugendliche liegt mehrere Wochen im Krankenhaus und erstattet Anzeige wegen unterlassener Hilfeleistung gegen die Polizisten.

Der Vater des Wurzener »Kameradschaftsführers« Marcus Müller ist auffallenderweise Polizist. Müller, Jahrgang 1971, der sowohl bei dem Angriff auf die portugiesischen Arbeiter als auch auf die Berggasse dabei war, nimmt Anfang 1990 an einer DVU-Wahlveranstaltung teil.

In diesem Jahr zieht er mit zwei weiteren Nazis, OLIVER ANDROSCH und Peer Matzeit nach Wermelskirchen bei Köln. Dort organisiert er mehrere Angriffe auf AusländerInnen und Linke und auf das Autonome Jugendzentrum. Im Januar 1991 wird er im Zusammenhang mit der DVU-Veranstaltung wegen Mitführens einer Waffe zu einer Geldstrafe verurteilt. Müller nimmt an mehreren Schulungen der NATIONALISTISCHEN FRONT teil und knüpft vielfältige Kontakte, u.a. zu dem WJler DIRK BURAN aus Burscheid. Im Sommer 1991 zieht er nach Wurzen zurück und etabliert sich schnell als »Kameradschaftsführer«. Er hat Verbindungen zu Neonazis aus Leipzig, NFlern aus Halle und anderen regionalen »Kameradschaftsführern« wie Thomas Jurich aus Grimma. Für die Nazi-Szene nimmt er am »Runden Tisch der Jugend« teil. Zu einem ersten Gespräch im Februar 1995 waren fünf linke Jugendliche eingeladen; ihnen gegenüber saßen mehrere Dutzend Nazis, Stadträte, ca. einhundert Eltern und der Bürgermeister.

Zwei Tage nach diesem Treffen stürmen Polizisten die Villa Kunterbunt und beschlagnahmen die gesamte Schutzbewaffnung. Die Linken zeigen sich zu »Friedensgesprächen« bereit, sie vereinbaren im Rahmen des »Runden Tisches« 5:5-Gespräche mit dem Ziel, nach zwei Jahren des Terrors eine Atempause zu erlangen. Von Seiten der Nazis sind u.a. Tilo Finger, Thomas Jurich, Marcus und ROCCO MÜLLER anwesend. Ihr Ziel ist es, Finger einen Sitz im Stadtjugendring zu verschaffen.

Verantwortliche Stellen in Stadtverwaltungen und sächsischer Innenbehörde verharmlosen die Situation in der Region. In kaum einer Kleinstadt im Muldentalkreis leben linke und ausländische Menschen ungefährdet. Und die Polizei selbst mischt kräftig mit. So wird ein linker Jugendlicher nach einer Auseinandersetzung von zwei Polizisten unter dem Vorwand des Schutzes in einem Streifenwagen mitgenommen. Auf einem Parkplatz wird er in Handschellen zusammengeschlagen. In den frühen Morgenstunden wird er mit Schädelhirntrauma, Blutergüssen am Kopf, Platzwunden und Prellungen aus dem Torgauer Revier entlassen.

Die Anfrage der PDS im Sächsischen Landtag – *»Wurzen – Polizei und Kommune unterstützen rechte Kameradschaft«* – wird abgeschmettert. Wurzen nehme *»keine besondere Schlüsselrolle in der rechtsradikalen Szene in der Umgebung ein«*.

Die Linken stellen die Gespräche mit den Faschos ein. Am 20.5.1995 demonstrieren Linke und Antifas gegen die faschistische Formierung in Wurzen und im Muldentalkreis. Tags drauf gibt es einen Brandanschlag auf die Villa Kunterbunt. Nach der Kündigung des Nutzungsvertrages wird das Haus am 11. Juli von der Polizei geräumt. Linke und antifaschistische Jugendliche stehen jetzt gänzlich ohne Raum da.

## Die Jugendarbeit der *»Glatzenmutter«* Kämpfe

Die CDU-Kreistagsabgeordnete Katharina KÄMPFE, die sich stolz als *»Glatzenmutter«* bezeichnet, entdeckte nach dem Angriff auf die Flüchtlingsunterkunft im August 1991 ihre sozialarbeiterischen Fähigkeiten und nahm sich Wurzens rechtem Nachwuchs an. Als Leiterin eines Behindertenwohnheimes in Hohburg lud sie »ihre Kids« dorthin zum Essen ein, machte ihnen Geschenke und gab vor Gericht günstige Sozialprognosen für sie ab. Auch wurde gemunkelt, daß Diebesgut aus Kaufhalleneinbrüchen bei ihr einen guten Lagerplatz fand. Im Sommer 1992, nach einer Finanzüberprüfung bei der Behinderteneinrichtung, die das Fehlen von Belegen für zehntausende von Mark zutage förderte, wurde sie ihres Leitungspostens enthoben, verlor ihre Funktion als CDU-Kreisrätin und als Gemeindevorsteherin in Hohburg. Auch den Verbleib von ca. 14.000,-DM vom sächsischen Kultusministerium für die *»sozialpädagogische Betreung«* einer von ihr mitinitiierten Rumänienreise Wurzener Jungsfaschos im April '92 konnte sie nicht erklären.

Mit der Sozialpädagogik hat es allerdings auch nicht so recht geklappt. Die Rechten hatten vor der Reise Lebensmittel und Kleidung für rumänische Menschen gesammelt, um sie dort zu verteilen. Doch an „Führers" Geburtstag zog man von Haustür zu Haustür und erinnerte die RumänInnen daran. Diese konnten die Freude überhaupt nicht teilen und so waren die vier begleitenden Diakoniestudenten mit einer Horde meist besoffener Skinheads auf der Flucht vor rumänischen DorfbewohnerInnen und der Polizei.

Tilo Finger kommentierte: »...da sind die Glatzen hin und haben mal was sinnvolles gemacht, haben Spenden hingebracht... Ein paar wollten sogar Kinder adoptieren. Die Sinti und Roma wissen ja nicht einmal, was Wasser ist.«

## Der Muldentalkreis – begehrter Ausflugsort für militante Neonazis

Zum Jahreswechsel 1993/94 fand in einer Mutzschener Jugendherberge ein Winterlager von etwa 100 WJlern statt. Organisiert hatte es die zahlenmäßig starke WJ aus Grimma zusammen mit FRANK KADEN aus Dresden, der u.a. durch seine Teilnahme an der umstrittenen Israelfahrt der Dresdner Ausländerbeauftragten im Herbst 1993 bekannt wurde. Am 18.2.1995 fand in Schenkenberg bei Delitzsch ein überregionales FAP-Treffen statt. Im »Kulturhaus« trafen sich unter Polizeischutz ca. 150 Personen, unter ihnen LARS BURMEISTER, »Beauftragter für Mitteldeutschland« aus Berlin.

Anschließend nahm der Terror gegen Antifas zu. Erst als im März etwa 200 Antifas mehrere Dutzend Faschisten, u.a. aus Wurzen und Bitterfeld inklusive Dirk Zimmermann, aus der Stadt verjagten, unterblieben die Angriffe.

Ende Mai 1995 versuchten die Faschos ein Konzert zu veranstalten, das durch öffentlichen Druck verboten wurde. Anti-Antifa-Plakate wurden geklebt.Am 25./26. Juni trafen sich mehrere Hundert Neonazis aus der gesamten BRD im Kreis zur gemeinsamen Feier der Sommersonnenwende. Die Polizei beschützte das Treffen vor eventuellen Störungen. Am gleichen Wochende trafen sich auch in Wurzen ca. 100 Faschos aus dem Muldentalkreis, Thüringen und ein Bus aus Österreich. ■

***Antifa-Demo in Wurzen am 20.5.95***






## Hess-Todestag, die neunte:

# Außer Spesen nix gewesen?

**Großmäulig war sie angekündigt, die »*Rudolf-Hess-Aktionswoche*«, die vom 12. bis 20. August stattfinden sollte und zu der ein »Wunsiedel-Koordinationsbüro/Die Nationalen« aufgerufen hatte. Neben Demonstrationen sollten dezentrale Aktionen verschiedener Art durchgeführt werden: Transpis, Flugies, Plakate (unter anderem bei Bundesligaspielen). Höhepunkt sollte ein »*zentraler europäischer Marsch*« werden, der letztendlich im dänischen Roskilde stattfand und für die Nazis zum Debakel wurde, da sie von AntifaschistInnen verjagt wurden (siehe Kasten). Die deutsche Polizei hatte im Vorfeld verlauten lassen, die Verbreitung neonazistischen Gedankenguts während der ganzen Woche »*bereits im Ansatz unterbinden*« zu wollen.**
**Wohl deswegen und da man am ersten Wochenende nichts von einer »Aktionswoche« bemerken konnte, frohlockten einige Antifas bereits, daß es dieses Jahr gar nichts mehr werden würde mit Aktionen zum Hess-Todestag. Doch zu früh gefreut...**

Wie letztes Jahr hatten verschiedene Nazikader, vor allem aus dem Spektrum von GdNF und JN, zahlreiche Aufmärsche und Kundgebungen – die meisten in Bayern und Thüringen, aber auch in fast allen anderen Bundesländern – angemeldet, um Antifas zu verwirren und den Verboten der Versammlungen, die es auch dieses Jahr wieder in großer Zahl hagelte, entgegenzuwirken.

Die Polizei machte ihr Versprechen wahr und ging relativ hart gegen Nazis vor. So wurden am ersten Wochenende der »Aktionswoche«, besonders in Thüringen, mehrere Ansammlungen von Nazis komplett eingefahren.

Obwohl das natürlich nicht als großer Erfolg der Polizei bezeichnet werden kann, da es diese Ansammlungen nahezu jedes Wochenende gibt, versäumte diese es natürlich nicht, ihr Vorgehen dann mediengerecht zu präsentieren, nachdem vor zwei Jahren massive Kritik am Einsatz der Polizei in Fulda laut geworden war.

Desweiteren ist es natürlich sehr problematisch, daß die Sicherheitsorgane die Gelegenheit gleich nutzten, um scharfe Maßnahmen gegen Versammlungen zu legitimieren. So wurde z.B. in Thüringen ein einwöchiges Versammlungsverbot aus-

**Wenig Freude hatten ca. 150 Nazis beim Versuch, den Hess-Gedenkmarsch in Roskild (Dänemark) durchzuführen. Wie bereits in Kollund und Kværs erlebten sie, daß sich die dänischen Bürger und Bürgerinnen durch ihr martialisches Auftreten nicht ins Bockshorn jagen lassen, sondern mit Zivilcourage und Energie dem braunen Mob entgegentreten. Auch die dänische Polizei, die ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet hatte, Zusammenstöße zwischen Antifas und FaschistInnen zu verhindern, hatte nicht damit gerechnet, daß die dänischen BürgerInnen ihren Willen so engagiert in die Tat umsetzen würden.**

Nachdem es in der BRD nicht mehr möglich ist, den Hess-Gedenkmarsch legal durchzuführen, und 1994 der Versuch, in Luxemburg aufzumarschieren, zu einer bösen Pleite wurde, war dieses Jahr in die dänische Kleinstadt Roskilde mobilisiert worden. Bei internationalen Treffen im Hauptquartier des DNSB in Greve, Anfang März 1995, war u.a. beschlossen worden, den diesjährigen Marsch mit der Forderung nach Freilassung des österreichischen VAPO-Aktivisten Gottfried Küssel und nach Aufhebung der Verbote von Nazi-Organisationen in der BRD zu verbinden. Doch man war dann noch aktueller: Der US-Amerikaner Gerhard Lauck, NSDAP/AO, der an diesen Treffen teilgenommen hatte, wurde auf Wunsch bundesdeutscher Behörden festgenommen und war einige Zeit in Roskilde inhaftiert. Damit stand auch die Forderung nach Freilassung des neugewonnenen Märtyrers auf der Tagesordnung.

Und so zogen also Nazis aus der BRD, Norwegen, Schweden und Großbritannien

***Blockade von AntifaschistInnen vor dem Nazitreffpunkt, die vor dem Eintreffen der Nazis geräumt wird***

*Foto: S. Orge/C.P.I.*



gesprochen. Im ganzen Bundesgebiet wurde gegen über hundert Nazis ein sogenannter Vorbeugegewahrsam über teilweise mehr als eine Woche verhängt. Das bedeutet, daß man lediglich für den Verdacht, etwas Strafbares tun zu wollen, für zwei Wochen in den Bau wandern kann. Gegen wen diese Maßnahmen in Zukunft angewendet werden, ist wohl ziemlich klar.

Die eigentlichen Aktionen der Nazis gab es schließlich erst am Ende der »Aktionswoche«, also am Wochenende 19./20. August Neben zwei Aufmärschen im niedersächsischen Schneverdingen und in Hamburg mit insgesamt 200 Nazis, die von der Polizei irgendwann aufgelöst wurden, gab es den »*Rudolf Hess Commemorative March*« in Roskilde bei Kopenhagen.

Die Wahl der Örtlichkeit zeigt einmal mehr die Bedeutung der deutsch-dänischen Naziverbindungen (sehr zu empfehlen dazu die Broschüre »Versorgungslinie NORD«). Die Nazis betrachten Dänemark als eine Art »Vorfeldland«, wo sie aufgrund der liberalen Gesetzgebung Dinge durchziehen können, die momentan in Deutschland nicht möglich sind. Allerdings vergessen sie dabei immer wieder, wie tief die Erfahrungen der deutschen Besatzung bei vielen Leuten in Dänemark sitzen. Und so gingen die deutschen Nazis davon aus, sie könnten sich benehmen wie zu Hause und die Sau raus lassen. Vor allem das provokative, machtvolle Auftreten und die Tatsache, daß es viele Deutsche waren, die dort marschierten, riefen jedoch die Wut der dänischen BürgerInnen hervor, die dem Spuk ein Ende bereiteten.

Die Ereignisse in Roskilde zeigen einmal mehr, daß die Verankerung politischer Ideen und Aktionen in der Bevölkerung unerläßlich ist und in Deutschland ebenfalls ein nicht zu vernachläßigendes Ziel sein muß, auch wenn wir augenblicklich davon sehr weit entfernt zu sein scheinen.

Doch nicht nur Roskilde war, mal abgesehen davon, daß die Nazis eine Zeit marschieren konnten, ein Erfolg für die Antifa. Auch wenn wir die gesamte Entwicklung der Hess-Märsche in den letzten Jahren betrachten, können wir eine positive Bilanz ziehen. Antifas waren es, die es im Laufe der Jahre geschafft haben zu verhindern, daß die Nazis ihre »Aufmarschkultur« weiter etablieren und ausbauen können – heute marschieren statt 2000, wie vor drei Jahren, nur noch 200. Erreicht wurde dies vor allem durch den von uns aufgebauten öffentlich Druck, der den Staat zum Vorgehen gegen die Nazis zwang und zwingt. Daß sie nun keinen großen einheitlichen Marsch mehr haben, ist für sie mehr als fatal. Einerseits haben sie damit das Symbol Wunsiedel/Hess verloren. Andererseits fehlt ihnen das Moment der Mobilisierung, wo sie eine breite Basis zusammenbringen, Kraft schöpfen und rekrutieren können.

Nichtsdestotrotz bleibt festzuhalten, daß sie noch zwei von uns nicht behinderte Aufmärsche in Deutschland durchführen konnten. Außerdem sind sie mit ihrer »Aktionswoche« und ihren Organisationen relativ groß in die Medien gekommen. Von Antifas im Vorfeld verkündete Einschätzungen, wie z.B. »*Die kriegen sowieso nichts auf die Reihe*«[1] trafen also nicht zu, auch wenn es sich dieses Jahr natürlich um eine andere Qualität von Naziaktionen handelte als beispielsweise '92 oder '93.

Zwar finden wir es nicht falsch, den enormen Organisierungsaufwand zum Hess-Todestag, der in den letzten Jahren durch Reaktion bestimmt war, ein gutes Stück zurückzunehmen. Wir sollten jedoch nicht zu einer Unterschätzung der Nazis kommen, und eine solche Tendenz zeichnet sich seit der verstärkten Repression gegen die Nazis in Teilen der antifaschistischen Bewegung ab. Das Projekt »Wunsiedel« ist für die Nazis sicher noch nicht vom Tisch, geschweige denn, sie selbst! ■

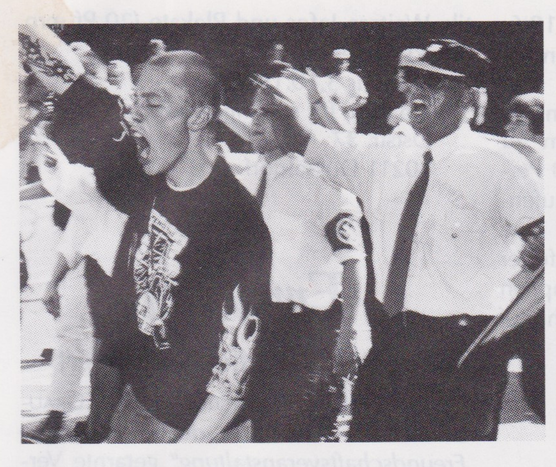
1) junge Welt vom 16.8. »Fußvolk verheizt«

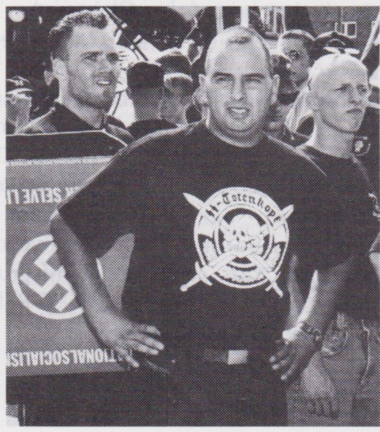
nach Dänemark, um dort zu demonstrieren, daß »Dänemark den Dänen« gehört und den »ungeborenen Generationen von Dänen« das »Recht auf ein Vaterland« zu retten. Deren Vorfahren sahen das aber – in dänischer Widerstandstradition – anders.

Als die FaschistInnen von Greve aus Richtung Roskilde abfuhren, fand dort bereits eine friedliche Gegendemonstration des Antirassistischen Netzwerks mit etwa 800 TeilnehmerInnen statt.

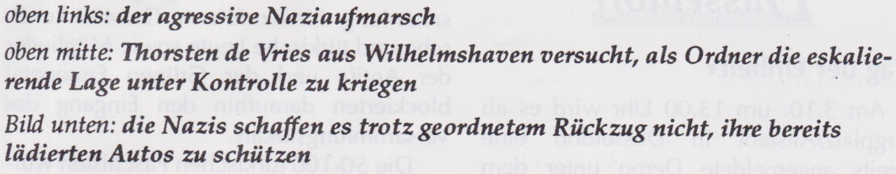
Zeitgleich versuchten eine Reihe von Leuten, die Zufahrt zu dem Parkplatz des Wikinger-Museums in Roskilde, dem Ausgangspunkt des Nazi-Marsches, mittels einer Sitzblockade zu versperren. Bei deren Räumung kam es zu 45 Festnahmen, darunter 15 AntifaschistInnen aus Kiel und Lübeck. Alle wurden jedoch noch am gleichen Abend freigelassen.

Gegen 14 Uhr trafen die Nazis in Roskilde ein. Im Nu waren sie von JournalistInnen und aufgebrachten, laut schimpfenden BürgerInnen umringt. Noch ehe sich der Zug überhaupt in Bewegung gesetzt hatte, hatten sie bereits mehrere BürgerInnen, die sich ihnen in den Weg stellten, zu Boden gestoßen. Andere wurden mit Faustschlägen attackiert. An der Spitze des Zuges liefen JONNI HANSEN, Vorsitzender der Dansk Nationalsocialistiske Bevægelse (DNSB) und Anmelder der Demonstration, und FAP-Chef FRIEDHELM BUSSE, der – kaum wurden die FaschistInnen angegriffen – spurlos von der Bildfläche verschwand. Den Ordnerdienst leitete THOMAS »STEINER« WULFF, Nationale Liste Hamburg. CHRISTIAN WORCH, NL, stand ihm diskret zur Seite. TORSTEN DE VRIES, GdNF, führte die Nachhut an. Unter den vielen bekannten Gesichtern war auch der Brite CHARLIE SARGENT mit seinen Leuten von COMBAT 18 zu entdecken.









*oben links:* ***der agressive Naziaufmarsch***

*oben mitte:* ***Thorsten de Vries aus Wilhelmshaven versucht, als Ordner die eskalierende Lage unter Kontrolle zu kriegen***

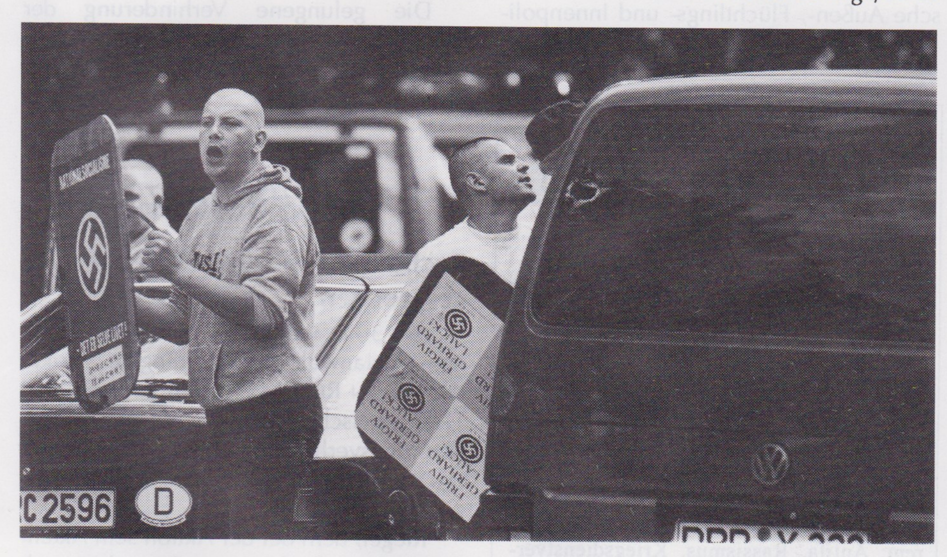
*Bild unten:* ***die Nazis schaffen es trotz geordnetem Rückzug nicht, ihre bereits lädierten Autos zu schützen***

*rechts oben:* ***Christian Worch, der Interviews gab und behauptete, »nur als Privatperson da« zu sein***

*rechts mitte:* ***Jonni Hansen, Chef der DNSB und maßgeblicher Leiter des Aufmarsches***

*rechts unten:* ***Thomas »Steiner« Wulff, einer der Ordner-Koordinatoren***

*alle Fotos: S. Orge/C.P.I.*






Als der Aufmarsch unter Polizeischutz die Stadtmitte erreicht hatte, griff eine Gruppe Antifas an. Flaschen und Steine flogen über die Köpfe der wenigen Polizisten, die versuchten, FaschistInnen und Antifas voneinander zu trennen. Während die Nazis auf Anordnung der Polizei den Rückzug antraten, lieferten sich AntifaschistInnen und BürgerInnen eine Straßenschlacht mit der Polizei.

Andere DemonstrantInnen und viele der EinwohnerInnen folgten den Nazis. Als sich diese, kaum eine Stunde nach Aufbruch, an ihrem Ausgangspunkt wiederfanden, begannen sie, die Umstehenden mit Flaschen- und Steinwürfen zu attackieren. Die Polizei bemühte sich noch, die Nazis zurückzudrängen, aber Antifas und EinwohnerInnen waren bereits zum Gegenangriff übergegangen.

Die Polizei sah sich kaum in der Lage, die Nazis zu schützen, so daß diese bald in wilder Flucht Richtung Greve verschwanden. Einige der FaschistInnen mußten zur Behandlung ins Krankenhaus, die meisten Fahrzeuge waren mehr oder weniger zerstört, der Reisebus völlig entglast. Bereits gegen 19 Uhr waren die meisten ausländischen Nazis ganz abgereist – in einem neuen Bus – und einige der PKWs blieben ohne Scheiben und fahruntüchtig zurück. Bestätigt wird diese peinliche Schlappe noch durch den jammervollen offenen Brief Jonni Hansens an den Polizeichef von Roskilde, in dem er das seiner Ansicht nach mangelhafte Eingreifen der Polizei beklagt. Sollte diese auch in Zukunft nicht bereit oder in der Lage sein, die friedlichen Aktivitäten des DNSB zu schützen, so sähe sich dieser gezwungen, in Zukunft diesen Schutz in die eigenen Hände zu nehmen. Vielleicht fürchtet er, daß es auch in Greve bald nicht mehr so ruhig sein wird. ■

## Berlin

### Gedenken an getöteten Vietnamesen

Am 17.6. wurde der 38jährige Vietnamese Vo Xuan Cuong von Polizisten bei einer Hetzjagd in den Tod getrieben. Vo Xuan Cuong befand sich mit Freunden auf dem S-Bahnhof Köpenick, als gegen 7 Uhr ein Funkwagen der Polizei auftauchte. Die Beamten stürmten auf die Gruppe zu, welche sie des illegalen Zigarettenhandels verdächtigte, daraufhin liefen die Vietnamesen in verschiedene Richtungen davon. Vo Xuan Cuong flüchtete parallel zu den Fernbahngleisen und wurde von einem Beamten im Abstand von fünf Metern verfolgt. Nach Augenzeugenaussagen, hatte er den Beamten auf den von hinten herannahenden D-Zug hingewiesen. Der Beamte drehte sich zwar um und bemerkte den Zug, setzte die Jagd aber trotzdem fort. Der Verfolgte wurde von dem D-Zug erfaßt und erlitt so schwere Schädelverletzungen, daß er starb. Der Beamte nahm von dem Verletzten keine Notiz und ging. Nach Polizeiangaben habe weder der Zugführer noch die Funkstreifenbesatzung etwas bemerkt. Eine Frau bemerkte gegen 7.45 Uhr die Leiche auf den Gleisen. Am 18.6. versammelten sich etwa 20 Menschen vor dem Brandenburger Tor, um mit Redebeiträgen, Flugblättern und Transparenten auf den Vorfall aufmerksam zu machen. Am Abend warfen etwa 50 Personen in Friedrichshain etliche Schaufensterscheiben ein und errichteten eine brennende Barrikade auf der Frankfurter Allee. Am 22.6. gedachten Antifagruppen und Vietnamesen auf dem S-Bahnhof Köpenick Vo Xuon Cuong.

## Düsseldorf

### »Tag der Einheit«

Am 3.10. um 13.00 Uhr wird es ab Burgplatz/Altstadt in Düsseldorf eine bereits angemeldete Demo unter dem Motto »Es gibt nichts zu feiern« gegen den diesjährigen Nationalfeiertag der Herrschenden geben. Aufgerufen haben u.a. PDS, ASten sowie verschiedene Antifa-, Autonome, und Antinationale Gruppen.

Für den Fall eines Verbots sind Ersatzaktivitäten geplant. Inhaltlich richten sich die Aktivitäten vor allem gegen die deutsche Außen-, Flüchtlings- und Innenpolitik. Weitere Infos und Plakate (20 Pf. pro Stück) gibt es bei:

Bündnis 3.10.1995
c/o Büro für ständige Einmischung
Oststr. 37
40211 Düsseldorf

## Ennepetal

### Graue Wölfe-Treffen verhindert

Am 27.5.1995 versuchten die „Grauen Wölfe" eine als *„deutsch-türkische Freundschaftsveranstaltung"* getarnte Versammlung durchzuführen. Ca. 400 kurdische und türkische Leute sowie Mitglieder der Antifa und der Grünen Ennepetal blockierten daraufhin den Eingang des Versammlungslokals.

Die 50-100 türkischen Faschisten wurden mit sanfter Gewalt darauf hingewiesen, daß die von ihnen geplante Veranstaltung, wenn überhaupt, nicht so wie ihrerseits gedacht ablaufen werde. Nach kleinen Rangeleien mußten sie der antifaschistischen Übermacht weichen.

Der Polizei wurde kein Anlaß zum Eingreifen geboten.

Die gelungene Verhinderung der Faschistenveranstaltung fand in der Lokalpresse eine positive Würdigung.

## Hamburg

### Rechtem Rechtsanwalt Recht gesprochen

Am 30.8. wurde der berühmt-berüchtigte Nazianwalt und hochrangige Nazikader Jürgen Rieger verhauen. Unbekannte Täter erwischten Rieger, als er aus der Berufungsverhandlung gegen die Betreiber des Hamburger NIT wegen Volksverhetzung kam.

Rieger, dem bei der Aktion sein Aktenkoffer abhanden kam, wurde noch am selben Tag aus dem Krankenhaus entlassen.

Bei Redaktionsschluß war bereits ein Tatverdächtiger festgenommen.

## Langenfeld

### Demo gegen Thorsten Lemmer

Am 3.6.1995 rief das Aktionsbündnis „Moderne Zeiten – Schlechte Zeiten" zu einer Demonstration unter dem Motto „Moderne Zeiten für den Volksempfänger?! – Keine rechte Propaganda aus Langenfeld" auf.

Thorsten Lemmer, ehemals Manager der Nazi-Skinband Störkraft und bis 1993 Fraktionsgeschäftsführer der „Freien Wählergemeinschaft" (FWG) im Düsseldorfer Stadtrat hatte sich vor eineinhalb Jahren mit seiner Firma Creative-Zeiten Verlag und Vertriebs GmbH in Langenfeld eingenistet, nachdem er aufgrund antifaschistischer Aktivitäten aus Düsseldorf verschwinden mußte.

In denselben Geschäftsräumen sitzt Kurt Winter, ehem. Vorsitzender der FWG, mit der „Lebenskunde Verlag und Vertrieb GmbH", dem „Verlag Mehr Wissen", dem „Wissen und Leben Versand" und dem „Mehr Wissen Buch-Dienst". 200 Leute nahmen an der Demo gegen Lemmer und Winter teil. Aufgerufen wurde u.a. von Bündnis 90/Die Grünen, der Bürgergemeinschaft Langenfeld, der ÖTV-Vertrauensleuteleitung der Landesklinik sowie verschiedenen antifaschistischen Initiativen.

Die für Langenfelder Verhältnisse gut besuchte Veranstaltung läßt hoffen, daß der Boden für Lemmer/Winter bald zu heiß werden könnte. Hierzu müssen allerdings weitere vielfältige Aktionen stattfinden.

## Passau

### Verunsicherung unter jugendlichen Antifas

Am 28. April stürzte sich der 16jährige Daniel H. vom Dach eines Parkhauses in der Passauer Innenstadt und erlag nach wenigen Stunden den Folgen seiner Verletzungen.

Genau einen Monat später erschoß sich ganz in der Nähe der gleichaltrige Matthias H. mit der Handfeuerwaffe seines Vaters.

Am 14. Juni kam die 15jährige Martina K. (die damalige Freundin von Daniel.H) bei einem Autounfall um's Leben. Es ist nicht sehr unwahrscheinlich, daß der Unfall von ihr beabsichtigt war, da sie nach Auskunft von Freunden in letzter Zeit öfters von Selbstmord gesprochen hatte.

Die drei Jugendlichen gehörten zur linken Szene Passaus, Daniel und Matthias waren in der örtlichen Antifa-Szene aktiv und standen als aktive Antifaschisten im Visier staatlicher Ermittlungen. Auch Martina wurde im Laufe der Ermittlungen von der Polizei bedrängt. Daniel und Matthias waren einem überaus extremen Druck durch die Passauer Polizei ausgesetzt. Denn die beiden Jugendlichen waren direkte Opfer der Repressionswelle gegen die Passauer Antifaszene.

Sie zählten zu den Hauptverdächtigen der polizeilichen Ermittlungen wegen zahlreicher »politisch motivierten Straftaten«, die sich seit Jahreswechsel in Passau ereignet hatten.

Daniel wurde aufgrund einer mysteriösen, anonymen Zeugenaussage massiv von der Polizei bedrängt. So wurde ihm bei mehreren Vorladungen sogar für eine Aussage Geld angeboten.

Gegen Matthias wurde vom LKA gleich nach dem Paragraphen 129a (Mitgliedschaft in, Unterstützung oder Werbung für eine terroristischen Vereinigung) ermittelt. Grund dafür waren ein paar RAF-Sprühereien, die in Matthias Wohngegend gefunden worden waren. Das reichte aus, um ihn mit härtester Strafverfolgung zu konfrontieren. Obendrein wurde ihm, nach einer überfallartigen Hausdurchsuchung, seine Wohnung gekündigt.

Ein Nachruf der Passauer Antifa sagt zu den Selbstmorden: »Es gibt viele Arten einen Menschen zu töten (...) Nur wenige davon sind in diesem Staat verboten«.

Von dem größten Teil der Medien allerdings wurden die Selbstmorde vollkommen entpolitisiert. Nach dem Motto: Wenn desorientierte Jugendliche Haschisch rauchen und auch noch zur »Chaotenszene« gehören, dann ist der frühe Tod so gut wie vorprogrammiert.

Von der Ausgrenzung und Kriminalisierung der Passauer Jugendszene dagegen wird geschwiegen. Die Passauer Staatsanwaltschaft jedenfalls kann nun drei Akten schließen.

**Kurzinfos teilweise aus »Was geht ab?« Nr.8 und »AntifaZ« Nr. 54.**

**Dokumentation**

zu den bundesweiten Durchsuchungen und Festnahmen im Zusammenhang radikal, AIZ, K.O.M.I.T.E.E. am 13.06.1995

Eine Zusammenstellung von Texten, Stellungnahmen, Presseberichten und Diskussionen zu den bundesweiten Hausdurchsuchungen am 13.06.1995.

Wir wollen mit dieser Dokumentation etwas Licht in den chaotischen Informationsfluß bringen und zu einer Auseinandersetzung mit der politischen Bedeutung der Durchsuchungen und Festnahmen anregen.

Bezugsadresse:

Projekt<br>
Informationsdienst Schleswig-Holstein<br>
Bahnhofstr. 44<br>
24534 Neumünster

Bezahlung bitte im voraus im Briefumschlag ( bar, Briefmarken, V-Scheck ) oder auf unser Konto:

M. Kellermann - Bank für Gemeinwirtschaft<br>
BLZ 212 101 11 - KontoNr. 24 21 78 99 00

# Das Antifa-Info...

### ... im Abonnement

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Ihr könnt den Bestellvordruck nebenan benutzen, da dürfte eigentlich nichts mehr schief gehen. Wichtig ist, ab welcher Ausgabe Ihr das Info haben wollt und bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Außerdem müssen Abos bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Scheck oder mit Überweisung.

Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

### ... Nachbestellung

Alle bereits erschienenen Ausgaben könnt Ihr nachbestellen, ausgegangene Ausgaben sind kopiert und entsprechend teurer. Die Preise entnehmt bitte der untenstehenden Liste. Es ist immer nur die Liste aus der aktuellen Nummer zu verwenden. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

### ... zum Weiterverkaufen

Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviele Ausgaben (mind. drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe, wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten.

### ... Preise

| | |
|---|---|
| Abo (5x eine Ausgabe/ca. ein Jahr): | 30,00 DM |
| Doppelabo (5x zwei Ausgaben): | 50,00 DM |
| **zum Weiterverkaufen:** | |
| ab drei Stück pro Ausgabe: | 5,00 DM |
| ab fünf Stück: | 10% Rabatt |
| ab 10 Stück: | 20% Rabatt |
| ab 50 Stück: | 25% Rabatt |

**(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)**

### ... Überweisungen:

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

**Bereits erschienene Infos:**

(Portokosten 3,- DM bis fünf Stück, darüber 6,- DM)

| | | | |
|---|---|---|---|
| INFO 0 | 87 | Kopie | 3,00 DM |
| INFO 1 | 6/87 | Kopie | 6,00 DM |
| INFO 2 | 12/87 | Kopie | 4,50 DM |
| INFO 3 | 3/88 | Kopie | 6,50 DM |
| Sondernr. | 5/88 | Kopie | 3,50 DM |
| INFO 4 | 9/88 | Kopie | 7,50 DM |
| INFO 5 | 11/88 | Kopie | 6,00 DM |
| INFO 6/7 | 2/89 | Kopie | 8,50 DM |
| INFO 8 | 5/89 | Kopie | 8,50 DM |
| INFO 9 | 10/89 | Kopie | 9,50 DM |
| INFO 10 | 2/90 | Kopie | 7,00 DM |
| INFO 11 | 5/90 | | 3,00 DM |
| INFO 12 | 9/90 | Kopie | 7,00 DM |
| INFO 13 | Win/90 | | 3,00 DM |
| INFO 14 | Früh/91 | | 3,00 DM |
| INFO 15 | Som/91 | Kopie | 7,00 DM |
| INFO 16 | Win/91 | | 3,00 DM |
| INFO 17 | 3/92 | | 4,00 DM |
| INFO 18 | 5/92 | | 4,00 DM |
| INFO 19 | 7/92 | | 4,00 DM |
| INFO 20a/b | 11/92 | Kopie | 10,50 DM |
| INFO 21 | 3/93 | Kopie | 9,00 DM |
| INFO 22 | 5/93 | | 4,00 DM |
| INFO 23 | Som/93 | | 4,00 DM |
| INFO 24 | 10/93 | | 4,00 DM |
| INFO 25 | 12/93 | | 4,00 DM |
| INFO 26 | 3/94 | | 5,00 DM |
| INFO 27 | 6/94 | | 5,00 DM |
| INFO 28 | 11/94 | | 5,00 DM |
| INFO 29 | 3/95 | | 5,00 DM |

INFOs 11,13,14,17,18 gibt's für 10,- DM incl. Porto

# Nachbereitungen im »Fall Kaindl«

## Von Unterstützerseite erschienen gleich zwei Broschüren

*»Die vor Euch liegende Broschüre ist der Versuch, unsere Erfahrungen... aufzuarbeiten... nachvollziehbar ... (und) zugänglich zu machen. Wir begrenzen uns hauptsächlich auf praktische Erfahrungen«* (I. Der »Fall Kaindl«). *»Diese Broschüre ist eine Nachbereitung, die dazu dienen soll, unsere Erfahrungen weiterzugeben... Von anderen UnterstützerInnen gibt es bereits eine Aufarbeitung. Dennoch glauben wir nicht, daß unsere Broschüre überflüssig ist, ganz im Gegenteil ist es unserer Meinung nach im Kaindl-Fall interessant und wichtig, die unterschiedlichen 'Schlußfolgerungen miteinander zu vergleichen.«* (II. Anna und Arthur drücken die Augen zu«).

Zum Mord-Prozeß gegen Antifas im »Fall Kaindl«, über den das Info-Blatt ausführlich berichtete, sind nun zwei Broschüren erschienen: Die erste (ca. Juni; im folgenden zit.als I) steht in der Umgebung des Prozessbüros und der Soli-Zeitung »Herzschläge«. Sie besteht in den meisten Artikeln in dem Versuch, einen Teil der Erfahrungen praxisorientiert in die Antifa-Arbeit zurückzugeben. So stellt die Bürostruktur mit ihren einzelnen Gruppen (ZeugInnen, Internationale Soli-Gruppe, Presse und Finanz) ihre Arbeit dar, verschiedene Problemkomplexe werden allgemein und konkret vorgestellt (Abtauchen, Leben im Knast, Verhältnis Gefangene- UnterstützerInnen-AnwältInnen, Verrat, Aussagen) und einige wichtige Texte, die für die Kampagnenführung grundlegend waren, werden dokumentiert, so v.a. das Papier »Wir klagen an - die gesellschaftliche Situation« von Feb./März 1994. Abidin berichtet über seine Zeit im Knast und die HeruasgeberInnen geben eine gute Einschätzung der besonderen Bedingungen im Kaindl-Prozeß. Als abschließende Einschätzung wird der eher pessimistische Artikel »Kurzer Prozeß mit Bauchschmerzen« aus der letzten Herzschläge-Ausgabe (5, Dez.'94) erneut abgedruckt.

Broschüre I ist ein unverzichtbares technisches und taktisches Info für aktive Antifas, das am konkreten Beispiel Erfahrungen weitergeben kann.

Das Erscheinen einer zweiten Broschüre (August; im folgenden II) lag wegen der komplizierten Situation in der zersplitterten UnterstützerInnen-Szene nahe. Diese wird nun erstmals mit relativ neutralen Worten transparent gemacht durch die HerausgeberInnen, den Mittwochskreis (II,2-14 u.61). Die Broschüre rechtfertigt sich aber auch durch ihre völlig andere inhaltliche Ausrichtung. Zwei Chronologien (allgemein und zu den einzelnen Prozeßtagen) ergänzen I, und ein langer kritischer Beitrag gibt die Einschätzung des Mittwochskreises wieder. Ansonsten ist sie eher auf die Dokumentation verschiedener inhaltlicher Positionen ausgerichtet, was

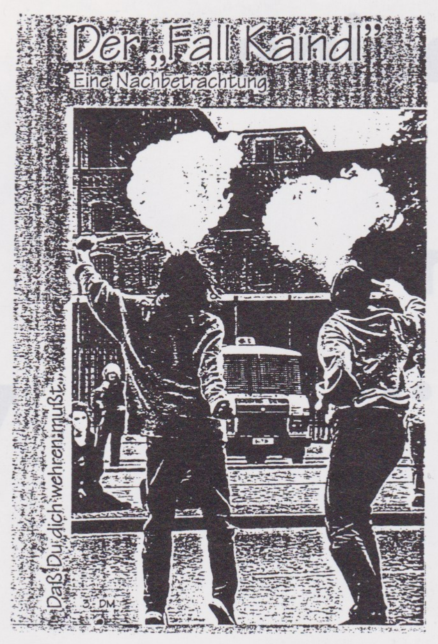
einen theoretischeren Anspruch nahelegt. Von Unterstützungsseite wird allerdings nur die bereits kürzlich in der »interim« abgedruckte Einschätzung der »Zweiten Strömung« (wie die HerausgeberInnen formulieren) dokumentiert. Ein Übergewicht dieser Position ist nicht anzunehmen, da ihre VertreterInnen als dritte wichtige Gruppe in der Soli-Szene vermutlich keine eigene Broschüre produzieren werden. Dennoch kann dieser Text, der von handfesten Lügen nur so strotzt und ein infames Machwerk ist, eigentlich bei einem verantwortungsvollen Umgang nicht veröffentlicht werden, jedenfalls nicht unkommentiert. Die Umgangsformen innerhalb der Linken müssen gepflegt werden, und ein falsch verstandener Pluralismus darf hier nicht einem intriganten und verlogenen Verhalten Vorschub leisten. Die Konsequenz davon kann nur sein, daß in der Linken undemokratische Methoden Einzug halten, die im konkreten Fall das Maß des tolerablen längst überschritten haben. Hier gilt: Mut zur Lücke.

Die Entschuldigung der Redaktion, andere Gruppen hätten keine Texte abgegeben, kann nicht ganz gelten. Mindestens drei weitere Einschätzungen (interim v. Nov.'94, Herzschläge 5, AIB 29) waren erschienen und standen zum Nachdruck frei, wenn man eine kontroverse Dokumentation ernsthaft verfolgt hätte. Das Erscheinen von zwei Broschüren liegt auch daran, daß bei der Redaktion kein Interesse an einer gemeinsamen Veröffentlichung bestand.

Anschließend berichten zwei Untergetauchte von ihren Erfahrungen. Die Selbststilisierung in Georgs Bericht ist fast unerträglich. Darüber hinaus behauptet er, in gnadenlosem Unfug: »*...hatte sich doch die entpolitisierende Linie durchgesetzt. Leute vom Antifaschistischen Infoblatt hielten selbst Briefe von mir zurück, um ihrer Linie zum Durchbruch zu verhelfen*« (II,28). In der Soli-Arbeit hat das Info als solches keine aktive Rolle gespielt. Von Georgs berühmten Brief hatten wir nicht einmal eine Kopie, die wir hätten zurückhalten können – wir hätten ihn aber sicher nicht abgedruckt. Schließlich haben wir, zunächst als einzige und unter harscher Kritik, schon im Sommer 1992 und dann immer wieder einen politischen, d.h. auch kritischen Umgang mit der Angelegenheit gefordert, daran war unsere Linie ausgerichtet.

Ein Brief Fatmas dokumentiert, warum sie gegen einen »Deal« mit der Justiz war.

Hochinteressant ist ein langes gemeinsames Gespräch mit den ex-Angeklagten, leider ohne Abidin und Fatma, die nicht kamen. V.a. für Mehmet gilt, was die Redaktion sagt, »*daß einige der Interviewten nicht zur Selbstkritik bereit sind*«. Bei




seinen und Georgs aalglatten Beiträgen platzt Toni teilweise sichtlich der Kragen. Er und Sefkan geben überhaupt noch die ehrlichsten und sinnvollsten Beiträge ab. Interessant ist auch, in welchem Widerspruch die Einschätzung der Interviewten zu der der AnwältInnen steht. Mit drei von ihnen wurde ein weiteres Gespräch geführt. Leider ist gerade im ersten Interview auf kritischere Nachfragen oft verzichtet worden. Wo die Diskussion um Moral geht bricht der Fragesteller sogar direkt ab, indem er auf Absprachen, also technische Details, zurückkommt. Das steht im krassen Widerspruch zum eingangs formulierten Anspruch, die »*allgemeine Debatte über militanten Antifaschismus*« (II,13) zu führen.

In der Einschätzung der Aktion (II,13 f) lehnen die HerausgeberInnen sich an den umstrittenen Info-Artikel »Zum Tod eines Faschisten« an (AIB 19). Auch die optimistischere Gesamt-Einschätzung kommt unserer näher: »*Trotzdem sollte das Jammern über den Prozeßverlauf nicht zu laut sein. Der uruguayische Schriftsteller Mauricio Rosencof meinte... wenn 'alle Verfolgten frei oder flüchtig sind und ein Nazi tot, dann sei das ein hervorragendes Ergebnis... denn es gebe keine 100% Erfolge in der revolutionären Geschichte'.*« (II,11).

Auch Broschüre II verzichtet nicht auf eine Auswertung der Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung. Die spezifischen Erfahrungen des Mittwochskreises sind in ihren Unterschieden und Gemeinsamkeiten zur Einschätzung der Broschüre I zu lesen und geben so wieder einen guten Eindruck von der Unterschiedlichkeit der Beteiligten.

Während I für die praktische Arbeit wertvoller ist, ist II ansprechender aufgemacht und liest sich viel spannender. I ist eher aus einem Guß, was der Situation im Prozeß weniger entspricht, als die Rangehensweise des Mittwochskreises. Insgesamt sind beide Broschüren eher Ergänzung als Konkurrenz zueinander und sollten unbedingt gemeinsam gelesen werden – die freundliche Preisgestaltung macht das möglich. Nachbereitungen im »Fall Kaindl«. ■

---

**I. Der 'Fall Kaindl'. Eine Nachbetrachtung, 46 S., DM 3,-.** *Bezug über: Antifa-Versand, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin*

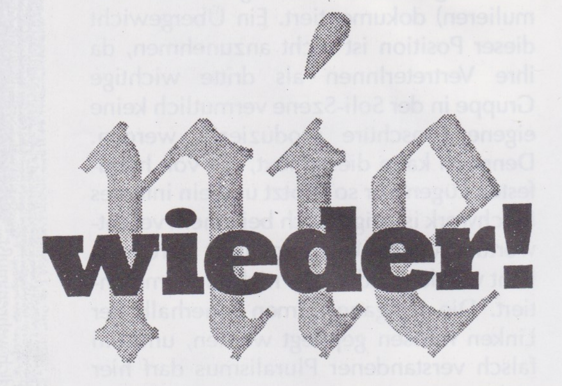
**II. Anna und Arthur drücken die Augen zu. Überlegungen zum 'Kaindl-Fall', 61 S., DM 4,-.** *Eine Bezugs-Adresse ist leider nicht angegeben und konnte von uns nicht mehr ermittelt werden. Die Broschüre ist in den bekannten Buch- und Info-Läden erhältlich*

# »Anteilsscheine an der Liquidation der Juden...«

50 Jahre Kriegsende.

50 Jahre Befreiung des KZ Auschwitz.

Die Verantwortung der IG Farben.




## IG Farben in Auflösung will sich auf Berlin konzentrieren

**An die Auflösung der »IG Farben in Abwicklung« sei nicht zu denken, solange noch Prozesse geführt werden, hat im August deren Liquidator Joachim Bartels auf der Aktionärsversammlung des Restkonzerns in Frankfurt verkündet. Die zukünftigen Aktivitäten werden weiterhin vor allem auf die Rückerlangung des Ostvermögens zielen, zugleich will der Konzern seine Investitionen auf Berlin konzentrieren. Doch Kritische Aktionäre und AntifaschistInnen sorgten dafür, daß die Veranstaltung nicht reibungslos über die Bühne ging. Sie forderten in zahlreichen Redebeiträgen die sofortige Auflösung der Firma und die Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen und ihrer Angehörigen.**

Die Aktionäre waren bereits am Eingang mit Transparenten und Tafeln empfangen worden; »IG Farben lieferte Zyklon B – das Gas für den Holocaust«, »An den Aktien der IG Farben klebt Blut« und ähnliches war darauf zu lesen. Als die hauptamtlichen Liquidatoren (die faktischen Geschäftsführer) der IG Farben gerade mit ihren Berichten loslegen konnten, wurde es turbulent. Eine Handvoll AntifaschistInnen machte lautstark in Sprechchören auf sich aufmerksam (»Hinter dem Faschismus steht das Kapital«, »Deutsche Waffen – deutsches Geld, morden mit in aller Welt«). Die Protestierer drängte der Wachschutz hinaus. Inzwischen hatte sich auch der Kampfgeist etlicher Aktionäre entfacht, »Honnecker-Knechte« und »Das ist die deutsche Jugend« erschallte es aus ihren Reihen. Der 70jährige Kritische Aktionär, Eduard Bernstein, wurde niedergebrüllt, als er die Zulassung von Radio und Fernsehen zur Versammlung beantragen wollte. Und auch die zahlreichen RednerInnen aus der Kampagne »Nie wieder!«, die auf die Verflechtung von IG Farben und ihren Teilkonzernen Bayer, Höchst und BASF mit NSDAP und II. Weltkrieg hinwiesen, wurden unterbrochen oder es wurde ihnen sogar das Mikrofon abgestellt.

Der nächste Schlag folgte für die Aktionäre gleich, doch diesmal aus der Ecke der Konzernleitung selbst. Hoffnungsträger Günther Krause, der die DDR mit abgewickelt und als Bundesverkehrsminister gezeigt hatte, wie man in kürzester Zeit zu barer Münze kommt, macht nicht mehr im Aufsichtsrat mit. Mit seinem Einstieg bei den IG Farben hatte der CDU-Politiker vergangenes Jahr Schlagzeilen gemacht und bei den Aktionären Hoffnung auf das in die Ferne rückende Ostvermögen geschürt. Und nun hielt er es nicht mal für nötig, persönlich auf der Jahreshauptversammlung zwecks Entlastung zu erscheinen – der Zorn im Publikum war groß.

Denn im Kern dreht sich bei der IG Farben i.A. alles um das Ostvermögen. Nachdem der Konzern »in Abwicklung«, früher hieß es noch etwas unfeiner »in Auflösung« oder »in Liquidation«, letztes Jahr eine Bruttoausschüttung von 200 Millionen DM an die Aktionäre geleistet hatte, verfügt er jetzt noch über 30 Millionen DM. *»IG Farben ist zu Dritteln abliquidiert«*, erklärte Aufsichtsratschef Ernst Krienke. Der Rest sei notwendig, um die Prozesse zu führen und den Ansprüchen anderer begegnen zu können. Das eigentliche Vermögen der IG Farben i.A. liegt im Osten, im Westen durften die Teilkonzerne Bayer, Höchst und BASF mit dem IG Farben-Besitz weiterproduzieren. Auf juristischer Ebene versucht die IG Farben i.A., die Enteignungen nach dem Krieg anzufechten. Ihr besonderes Augenmerk liegt dabei auf Berlin. Hier sind die Enteignungen, anders als im restlichen ex-DDR-Gebiet, erst 1949 über die »Liste 3« durch den Großmagistrat von Berlin festgeschrieben worden. Kommt die IG bei Gericht nicht durch, wovon auszugehen ist, will sie sich in den Genuß des Entschädigungs- und Lastenausgleichgesetzes einklagen. Doch auch da sind die Erfolgschancen gering.

Einig sind sich die Aktionäre, daß die Enteignungen des Kriegsverbrecher-Konzerns Unrecht seien. Aufsichtsratschef Krienke fordert von der Bundesregierung, das Ostvermögen auszuhändigen bzw. zu entschädigen, dann könne die IG auch den Forderungen der Zwangsarbeiter entgegenkommen. Dieser Argumentation, »Ostvermögen her – dann entschädigen wir«, können die unterschiedlichen Gruppen der Altnazis und der Jungspekulanten unter den Aktionären folgen. So bekam der Jungaktionär Sven Lorenz viel Beifall, als er beantragte, daß der Konzern in Verhandlung mit den Bundestagsparteien treten möge. So solle eine beschleunigte Lösung gefunden werden, die allen gerecht werde – auch den ehemaligen Häftlingen. Das bedeute die Regelung des Ostvermögens und die an-

schließende Gründung bspw. einer Stiftung mit einem Teil des Vermögens – als ein Zeichen der Versöhnung. Aufsichtsratsvorsitzender Krienke brachte sogar die Zahl von 50 Prozent für die Zwangsarbeiteransprüche ins Spiel. Vor dem Hintergrund, daß die Bundesrepublik sich hüten wird, der IG Farben-Restgesellschaft Grundbesitz in der Größe des Saarlandes zurückzuerstatten bzw. zu entschädigen und unter Berücksichtigung des Auftrages der IG Farben, die gegründet wurde, die offenen Vermögensfragen zugunsten der NS-Opfer des Konzerns zu regeln – ein schlechter Witz.

Der ehemalige Widerstandskämpfer Peter Gingold wehrte sich gegen den Versuch, das IG Farben-Vermögen auf Kosten der Steuerzahler zurückzuerstatten. 350.000 Zwangsarbeiter habe die IG Farben ausgebeutet. Im IG-KZ-Monowitz seien 30.000 Menschen umgekommen. Die heute noch leben, vor allem im Osten, befänden sich in einem Zustand völliger Armut, ohne Krankenversicherung. Sie zu unterstützen, heiße auch, ihnen die menschliche Würde wiederzugeben, die ihnen genommen worden ist. Bei der IG handle es sich um ein Unternehmen, *»das nicht am Leben bleiben darf«*. Der Krieg war doch maßgeblich mit von der IG vorbereitet. *»Sie können nicht aus der Geschichte aussteigen. Die klebt an den Aktien«*, wandte er sich an die Aktionäre. Die Zwangsarbeiter bräuchten eine sofortige Entschädigung für sich und die Angehörigen, die Gedenkstätte Auschwitz müsse erhalten bleiben. Der Handel mit den Liquidationsscheinen müsse beendet werden. *»Mit den Liquidationsanteilsscheinen haben Sie Anteil an der Liquidation der europäischen Juden, Roma und Sinti und anderen. Da gibt es keine Gnade der späten Geburt.«*




***Proteste während der Aktionärsversammlung der IG Farben i.A.***

Doch die Firmenleitung denkt nicht an Auflösung. Da *»Stasi-Seilschaften verhindern, daß wir, wie die Privateigentümer, das Ostvermögen kriegen«* (O-Ton Krienke) will sich die IG per »Investitionsvorrang« Zugang zu altem Besitz beschaffen. Investitionsvorrang bedeutet, daß Investoren, die Arbeitsplätze schaffen, bei der Privatisierung von Betrieben oder Grundstücken gegenüber den Alteigentümern vorgezogen werden. So will sich die IG im Geschäftsjahr 1995/96 auf Berlin stürzen. Es handle sich um zwei Projekte, eines im Zentrum von Berlin, das andere in Berlin-Köpenick, erklärte der Liquidator Vollmann. Das Köpenicker Projekt soll zusammen mit einem *»Fachpartner, der über eine Bodenaufbereitungsanlage verfügt«*, durchgeführt werden. Diese Firma sei renommiert und arbeite sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern. Erste Gespräche führe die IG im September. Vollmann versprach sich von einem erfolgreichen Ausgang eine erhebliche Ausweitung des Tätigkeitsbereiches der IG. Die Treuhand-Nachfolgerin, die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderausgaben, teilte dem Infoblatt auf Anfrage mit, daß noch keine Anträge der IG Farben vorliegen.

Sollte der IG der Einstieg in Berlin gelingen, kämen die Aktionäre ihrer Wunschvorstellung ein Stück näher: die IG Farben in Auflösung – eine normale kapitalistische Firma. ■

# »Unser Ziel war der

**Auf dem Internationalen Hearing zum »8. Mai – 50. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus« in Berlin sprach als einer der ZeitzeugInnen der Widerstandskämpfer Peter Gingold. Die jüdische Familie Gingold emigrierte 1933. Sohn Peter folgte Ende des Jahres, als er seine illegale Tätigkeit in Frankfurt in der Gewerkschafts- und der Kommunistischen Jugend nicht mehr fortsetzen konnte. Als die Nazis Frankreich besetzten, schaffte er es, rechtzeitig aus der französischen Internierung zu flüchten. Er nahm im französischen Widerstand eine wichtige Rolle in der Immigrantenorganisation MOI und der Résistance ein. Peter Gingold ist heute noch in der Bundesrepublik politisch aktiv. Wir veröffentlichen Auszüge aus seinem Vortrag.**

Ende 1933 mußte ich in die Emigration folgen. Dort waren wir immer noch als Kommunistischer Jugendverband organisiert und später haben wir uns erweitert, alle zu erfassen, egal aus welcher politischen Richtung. Da haben wir uns 1936 einen neuen Namen gegeben: »Freie deutsche Jugend«, abgekürzt FDJ. Einer der mitgewirkt hat, war damals, 21 oder 22 Jahre alt, Willy Brandt. Zu dieser Gruppe gehörten auch, ich will mal drei Namen nennen, weil die alle sehr bekannt sind: Hermann Axen, Stephan Hermlin, Kurt Hager.

1939 wurde das zur schrecklichen Wirklichkeit, wovor wir immer gewarnt hatten, der Krieg brach aus. So schnell wie möglich kehrten wir zurück nach Paris in die besetzte Zone, um dort irgend etwas zu machen. Keiner gab uns irgendeine Direktive oder Hinweise. Jetzt hatten wir die deutsche Besatzung hier, jetzt konnten wir direkt gegen die Hitlerwehrmacht arbeiten und versuchen, unter den Deutschen antifaschistisch zu wirken. Die Résistance hat es im großen und ganzen noch gar nicht gegeben, die Bevölkerung war mehr oder weniger resigniert und verzweifelt. Es gab einige Gruppen, die auch angefangen haben und unsere junge, kleine, wir waren ja Jugendliche, gehörte gleich zu den ersten Anfängen der Résistance. Das erste, was wir gemacht haben, war unter die Deutschen Flugblätter, Streuzettel zu bringen. Erstmal haben wir stapelweise Zigarettenpapier, das konnten wir noch bekommen, gekauft, dann einen Kinderspieldruckkasten zum Stempeln. Dann stempelten wir unsere Losungen drauf, auf deutsch, »Nieder mit Hitler«, »Schluß mit dem Krieg« . Das waren die Anfänge, in denen wir Zettel in leerstehende Militär-LKWs oder über die Kasernenmauern warfen oder in der Gegend vom Casino.

Welchen Sinn hat denn diese Arbeit. damals gehabt? Diese Situation 1939/40 bis '41, das war eine Sisyphusarbeit, einen Deutschen zu überzeugen, daß er jetzt Schluß macht mit Hitler , wo sie ja alle den Endsieg vor den Augen gesehen hatten. Das war die hoffnungsloseste Situation, die wir damals erlebt haben. Der einzige Sinn, in der Zeit etwas zu tun, bestand doch wesentlich darin: Auf diese Weise den Franzosen zu zeigen, nicht alle Deutsche sind Nazis. Und den Deutschen zu sagen, wenn sie so einen Zettel finden: »Unter euch,« weil sie ja nicht wissen, woher kommen die, »unter euch gibt es auch noch Antifaschisten.«

Die Bomben fielen da ja noch gar nicht auf die deutschen Städte, Opfer hat es noch keine gegeben. Die deutschen Soldaten gingen mit riesigen Säcken nach Hause in den Urlaub. Die haben dann zu Hause ausgepackt, Schokolade, Kaffee, Zitrusfrüchte, Champagner. Da gab es doch in der Familie Freude und Begeisterung. Das war eine ganz, ganz schlimme Situation.

Dann änderte sich was. Die französische Résistance entwickelte sich ja allmählich. Die französische Parteiführung faßte alle ausländischen Arbeiter in die Résistance zusammen. Sie nannten sie MOI, Main d'Oeuvre immigré, also Immigrantenarbeiter. Wir wurden als Deutsche dort eingegliedert. Da haben sie uns gesagt: »Wir geben euch eine ganz wichtige Aufgabe; da könnt ihr sehr viel der Résistance helfen.« Sie nannten es »Travail Allemand«, das soll etwa heißen »Arbeit gegen Nazideutschland«. »Ihr kennt die deutsche Sprache, die Mentalität, versucht doch, in der Besatzungsmacht Kontakte zu finden, die gegen Hitler sind, gegen den Krieg, vielleicht sogar Antifaschisten. Es muß doch solche geben, Kinder von Kommunisten und Sozialdemokraten, oder von Eltern, die im KZ saßen, die müßt ihr herausfiltern, die könnten uns Informationen, Waffen geben für den vorgesehenen bewaffneten Aufstand, die könnten in ihren Einheiten Widerstandsgruppen bilden oder desertieren, direkt zur Résistance übergehen ...«

## Mit Stalingrad kam die Wende

Diese Arbeit war hoffnungslos, bis die Kriegssituation sich änderte. Das begann schon mit der Winterschlacht 1941/42. Zum ersten Mal gab es ein Land, das dieser Mordmaschine, dieser wuchtigen, bisher unbesiegbaren Armee hat widerstehen können. Und gerade nach Stalingrad, da zerbröselte doch allmählich der Nimbus der Unbesiegbarkeit der deutschen Hitlerwehrmacht. Ab da konnten wir allmählich Erfolge erreichen. Wir haben nicht massenhaft Soldaten gewinnen können, aber jeder, der mit uns zusammengearbeitet hat, war so wichtig! Analog zu dem, was in Moskau gegründet war, dem Nationalkomitee Freies Deutschland, bildeten wir die Bewegung Freies Deutschland im Westen, um alle zu erfassen, ohne jeden zu fragen, welches Motiv er hat, zu welcher Schicht er gehört. Und wir hatten später, erst 43/44, sogar den Kommandierenden General von Paris*, einen Adligen, zur Mitarbeit gewinnen können. Der hat am 19. Juli, am Vorabend des 20. Juli '44, die SS und die Gestapo in Paris verhaftet und wollte am anderen Tag die Spitzel der Gestapo in Paris erschießen und die Gefängnisse öffnen und alle politischen Gefangenen freilassen. Es hat sich später herausgestellt, das haben wir gar nicht gewußt, das war ein Vetter von Stauffenberg, er wurde dann später verhaftet, nachdem das gescheitert war und hingerichtet.

Wie sind wir überhaupt an die Soldaten rangekommen? Da spielten die Frauen die entscheidende Rolle. Die Soldaten schauten sich nach Mädchen um. Da haben wir unseren Frauen gesagt: »Laßt euch doch von denen ansprechen.« Immer mit falschen Papieren, immer als Französin ausgeben, mit französischen Akzent reden, und dann mal heraustasten, wie denkt er denn. Eben mal tasten, »Krieg nix gut«, wie er dann reagiert, »Hitler bald kaputt«, immer so mit französichen Akzent, auch immer erklären, warum sie so gut Deutsch können, im Elsaß geboren, in Lothringen geboren, Germanistik studiert. Und wenn sie spüren, mit dem kann man was anfangen, haben sie sich mit dem noch mal verabredet. Und bei der nächsten Verabredung ein Flugblatt gegeben, das wir gedruckt haben. Aber immer vorsichtig, sie haben gesagt »Ich habe das Flugblatt auf der Straße gefunden, mal gucken, mal lesen, ich nix verstehen« – mal sehen, wie der reagiert. Auf diese Weise, wenn jemand sicher war, haben die Kontakt mit uns bekommen.

Ich war verantwortlich für das ganze Ostfrankreich, für diese Arbeit immer in Zusammenarbeit mit der FTP (Franc Tireurs

# Aufstand«

Partisans), mit den bewaffneten Partisanengruppen. '43 bin ich dann bei dieser Arbeit verhaftet worden, im Laufe einer Massenverhaftung. Der Verhaftung folgte wochenlange schwere Folter, aber weil sie nicht in mir einen entscheidenden Mann gesehen haben, habe ich sie in eine Falle führen und fliehen können.

Nach meiner Flucht haben wir am Aufstand teilgenommen, hier im Augusttag 1944 – wo wir auch haben wichtige Aufgaben übernehmen können, mit weißen Fahnen zu den Eingekesselten rüberzugehen, als Parlamentäre, natürlich immer als Franzosen, mit denen zu verhandeln, daß sie aufgeben. Das war hoffnungslos. Dann war Frankreich befreit, der Krieg ging weiter, und dann sind wir mit einer ganzen Gruppe in französischer Uniform als Frontbeauftragte der Bewegung Freies Deutschland mit an die Front gegangen, um dann mit Hilfe von Megaphonen oder von speziellen Granaten, die Flugblätter rüberschießen, zu sagen »Macht Schluß mit diesem sinnlosen Krieg, rettet doch euer Leben, ihr werdet alle gut behandelt als Gefangene«. Da haben wir auch nichts erreichen können, ehrlich gesagt. Einer von uns ist bei dieser Aktion gefallen, erschossen als es Schiessereien gab.



Peter Gingold

## Wir schnappten Mussolini

Wie ich den 8. Mai in Italien erlebt habe? In Norditalien entwickelte sich eine breite Partisanenbewegung, vor allen Dingen oben im Turiner Gebiet, in den Alpen. Da sagten die Italiener: »Schickt uns doch auch einen Deutschen, der bei uns die selbe Arbeit macht.« Ich kam dann in das Partisanengebiet und habe angefangen, ein Flugblatt herauszugeben. Und siehe da, ich gab mein Flugblatt heraus und die Hitler-Wehrmacht in Norditalien kapitulierte. Aber voraus ging natürlich die Volkserhebung der Norditaliener, in den Apriltagen. Unsere Einheit schnappte Mussolini, ich war nicht dabei gewesen, auf dem Fluchtweg. Er wollte in die Schweiz gerade, mit allen seinen Mätressen, mit Gold, mit Diamanten. Am Abend wurde Gericht gehalten, am anderen Morgen wurde er erschossen . Und das war sehr scheußlich, daß sie den Leichnam nach Mailand brachten und mit den Füßen nach oben aufgehängt haben, das war nicht mein Geschmack. So groß war die Wut, das Rachegefühl der Bevölkerung über diesen Faschismus – das, was wir in Deutschland nie erlebt haben. Und da war ich schon längst im befreiten Turin, und das war der 8. Mai, auf einmal läuteten unaufhörlich die Kirchenglocken und da war uns allen bewußt, die kündigten das Ende des Krieges an. Und von da an strömten tausende Turiner ins Zentrum der Stadt. Fröhlich und jauchzend, sich umarmend, dann der unaufhörliche Gesang, das »Bella Ciao« und das »Avanti Populo« und ganz Turin tanzte bis tief in die Nacht und ich mitten drin. Und ich hatte damals Tränen der Freude, und auch der Trauer. Trauer wegen meines Bruders, meiner Schwester, die deportiert waren, meiner Verwandten, aller meiner Freunde, von denen wir nichts mehr wußten.

Und dann war ich gleich in Berlin gewesen, im Juni/ Juli und auch in meiner Heimatstadt. Und ich habe den Kontrast erlebt. In meinen Ohren noch den Jubel der Massen. Und bin in diesem Land, das war so tief bitter-traurig! Wohl hat jeder gespürt, jeder war froh, daß der Krieg zu Ende war. Aber der Sieg, den ich sah, war zugleich ihre Niederlage. Sie sind besiegt worden, es gab keinen Jubel, keine Begeisterung, daß das Nazi-Regime niedergerungen war. Warum? Ganz einfach, weil das deutsche Volk nicht das eigene Erlebnis der Selbstbefreiung, des eigenen Aufstandes, gehabt hatte. Das war das Ziel unseres Widerstandes gewesen. Der deutsche Widerstand hat so viel an Opfer gekostet, ebenbürtig mit der gesamten europäischen Résistance. Der deutsche antifaschistische Widerstand ist ein bedeutender Teil der gesamten europäischen Résistance. Aber die eine Tragödie besteht darin, daß er nicht erreicht hat, was er wollte, daß die Bevölkerung sich selbst befreit. Und das war unsere Vision gewesen, wir haben in Erinnerung gehabt, daß der 1. Weltkrieg mit einer Revolution endete, mit einem Volksaufstand, begonnen mit einem Aufstand der Kieler Matrosen. Also das deutsche Volk war fähig zum Aufstand, und das war unserer Traum gewesen. Und da haben wir gedacht, wenn wir das erreichen, haben wir noch sieben, acht Millionen verschleppte Zwangsarbeiter, die sehr Anteil nehmen.

Und dann haben wir unsere Mission gehabt. Wir haben überlebt, nur mit einem einzigen Gedanken, auch wenn es pathetisch klingt, mit dem heiligen einzigen Vorsatz: *»Wir lassen nie wieder Faschismus und Krieg zu!«* Und das, was wir hinter uns haben an Rassismus, an Militarismus, an Antikommunismus, an Antisemitismus, an Antihumanismus usw., das wird hier keinen Boden mehr finden können. So haben wir überlebt. Und wir, die Überlebenden, haben geglaubt, jetzt gehört uns die Welt, und wir setzen uns jetzt durch. Das, was wir heute haben, dieses Deutschland, das war nicht das Deutschland, das wir uns 1945 vorgestellt haben.

Ich habe vorhin gesagt, daß der deutsche Widerstand ein Teil der gesamten europäischen Résistance war. Das war doch eine solidarische Gemeinschaft der Völker Europas, der lebendige Internationalismus, zu dem der deutsche antifaschistische Widerstand gehörte. Und alle die Völker, die sich selbst befreit haben, dieses ganze Europa hat auch ein zukünftiges Europa erträumt. Das heutige Europa von Maastricht mit 20 Millionen Arbeitslosen, mit Millionen Obdachlosen, mit Massenelend, mit Neofaschismus, mit Rassismus, an dieses Europa haben wir nicht gedacht. ■

* *Oberstleutnant Caesar von Hofacker*

## Die Verbrechen der deutschen Wehrmacht

# Soldaten sind Mörder

**Das Hamburger Institut für Sozialforschung hat in einer gut aufgemachten Ausstellung an ausgewählten Beispielen dokumentiert, wie die Deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg als Organ der nationalsozialistischen Pläne zur Neuordnung Europas und rassistischen Vernichtungspolitik systematisch Kriegsverbrechen beging.**
**Zurecht sieht sich die Bundeswehr in der Nachfolge der Wehrmacht. Wenn Militärs und Politik in der BRD heute wieder militärisch agieren wollen, so ist es die Aufgabe einer geschichtlich interessierten Antifa, mit der Kraft der Erinnerung an die Kriegsverbrechen der Vergangenheit einer solchen Politik den Kampf anzusagen.**
**Der folgende Artikel basiert z.T. auf Material der Ausstellung und des hervorragenden, leider viel zu teuren Begleitbandes (*Heer, Hannes/ Naumann, Klaus (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Hamburger Edition, Hamburg 1995, 685 S., DM 68,-*) sowie auf einer empfehlenswerten Sonderausgabe der »Zeit« (*ZEIT-Punkte Nr.3/1995: Gehorsam bis zum Mord? Der verschwiegene Krieg der deutschen Wehrmacht. Fakten, Analysen, Debatte. 98 S., DM 6,-*).**
**Die Ausstellung ist noch vom 3.9.-10.10.'95 in Stuttgart und vom 15.10.-30.11.'95 in Wien zu sehen.**



*Die Wehrmacht war eine der Säulen des NS-Regimes. Seit 1934 werden die Soldaten auf Adolf Hitler vereidigt*

Bis heute hält sich standhaft das Gerücht, die Deutsche Wehrmacht sei eine ganz normale Armee gewesen, deren Angehörige nur ihre Pflicht erfüllt hätten. Kriegsverbrechen seien die Ausnahme. Diese Sicht rechtfertigt das Handeln der Generation unserer Eltern und Großeltern, die sich als anständige Deutsche fühlen und doch von den Verbrechen der Nazis distanzieren können. Gleichzeitig wird sie »offiziell« genährt. Die Bundeswehr steht in der Tradition der Wehrmacht, deren ehemalige Offiziere sie in den 50ern aufgebaut haben. Diese Tradition wird nicht versteckt, sondern gepflegt – bis hin zum imperialistischen, rassistischen und faschistischen Gedankengut. Neuerdings pflegt die Bundeswehr auch verstärkt die Tradition des militärischen Widerstandes gegen Hitler[1].

Von Anfang an zielte das NS-Regime auf einen imperialistischen Eroberungskrieg, der schon an sich verbrecherisch ist. Am Spanischen Bürgerkrieg von 1936-39 war die »Legion Condor« der Luftwaffe auf Seiten der Putschisten beteiligt. Seit 1937 dehnte das Deutsche Reich sein Territorium mit Waffengewalt schrittweise in Richtung Osten und Südosten aus – durch die Annektionen in der Tschechoslowakei und Österreichs. Mit dem Überfall auf Polen 1939 begann Deutschland den offenen Krieg. Der Eroberung weiter Teile Europas folgte am 22.6.1941 der Einmarsch in die Sowjetunion.

Krieg bedeutet immer verbrecherische Methoden. Wir wollen hier aber die Legende von der sauberen Wehrmacht ausräumen und uns darum auf das konzentrieren, was nach internationalem Recht als Kriegsverbrechen gilt. Aus Gründen der Klarheit muß festgehalten werden:
1) Alle deutschen Aktionen im II.Weltkrieg sind Teil eines völkerrechtswidrigen Eroberungskrieges.
2) Dessen Ziele sind an sich verbrecherisch und auch anders zu werten als »normale« imperialistische Eroberungen.
3) Die Eroberungen der Wehrmacht schafften die Voraussetzungen für die Nationalsozialistische Rassenpolitik in Europa und insbesondere die Vernichtung der europäischen Juden, auch dort, wo die Wehrmacht selber nicht aktiv daran beteiligt war. Die Vernichtungspolitik fand die Duldung und Unterstützung der Wehrmachtsführung und vieler einfacher Landser.
4) Die Wehrmacht ist eine der vier Säulen nationalsozialistischer Herrschaft[2].

### Krieg im Westen

Grundsätzlich muß die Kriegsführung im Westen vom Krieg im Osten unterschieden werden. In Westeuropa wurde in der ersten Phase formal ein relativ normaler imperialistischer Agriffskrieg geführt. Dennoch kam es zu Verbrechen gegen das Kriegsrecht.

Bei schlechterer Behandlung der osteuropäischen Kriegsgefangenen wurden doch auch westeuropäische Gefangene massenhaft als Arbeitssklaven für die deutsche Kriegswirtschaft mißbraucht.

Gegenüber England begann noch vor dem Rußlandfeldzug der Bombenkrieg auf London und andere Städte.

Besonders nach Stalingrad kam es zu gezielten Angriffen auf die Zivilbevölkerung, Vernichtung ganzer Ortschaften und Politik der verbrannten Erde. Nach Mussolinis Sturz errichtete Nazi-Deutschland in



*Der Krieg im Osten wurde als »Weltanschauungs- und Rassenkrieg« geführt. Hier: Sowjetische Kriegsgefangene*

einem Teil Italiens einen Vasallenstaat. Die Aktionen der Deutschen im Zeichen des Krieges gegen die Partisanenbewegung schließen grausame Massaker unter Beteiligung der Wehrmacht mit ein, denen ganze Ortschaften zum Opfer fielen[3].

## Weltanschauungs- und Rassenkrieg

Der Krieg im Osten ist grundsätzlich anders angelegt. Er ist vom NS-Regime von Anfang an und in jeder Phase als Rassen- und Weltanschauungskrieg geführt worden.

Ausgehend von der These der rassischen Überlegenheit der deutschen Herrenmenschen waren zum einen – in ganz Europa spätestens seit der Wannsee-Konferenz – die Juden systematisch zu vernichten. Darüber hinaus galten aber auch die Slawen allgemein als minderwertig und waren quasi im Bedarfsfall zur Vernichtung freigegeben, ansonsten im besetzten Land wie als »Fremdarbeiter« im Reich hemmungsloser wirtschaftlicher Ausbeutung, u.a. durch die Wehrmacht, ausgesetzt, die z.T. auch die Züge von »Vernichtung durch Arbeit« trug. Von 5,7 Mio. sowjetischen Kriegsgefangenen starben 3,3 Mio.

Ihrem Selbstverständnis nach sahen die deutschen Faschisten den Krieg gegen die Sowjetunion als »Weltanschauungskrieg«, dessen Ziel die Vernichtung des »Bolschewismus« war[4]. Diese Position wurde propagandistisch in der Wehrmacht verbeitet und bei den Landsern breit akzeptiert. Zahlreiche Briefe und Aufzeichnungen zeugen davon, daß die Wehrmachtsangehörigen zum großen Teil die Herrenmenschenideologie verinnerlicht hatten.

Durch eine Reihe von Anordnung enwurde der Krieg gegen die Sowjetunion so geführt, daß Kriegsverbrechen eingeplant waren und systematisch begangen wurden. Es handelte sich dabei insbesondere um den Kommissarbefehl, der vorsah, politische Kommissare in der Sowjetarmee zu erschießen, und äußerst extensiv ausgelegt wurde. Auch bewaffnete Frauen waren von vornherein der Erschießung preisgegeben. Den Kriegsgefangenen wurden ihre Rechte als solche prinzipiell abgesprochen, die Zivilbevölkerung wurde der Willkür der Wehrmacht ausgeliefert.

Diese verbrecherischen Züge bekam der Krieg im Osten in seinen wesentlichen Punkten von vornherein, durch die Befehle, die die Kriegsführung charakterisierten[5]. Sie trieben die Bevölkerung der Sowjetunion geradezu in den Partisanenkampf. Im Zeichen der Bekämpfung der Partisanen wurde zunehmend verbrecherisch agiert. Die »Bandenbekämpfung« war dann das entscheidende Argument zur immer weiteren Ausdehnung des Terrors, wilden und willkürlichen Erschießungen, Geiselnahme und »kollektiven Gewaltmaßnahmen«[6].

## Serbien

»Serbien muß sterben«, so hatte die deutsche Haß-Parole schon im I.Weltkrieg gelautet. Mit dem Kampf gegen vor allem serbische Partisanen im durch die deutsche Besatzungsmacht aufgelösten Jugoslawien – Kroatien war ein faschistisch geführter Vasallenstaat Nazi-Deutschlands[7] – war die Wehrmacht unter General Franz Böhme betraut. Sie gab sich alle Mühe, diese Parole umzusetzen. Sie erschoß Tausende Menschen, viele von ihnen Juden, die generell festgenommen wurden. Böhmes Befehl vom Oktober 1941 lautete, die Geiseln im Verhältnis 1:100 für jeden getöteten und 1:50 für jeden verwundeten Wehrmachtssoldate zu erschießen. Die Wehrmacht führte auch eigene KZs[8].

## Vernichtung der Juden

Zum Krieg im Osten schreiben Heer und Naumann: »Kommissare waren zu erschießen, den Kriegsgefangenen wurde



*Zivilisten in Charkow, ebenfalls 1941, die unter dem Vorwand der »Bandenbekämpfung« ermordet wurden.*

ihr international geschützter Status verwehrt, die Zivilbevölkerung verfiel als partisanenverdächtig dem Terror der Besatzer, die Juden wurden zwar den Einsatzgruppen übereignet, aber die Wehrmacht war über jeden Schritt des Vernichtungsprogramms unterrichtet und übernahm es, dessen Prolog zu organisieren.«[9] In diesem letzten Punkt spricht er das Problem der Verstrickung der Wehrmacht in die Vernichtung der Juden an. Zwar lag diese in der Verantwortlichkeit der SS, insbesondere der Einsatzgruppen, doch arbeiteten sie im Schatten der Wehrmacht. Z.T. verhinderten Wehrmachtsoffiziere aus zweifelhaften Motiven die direkte Teilnahme ihrer Soldaten an den Morden der Einsatzgruppen. Im Ganzen aber stellte die Wehrmacht wichtige Infrastruktur für die Vernichtungsaktionen zur Verfügung, sicherte sie nach außen ab, und einzelne Einheiten, z.B. Pioniere, waren auch direkt an den Morden beteiligt.

Zu Beginn standen auch die Ghettos unter der direkten Verantwortlichkeit der Wehrmacht, die ihre Bewohner zur Sklavenarbeit zwang. Schließlich profitierte die Wehrmacht den ganzen Krieg über von dieser Zwangsarbeit.

Die Ausstellung des Hamburger Instituts kann die Verbrechen der Wehrmacht in den Kriegen im Osten an drei ausgewählten Beispielen – der Heeresgruppen Mitte in Weißrußland, Süd vor Stalingrad im Rußlandfeldzug und des »Geiselkrieges« in Serbien – detailliert darstellen. Die BesucherInnen sind bald überfordert durch die Textlastigkeit, auch wiederholen sich die beschriebenen Maßnahmen z.T. in den verschiedenen Beispielen. Der Rückgriff auf den erheblich weiter ausgreifenden Begleitband – er behandelt neben den Verbrechen und Formationen auch die Handelnden, Offiziere und einfache Soldaten unter so interessanten Gesichtspunkten wie Fotografie, »Tourismus und Gewalt« oder »Wie führen Frauen Krieg?«, Kriegsverbrecherprozesse und Geschichtsschreibung – reicht allerdings nicht aus, da er auf eine Dokumentation der Ausstellung verzichtet. So fehlt hier die hochinteressante Synopse zu den Begriffen, die in den Akten zur Verschleierung der Verbrechen verwendet werden. Zu den großen Vorzügen der Ausstellung gehört, daß sie nicht nur neue Forschungserträge dokumentiert, sondern auch altbekanntes und oft verdrängtes prägnant ins Bewußtsein zurückbringt. In einem wissenschaftlichen Begleitprogramm werden AusstellungsbesucherInnen aller Altersgruppen interviewt.

Für die aktuelle antifaschistische Politik erweist sich der Abschnitt über Serbien als besonders wichtig. Wenn es nicht genug Argumente gegen ein deutsches Engagement im ehemaligem Jugoslawien gäbe, der Blick auf die Geschichte der deutschen Anti-Serbien-Politik reicht aus, ein militärsches Eingreifen Deutschlands gegen Serben für alle Zeit völlig indiskutabel zu machen. ■

*Mogilew 1941: Die Verfügung über die Ghettos lag in Weißrußland zunächst bei der Wehrmacht. Juden mußten Zwangsarbeit leisten, die oft zur »Vernichtung durch Arbeit« führte.*



1) Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes gab es im letzten Jahr eine Wanderausstellung mit einem umfassenden Katalog: Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945, hg. von Heinrich Walle, Berlin/Bonn/Herford 1994.

2) Nach Franz L. Neumann sind dies außerdem: – Partei und Bewegung, – Ministerialbürokratie, – Monopolkapital. Vgl. Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Frankfurt 1984.

3) Zu Italien siehe M. Shelah u. M. Geyer, Vernichtungskrieg S.191 u. 208 u. F. Andrae in ZEIT-Punkte, S.34 ff.

4) So Hitler gegenüber der Wehrmachtsführung bereits im März 1941, also vor Beginn des Feldzuges. Es müsse »vom Standpunkt des soldatischen Kameradentums« abgerückt werden. Die Information ist durch das Tagebuch Generaloberst F. Halders überliefert.

5) Die Befehle sind dokumentiert in: Anatomie des SS-Staates, Bd.2, München 1979. »Kommissarbefehl«: Dok.12, S.188 ff; zur Behandlung der Zivilbevölkerung der »Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet 'Barbarossa'...« vom 13. Mai 1941, Dok.8, S.181 ff

6) Vgl. H. Heer, Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, in: Vernichtungskrieg, S.104 ff.

7) »Minimalschätzungen gehen davon aus, daß zwischen 1941 und 1945 in Kroatien 750.000 Serben, 60.000 Juden und 26.000 'Zigeuner' umgebracht wurden«, schreiben G. Aly und S. Heim in »Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung«, Frankfurt 1991, S.362. Diese Schätzung, die also von fast einer Millionen Toten ausgeht, entnehmen sie E. Paris, Genocide in Satellite Croatia, 1941-1945. A Record of Racial and Religious Persecutions and Massacres, Chicago 1961, S.9.

8) Mit der deutschen Vernichtungspolitik in Serbien hat sich W. Manoschek befaßt: ZEIT-Punkte S.39 ff; Vernichtungskrieg S.39 ff u. S.359 (zus. mit H. Safrian).

9) Einleitung zu: Vernichtungskrieg, S.29 f

# Frauen in der Anti-Antifa

**Der Einsatz von Frauen in der Anti-Antifa ist nichts Neues. Bereits 1992 wurde von Ursula Worch in Hamburg ein Treffen initiiert, bei dem u.a. auch Inger Preßmar anwesend war, auf dem über die Möglichkeiten von Frauen in der Anti-Antifa beratschlagt wurde. Schriftliche Dokumente oder Strategiepapiere über Frauen/von Frauen gibt es unseres Wissens nicht. Doch rechte Frauen beteiligen sich, meist im Hintergrund, als Fotografinnen auf Antifa-Demos, als aktive Unterstützerin durch Verschicken der Einblick-Broschüre oder direkt, durch Ausspionieren linker Zusammenhänge. Seit 1990 sind fünf Fälle bekannt geworden, in denen Funktionärinnen neonazistischer Gruppen mit unterschiedlichen Mitteln versucht haben, in der antifaschistischen Szene Fuß zu fassen, um an Namen, Daten und Strukturen von Antifas zu gelangen.**

**Fall 1:**

KERSTIN MUTSCHALL nahm im November 1989 Kontakt auf zu BesetzerInnen des Sprengelgeländes in Hannover, auf dem zu der Zeit ca. 100 Leute lebten. Sie nahm an Kundgebungen und Plena teil und sammelte Flugblätter verschiedener Gruppen. Bei einem öffentlichen Plenum fiel sie durch ihre aktionistischen Vorschläge zur militanten Verteidigung des Geländes auf. Mehrfach versuchte sie sich überregional als Vertreterin der BesetzerInnen zu legitimieren. Einigen wenigen Vertrauenspersonen erzählte sich bald von früheren Kontakten zur FAP, anderen sagte sie, sie käme aus Antifa-Zusammenhängen und sie sprach von Anwerbeversuchen des Verfassungsschutzes. Daraufhin stellten BesetzerInnen Nachforschungen an (siehe Kasten). In eher unfreiwilligen Gesprächen mit ihnen begründete sie ihren Ausstieg mit »schlechter Organisation« und »Saufgelagen«, ihren Wechsel ins andere politische Lager mit Angst vor Repression. Ihre politische Motivation machte sie an »schwarzen, einheitlichen Klamotten«, »Militanz« und »Gegen den Staat kämpfen« fest. Sie hat sich nicht von ihren Aktivitäten distanziert, stellte sich und ihre Arbeit nicht in Frage. Aufgrund der unklaren Situation - U-Boot der FAP oder V-Frau des Verfassungsschutzes - wurde sie aufgefordert, das Gelände zu verlassen. Über spätere Aktivitäten ist nichts bekanntgeworden.

**Kerstin Mutschall**

Geboren 1968. Mit 17 FAP-Mitglied. Wohnte mit Michael Swierzeck (damaliger „Bereichsleiter Süd") in München. Mit 19 zieht sie zu ihrem Freund Oliver Bode, FAP-Kreisvorsitzender, nach Hildesheim. Schriftführerin des „Mädelbriefes", nach Gründung der „Deutschen Frauenschaft" Hildesheim deren Vorsitzende. Mitglied im KAH. Teilnehmerin an überregionalen Treffen und Schulungen, Auftritte bei öffentlichen FAP-Kundgebungen und Gegendemonstrationen.
Im Februar 1988 Beteiligung an der Schändung der jüdischen Synagoge in Hildesheim, Ende 88 Mitwirkung an mehreren Überfällen u.a. auf Punks. September 89 Verurteilung zu 2000 DM Strafe wegen der Schändung. Während des Verfahrens selbstbewußtes, offensives Auftreten und Einschüchterung jüngerer FAP-Mitglieder, die gegen sie aussagen wollten.
Die Hannoversche Allgemeinen Zeitung berichtet von 22 weiteren anhängigen Ermittlungsverfahren. Anfang 89 angeblicher Austritt aus der FAP wegen der anstehenden Verfahren. Trotzdem sprüht sie zum 20. April 89 Faschosprüche.

**Fall 2:**

1993 versuchte FALCO SCHÜßLER, INGER PREßMAR in die Antifaschistische Szene einzuschleusen. Mitte Januar 1993 bot sie sich verschiedenen Infotelefonen als Informantin über ein angebliches Treffen des Deutschen Freundeskreises (jetzt Frankenrat) an. Sie schlug vor an diesem Tag die Wohnung von Schüßler (damals noch in Großostheim) zu blockieren. Antifas war die Geschichte jedoch zu undurchsichtig, die einzige, die am Treffpunkt auftauchte, war Preßmar (s. Antifa-Info Nr. 22, S.36).

Bei einer Kontaktaufnahme mit Antifas aus Frankfurt gab sie sich als ausstiegswilliges Mitglied der FAP aus und bat um Kontakte und Hilfe, da sie gefährdet sei durch »Racheakte ehemaliger Kameraden«. Zudem bot sie sich als Informantin an.

Am 30.1.1993 tauchte sie auf der Antifa-Demo gegen den FAP-Landesparteitag in Aschaffenburg auf. Wiederholt bat sie um Kontakte und Schutz. Sie war sehr unsicher, mied Augenkontakt. Durch ihr leises, unsicheres Auftreten erweckte sie Mitleid und Glaubwürdigkeit. Trotzdem versuchte sie, die Kundgebungsrede auf Tonband mitzuschneiden. Ihr wurde nahegelegt die Demo zu verlassen und marschierte daraufhin mit zwei Begleitern zum FAP-Parteitagsausklang in eine Gaststätte.

Am 16.2.1995 tauchte sie zusammen mit einem Punk aus Hamburg in Hanau auf. Nachdem sie erkannt wurde, behauptete sie, in der Hamburger Szene aktiv zu sein.

Im April erschien ein Artikel über Preßmars angeblichen Ausstieg im Zeigeistmagazin Tempo. Am 17.4.1992 nahm sie an



**Inger Preßmar**

Geboren 1971. Mit 17 Jahren Mitglied beim Kader- und Theoriezirkel „Frankfurter Freundeskreis Germania" (Nachfolgeorganisation der 1983 verbotenen ANS/NA). Jahrelang Mitglied des Führungskaders der GdNF in Frankfurt/Langen und des Führungskreises der Deutschen Frauenfront (damals unter Ursula Müller). 1987 Mitbewohnerin von Wolfgang Hess (ihr Verlobter) und von Kühnen im „Höllenhaus" in Frankfurt. 1989 mit Kind Teilnehmerin am Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel.
Am 17.10.1992 tauchte sie bei der Gründung der „Nationalfreiheitlichen Alternative" in Reutlingen/Sondelfingen auf. Auf dem Treffen vermuteten die Faschisten, daß sich mindestens einE VerräterIn in ihren Reihen befände. Nach eigenen Angaben wurde Preßmar im Oktober 1992 aus der GdNF-Kameradschaft Frankfurt ausgeschlossen, dies könnte mit den vorgenannten Spekulationen zusammenhängen. Danach enger Kontakt zu FAP-Funktionären in Hessen und Bayern und sehr engen Kontakt (Beziehung) zu deren Chef Falco Schüßler und somit zur Führung der Anti-Antifa in Franken.



**Silke Wunderlich.**
Funktionärin des „Nationalen Blocks" (Vorfeldorganisation der GdNF, Juni 1993 verboten). Wohnt in Erlangen, studiert dort Jura. Aktiv in der Ortsgruppe Kronach. Eine der wenigen Frauen bei der ersten Anti-Antifa-Demo in Meschede sowie Teilnehmerin der Demonstration gegen den Zündel-Prozeß am 1.5.1993 in München.

der Antifa-Demo gegen das Nazizentrum von Ursula und Curt Müller in Mainz-Gonsenheim teil. Ihr Auftreten war wiederum unauffällig und unscheinbar. Ihr Outfit (lange, hennabraune Haare, Schlabberpulli, Palituch) unterstützte ihr Schauspiel der unauffälligen aber engagierten Friedens-, Frauen- oder Antifa-Aktivistin. So wurde sie auch erst spät im Frauenblock erkannt. Als es für sie knifflig wurde, lief sie schnurstracks auf das Gelände der Müllers, auf dem die Größen der NS-Szene versammelt waren.

Entgegen den Jahren 1987-90, wo sie bei gemeinsamen Auftritten mit der DFF oder der Hess-Clique selbstsicher und agil wirkte, erscheint sie heute eingeschüchtert und ausgelaugt. Bei Kontaktversuchen erzählte sie auch von ihrer Enttarnung und versuchte sich als »zu Unrecht Mißverstandene« darzustellen, die Hilfe zum Ausstieg sucht. Hierbei versuchte sie, Leute in Diskussionen zu verwickeln, um Strukturen, Arbeitsschwerpunkte und Persönlichkeitsmuster zu erfahren. Ihr Verhalten und Auftreten zielt bei männlichen Antifas auf ihr Ehrgefühl, Hilfsbereitschaft und Schutz. Bei Frauen appelliert sie an Frauensolidarität und Diskussionswille.

Obwohl Preßmar inzwischen psychisch »fertig« zu sein scheint, könnte sie, trotz ihrer Spezialisierung auf Anti-Antifa im Rhein-Main-Gebiet, aufgrund ihrer bundesweiten Kontakte auch weiterhin in anderen Antifa-Zusammenhängen auftauchen. Bei Kontaktaufnahmen mit ihr wurde immer auf die Gewährleistung der Sicherheit von Antifas und antifaschistischer Strukturen geachtet. Es ist deshalb weiterhin wichtig, sich von ihr nicht in Diskussionen verwickeln zu lassen.

## Fall 3:

KARIN SCHÜßLER, Jahrgang 1972. Sie stammt aus einer traditionsreichen Familie; ihre Mutter Sigrid ist langjährige Kaderfrau der NPD in Aschaffenburg, Schüßlers Bruder Falco war bis zum Verbot FAP-Landesvorsitzender Bayern. Beide wuchsen in der WJ auf. Mit 17 trat sie scheinbar in Opposition zu ihrer Familie und suchte Anschluß an Punks. Hierbei knüpfte sie auch Kontakte zur linken Szene.

Wenig später wandte sie sich wieder der Neonaziszene zu und versuchte ihre Kontakte für Anti-Antifa-Arbeit zu nutzen. Sie fotografierte in einer Szenekneipe, was ihr endgültig Hausverbot bescherte. Nach unbestätigten Gerüchten soll sie in der FAP und der DFF aktiv gewesen sein. Kurz vor ihrer Hochzeit brach sie alle Kontakte zu Freundinnen und Freunden ab, die nicht fest in der rechten Szene eingebunden waren. 1993 heiratete sie Andreas Erk, einen FAP-Aktivisten, und zog mit ihm nach Kiel, um dort zu studieren. 1994 bekam sie ihr erstes Kind.

Karin Schüssler kennt sich aus in der alternativen Szene. Sie ist engagiert im Umweltschutz und kann sich, aufgrund ihres saloppen Äußeren unauffällig bewegen.

## Fall 4:

SILKE WUNDERLICH versuchte Anfang 1993 im Auftrag von KAI DALEK Informationen über einen antifaschistischen Journalisten zu erhalten. Kurz nach dem Pogrom von Rostock stand sie vor der Tür des Antifaschistischen Bildungs-, Informations- und Dokumentationszentrums (Abidoz) in Nürnberg und sagte, sie wolle etwas tun gegen rechts, sie wolle in der Archivgruppe mitarbeiten. Sie war mehrmals während der Archivöffnungszeiten da, durchforstete das Material über militante Nazis und bat wiederholt um Aufnahme in die Archivgruppe. Ihr Interesse galt einerseits der Arbeit des Archives, wo das Material herkommt, wer es nutzt, welche Formen der Zusammenarbeit es gibt, andererseits den »Autonomen«, wie sie politisch tätig seien und wo sie zu finden wären.

Ihre schüchterne, zurückhaltende Art machte es schwer, tiefergehend mit ihr zu diskutieren. In zahlreichen Diskussionen über ihre politische Einstellung, unterstützte sie die vorherrschende Meinung. Auf ihre Interessen angesprochen war sie ausweichend und formulierte einen nachvollziehbaren Lebenslauf. Nach dem Verbot des »Nationalen Blockes« erschien sie nochmals und setzte sich, aufgrund ihrer juristischen Kenntnisse, sachkundig mit dem Wortlaut der Verbotsverfügung auseinander. Als ihre Legende zu wackeln begann, verschwand sie. Als MitarbeiterInnen des Abidoz sie als Fahnenträgerin des »Nationalen Blocks« auf der Titelseite des »Germania«-Rundbriefes entdeckten, war klar warum.

## Fall 5:

MARION LUDWIG kam über ihre Zwillingsschwester in die Szene. Diese war bis 1988 Mitglied der NF und Lebensgefährtin von Schönborn. Nach drei Jahren in der rechten Hooliganszene lernte sie einen »linken« Skinhead kennen und zog 1992 nach Kreuzberg. Seitdem wohnte sie in mehreren WGs mit Leuten aus dem linken Spektrum zusammen. Januar 1995 zog Marion Ludwig zu ihrer Schwester und deren Freund und arbeitete sich in der Szene vor. Über die Beziehung zu einem bekannten Szene-Typen und ihre kumpelhafte, direkte Art auf Menschen zuzugehen knüpfte sie weitere Bekanntschaften, die von ihrer »Doppelrolle« keine Ahnung hatten. Schließlich trieb sie sich auch alleine in bekannten Szene-Kneipen und auf Antifa-Festen herum. Während der ganzen Zeit trifft sie sich weiter mit Pohl, der den »frustrierten Liebhaber« markiert.

Ihre Kontaktaufnahme zu dem Spektrum der sogenannten Linksradikalen



**Marion Kausch-Ludwig**
Seit Mitte 1980 Mitglied der NF. Erste Frau bei Lehrgängen im „Schulungshauptamt" der NF in Bielefeld, militärische Ausbildung in Wehrsportlagern. Sie ist stolz darauf, die einzige Frau zu sein, die es so weit gebracht hat. Sie behauptet, Waffenlager der NF zu kennen, gibt diese aber nicht preis, weil das „Verrat" wäre. Sie leugnet den Holocaust und äußert sich stark antisemistisch. Wurde angeblich 1988 aus der NF rausgeschmissen, nach Dokumenten aber bis 1992 weiterhin Kader. (siehe auch Antifa-Infoblatt Nr. 30, S. 28f). Marion Ludwig ist langjährige Lebensgefährtin von ANDREAS POHL.

wurde ihr ermöglicht durch den extrem oberflächlichen Umgang dieser Leute miteinander und ihre Funktionalisierung von Menschen. Manche von ihnen halten weiterhin zu ihr.

Da Ludwig ihre Ideologie offensiv vertrat, deutet alles darauf hin, daß ihr Sammeln von Informationen dazu dienen könnte, ein Einfallstor für »nationalrevolutionäre« Positionen zu finden.

Nach unbestätigten Meldungen ist Marion Ludwig inzwischen wieder zu Pohl gezogen. Ihre Anti-Antifa-Aktivitäten und ihre Kontakte hält sie nach wie vor aufrecht.

## Dieselbe Masche...

Trotz der Unterschiedlichkeit der Fälle lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen. Keine der fünf Frauen war eine Mitläuferin, keine war dem in der Linken verbreiteten Vorurteil entsprechend dumm und naiv und keine entsprach dem sogenannten faschistischen Frauenbild. Alle hatten ein jahrelang gefestigtes faschistisches Weltbild. Alle waren darauf aus, nach ihren Möglichkeiten Vertrauen zu mißbrauchen und zielstrebig soviel Informationen über Personen, Strukturen und Vorgehensweisen der autonomen antifaschistischen Szene zu sammeln, wie ihre Legende es zuließ.

Nun gibt es nicht nur rechte Frauen, die sich an linke Männer heranwagen. Doch bisher wurde es diesen Frauen zu leicht gemacht, mit einfachen psychologischen Tricks Informationen zu beschaffen.

Verschiedene Voraussetzungen machen es rechten Frauen leichter als rechten Männern einen Einstieg in die linke Szene zu finden. Zu Hilfe kommen ihnen dabei die diversen, patriarchal geprägten gesellschaftlichen Vorurteile sowie weitverbreitete Umgangsformen in der autonomen Szene:

▼ Rechte Frauen, die signalisieren, daß sie Hilfe und Schutz suchen, sprechen bei Männern das Gefühl an, sich als Held und Beschützer zu beweisen.

Die Aussteigergeschichte ist der beliebteste Ausgangspunkt, um Zugang zu antifaschistischen Strukturen zu finden. Mutschall, Preßmar und Ludwig erzählten das Märchen vom »Ausstieg« aus rechten Gruppierungen, in der Gewißheit, daß Linke in der Beziehung blauäugig, lieb und nachsichtig werden.

Zudem läßt es sich damit wunderbar spalten, es bilden sich Gruppen die »Für« oder »Wider« die »so nette Aussteigerin« eintreten, funktionierende Zusammenhänge trennen sich, gehen aufeinander los, die miesesten Konsequenzen waren in Berlin Bedrohungen und mehrere schwere Körperverletzungen gegen diejenigen, die an den Ausstieg nicht glauben wollten...

Bei keiner der Frauen war der Ausstieg bewiesen noch Bedingungen dafür erfüllt. EinemR AussteigerIn zu helfen, ohne die Legende zu hinterfragen, ohne in Strukturen eingebunden zu sein, die Unterstützung und Sicherheit gewährleisten, ist grob fahrlässig und fördert nichts als den persönlichen Stolz.

▼ Frauen sind in linken Strukturen, aufgrund sexistischer Verhaltensweisen, unterrepräsentiert. Gerade in der Antifa-Szene mit antisexistischem Anspruch und vergleichsweise geringem Frauen-Anteil, ist da jede Frau mit Engagement gern gesehen. So werden sie oftmals geschont, um sie nicht zu »verprellen«. Dieser nicht gleichberechtigte Umgang beinhaltet, daß Frauen nicht ernst genommen, nicht als potentielle Gefahr gesehen werden. Dies bezieht sich nicht nur auf rechte Frauen z.B. bei Demonstrationen, die selbst dann ignoriert werden, wenn sie mit Fotoapparat oder Aufnahmegerät herumlaufen wie im Falle von Preßmar.

Frauen wird nicht zugetraut, daß sie als eigenständige Personen politisch handlungsfähig sind. Doch alle Anti-Antifa-Aktivistinnen waren in ihrer Aufgabe eigenständig und zielstrebig, auch wenn sie Beziehungen zu Faschokadern hatten.

▼ Frauen gelten oftmals nur als »Freundin von«. So kommen sie leichter an Informationen und interessante Internas, da bei Gesprächen ja »nur« die Freundin eines bekannten Antifas daneben steht. Mit einem unbekannten Freund wird da schon vorsichtiger umgegangen.

»Freund/Freundin von...«, »Kontakte zu...«, »schon mal gesehen mit« waren/sind, wie bei Ludwig, Eintrittskarten in die antifaschistischen Zusammenhänge. Wenn die Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten, uns nicht mehr interessieren als das Gesicht, das wir schon mal gesehen haben, hat dies nicht nur im Bereich Anti-Antifa katastrophale Auswirkungen.

▼ Rechte Frauen wurden lange Zeit als »Heimchen am Herd« unterschätzt und nicht wahrgenommen. U.a. Wunderlich hoffte, als bisher nicht bekannte Kaderfrau, unerkannt zu bleiben. Dies zeigt den Stellenwert antifaschistischer Frauen-Recherche.

▼ Frauen gelten als verständnisvoll und gefühlsbetont, sie sind als Seelentrösterin gern gesehen. So können rechte Frauen Männer gezielt in Gespräche verwickeln, und es fällt ihnen leicht Persönlichkeitsmuster und Zusammenhänge zu erforschen.

▼ Frauen gelten als dem Mann unterlegen. Rechte Frauen, die schüchtern und zurückhaltend zum »großen« Antifa-Experten aufblicken und von ihm Hilfe und Wissen erhoffen, stoßen nicht selten auf Erfolg. Der Mann erhält Bewunderung und Aufwertung.

▼ Der »Sprung« von Rechts nach Links und zurück ist nicht selten und nur möglich durch oberflächlichen, unverbindlichen Umgang. Dabei dienen die in der Linken erlangten Erkenntnisse oftmals als Eintrittskarte zurück nach Rechts. Schüßler versuchte als »Wandlerin« zwischen den Szenen Informationen zu beschaffen.

▼ Wunderlich versuchte, über offene Antifa-Arbeit den Einstieg in eine Arbeitsgruppe zu finden. Die antifaschistische Bewegung braucht offene Strukturen, die Interessierten einen Einstieg in politische Arbeit ermöglicht. Das Eindringen von Neonazis in solche Strukturen ist nicht ohne weiteres zu verhindern. Doch zur Mitarbeit in konkreten Arbeitsgruppen gehört nicht nur aus Sicherheitsgründen ein Vertrauensverhältnis, das nicht von heute auf morgen entsteht, eine politische Übereinstimmung, die sich erst durch längere Diskussionen erweist sowie praktische Erfahrungen in der kollektiven Arbeit.

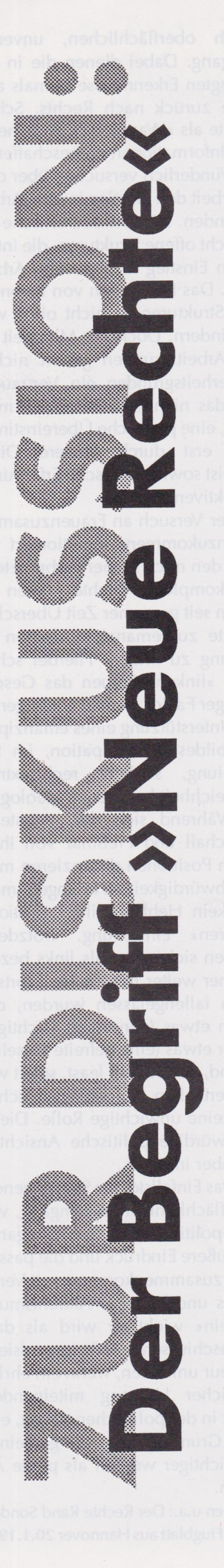
▼ Der Versuch an Frauenzusammenhänge heranzukommen, funktioniert zum Teil über den noch immer verbreiteten »Solidaritätskomplex«. Rechte Frauen versuchen schon seit geraumer Zeit Überschneidungspunkte zur emanzipatorischen Frauenbewegung zu finden. Hierbei scheint manchen »linken« Frauen das Geschlecht als einziger Faktor allemal wichtiger zu sein als die Unterstützung eines emanzipatorischen Weltbildes. Emanzipation, im Sinne von Befreiung, schließt rechtsextreme, auf Ungleichheit beruhende Ideologien aus.

▼ Während sich die »Aussteigerinnen« Mutschall und Preßmar von ihren politischen Positionen distanzieren mußten, um Glaubwürdigkeit zu erlangen, machte Ludwig kein Hehl aus ihrer »nationalrevolutionären« Einstellung. Trotzdem diskutier(t)en sich selbst als links bezeichnende Männer weiter mit ihr, weil fortschrittliche Ideen fallengelassen wurden, der Kampf gegen etwas (den Staat) wichtiger scheint als für etwas (eine befreite Gesellschaft).

▼ Und, last but not least, spielt wie in jahrhundertealten Agentengeschichten auch Sex keine unwichtige Rolle. Die Frau mag merkwürdige politische Ansichten vertreten, aber im Bett...

Das Einfallstor für Spitzel generell ist die Oberflächlichkeit im Umgang, wo scheinbar »politisch korrekte« Umgangsformen, der äußere Eindruck und die passende Kleidung zusammenkommen mit Verbalradikalismus und blindem Aktionismus, wo der »Schein« wichtiger wird als das »Sein«. Antifaschistische Selbstorganisierung läßt sich nur umsetzen, wenn ein ehrlicher, verbindlicher Umgang miteinander, Kontinuität in der politischen Arbeit, eine inhaltliche Grundlage und die gemeinsame Praxis wichtiger werden als platte Äußerlichkeiten.

(Quellen u.a.: Der Rechte Rand Sonderheft März 1994; Flugblatt aus Hannover 20.1.1990) ■




**Reinhard Hethey eröffnet im Rechten Rand die Diskussion um den Begriff »Neue Rechte«. Das völlige Ausufern und die Unklarheit in der Benutzung des Begriffs kritisiert er nicht nur im RR, sondern auch bei unserer eigenen Zeitung. Das Nürnberger Antifa-Blatt »RABAZ« nimmt den Ball auf und veröffentlicht im Frühjahr eine »Klarstellung«, in der der Begriff weitgehend demontiert wird. Höchste Zeit, nun unsererseits in die beginnende Diskussion einzugreifen. Wir verweisen, um Wiederholungen zu vermeiden, auf die beiden hervorragenden Artikel.** [1]

Der Begriff »Neue Rechte« ist kein analytischer Begriff, den Antifas zur genauen Beschreibung eines Phänomens eingeführt haben. Er ist 1. ein faschistischer Eigenbegriff und 2. ein politischer Kampfbegriff. Als solcher kann er nur historisch definiert und benutzt werden. Wir wollen im folgenden sehen, ob es eine »Neue Rechte« gibt und ob es sinnvoll ist, an diesem Begriff zu kleben.

## Der Ursprung des Begriffs

Der Begriff kommt aus Frankreich: Inspiriert durch die dortige »Nouvelle Gauche« (Neue Linke) gründet ALAIN DE BENOIST Ende der 60er eine »Nouvelle Droite«, die in GRECE ein organisatorisches Zentrum hat. Der Begriff ist hier konkret und bestimmbar.

In Deutschland erleidet zu dieser Zeit die NPD ihre entscheidenden Niederlagen. Dem folgt eine Phase organisatorischen, bündnispolitischen und ideologischen Experimentierens, in der sich einige Faschisten zeitweise am französischen Vorbild orientieren und eine »AKTION NEUE RECHTE« ins Leben riefen, die nur eine begrenzte Zeit von Bedeutung war und bald Platz machte für neue Experimente. Es war der faschistische Autor GÜNTHER BARTSCH, der den Begriff aufgriff und damit eine bestimmte nationalrevolutionäre Ausrichtung der Fascho-Szene identifizierte[2]. Gleichzeitig gab es im »Thule-Seminar« um PIERRE KREBS und die Zeitschrift »Elemente« einen echten organisatorischen Ableger der französischen Nouvelle Droite. Gegen Ende der 70er stand die Antifa-Szene einem überraschenden Einfluß ideologischer Versatzstücke rechter Herkunft gegenüber, der die verschiedensten gesellschaftlichen Strömungen durchzog. In den ersten 80er Jahren erschienen Veröffentlichungen, die, vermutlich in Anlehnung an Bartsch, eine »Neue Rechte« erkennen wollen: ein mehr oder weniger gefügtes Spektrum aus Zeitschriften und »Denkfabriken«, in welchem anhand strategischer Diskussionen versucht wurde, Einfluß auf die gesellschaftliche Debatte auszuüben. Eine kurzzeitige, sehr begrenzte und eigentlich unbedeutende Beschäftigung mit dem italienischen Marxisten Gramsci überraschte die Linke so sehr, daß sie fortan und bis heute glaubt, die »Neue Rechte« verfolge Gramsci-Strategien. Die besondere Leistung dieser Literatur, vor allem von JAN PETERS[3], ist die Aufdeckung faschistischer Wurzeln und handfester Beeinflußung in der Ökologie- und Alternativbewegung.

Ende der 80er sieht sich M.FEIT gezwungen, bei ihrer systematischen Analyse dieses Blätterwaldes und Organisationsgeflechts zwischen ideologischem Faschismus, modernisiertem Rassismus und altbackenem antikommunistischen Konservatismus von »Neuer Rechter« zu sprechen, allerdings als pragmatisch verstandenen Arbeitsbegriff, wobei sie sich über seine begrenzte Reichweite bewußt ist[4]. Aber mit dieser Veröffentlichung setzt sich der Begriff endgültig im antifaschistischen Spektrum durch. In der autonomen Antifa etwa wird er bereits 1988 durch eine verdienstvolle Veranstaltungsreihe verbreitet, die inhaltlich an Feit angelehnt ist[5].

> ***...die Linke glaubte fortan und bis heute, daß die »neue Rechte« Gramsci Strategien verfolgt.***

Doch tritt die bis dahin noch relativ sinnvolle Bezeichnung nun ihre unheilvolle Reise an, in deren Verlauf nahezu jeder Spielart des Faschismus das Etikett »Neue Rechte« verliehen, nahezu jedem politischen Spektrum »neurechte« Beeinflussung nachgewiesen wird[6], und an derem derzeitigen Ende sie so populär ist, daß sogar die von Beruf aus zum Leugnen neigenden Verharmloser aus dem Umfeld des Verfassungsschutzes sie benutzen. Was bleibt in der Substanz von diesem Begriff? Wer ist überhaupt gemeint, wenn von »Neuen Rechten« die Rede ist?

## Braunzone

Feit bemühte sich 1987 noch, ein relativ klar definiertes Spektrum abzugrenzen, seine Struktur, Ideologie und Strategie deutlich zu machen. Übrig blieb von dieser Definition, daß Antifas den Begriff verwendeten, wo sich eine eindeutige personelle Einbindung in der »Neuen Rechten« zugerechnete Projekte nachweisen ließ, z.B. im Falle des nationalistischen SPDlers TILMAN FICHTER. Mittlerweile wird aber auch schon davon gesprochen, wo ein solcher Nachweis nicht möglich ist. Heute ist also alles »Neue Rechte«, was nicht dem militanten

NS-Faschismus zugerechnet werden kann – insbesondere dann, wenn die Herrschaften als »Intellektuelle« auftreten, also mit Fremdwörtern um sich werfen oder theoretisch geschult sind.

Tatsächlich gibt es keine »Neue Rechte« im eigentlichen Sinn – abgesehen vom Thule-Seminar und einigen weiteren Personen und Zusammenhängen, die sich selber so bezeichnen[7]. Z.B. die Zeitschrift »CRITICON« ist ein rechtskonservatives Blatt, daß die »Nouvelle Droite« aufmerksam beobachtet, dabei aber durchaus eigene Akzente setzt. Es vertritt eher ein Spektrum von Konservativen, die sich schrittweise radikalisiert haben. »MUT« ist heute ein angesehenes konservatives Medium. »Nation (und) Europa« war schon immer schlicht das Zentralorgan der SS- und NSDAP-Nachfolger. Die »Junge Freiheit« sieht sich in der Tradition der Weimarer Jungkonservativen (v.a. Carl Schmitt), aber nicht als »Neue Rechte«. Das besondere - und gefährliche – am »STUDIENZENTRUM WEIKERSHEIM« ist seine Brückenfunktion zwischen offenen Faschisten und einfachen Konservativen; statt der »Rassentheorie« scheint die Religiosität im Vordergrund zu stehen. Auch das Berliner »Dienstagsgespräch« läßt sich nicht mit dem Begriff »Neue Rechte« in Deckung bringen. Anderen geht es um die Nationalisierung verschiedener Spektren: der FDP (Stahl & Co.), der SPD (Fichter, die »Hofgeismarer«), der Alternativ- (Bahro) und Friedensbewegung (Mechtersheimer), der PDS (Scheringer) und der Stalinisten (Toby).

Würden wir alle diese Tendenzen einer neurechten Unterwanderungsstrategie zuordnen, so würden wir das nationalistische Potential dieser Spektren sträflich unterschätzen.

Wollen wir also einigermaßen scharfe Begriffe benutzen, so tun wir gut daran, den der »Neuen Rechten« nur noch im allerengsten Sinne zu benutzen. Warum sollte die Linke einen faschistischen Eigenbegriff mit sich rumschleppen, den der größte Teil der Rechten längst selbst aufgegeben hat, der keine analytische Aussagekraft mehr besitzt und nurmehr ein amorphes Spektrum verschiedener »irgendwie« rechter Vernetzungen beschreibt? Zumal diesem »neuen rechten« Spektrum bei allen Erfolgen weder ideologisch noch organisatorisch irgend eine echte Erneuerung gelungen ist.

## Die Renationalisierung der deutschen Politik

Der bereits vor 100 Jahren unheilvoll die deutsche Politik bestimmende Faktor: der aggressive Nationalismus und Imperialismus bricht sich seit 1989 erneut Bahn und erfaßt Personen und Gruppen aus allen politischen Lagern und gesellschaftlichen Schichten. Alte nationalistische Tendenzen kommen wieder zum Tragen. Das ist die Stunde derjenigen, die seit 1945 ununterbrochen genau daran arbeiten. Es ist interessant, daß drei Personen der sogenannten »Neuen Rechten« in Deutschland Pate gestanden haben: CARL SCHMITT, ERNST JÜNGER und MARTIN HEIDEGGER. Diese drei Gestalten verbindet a) ein ambivalentes Verhältnis zur Hitler-NSDAP und b) ihr Dezisionismus[8].

Carl Schmitt hatte trotz Berufsverbot in den 50er Jahren einen großen Einfluß auf das deutsche akademische Publikum. Seine Rezeption geschah später u.a. in »Criticon« und der Siemens-Stiftung unter dem Vorsitz von ARMIN MOHLER.

***..da in allen gesellschaftlichen Spektren die Nation wiederentdeckt wird, ist es naheliegend, daß man Anleihen bei denen sucht, die sie nie aus den Augen verloren haben.***

Dieser war in den 50ern Sekretär ERNST JÜNGERS und ist der eigentliche Vater der »Neuen Rechten«. 1950 veröffentlichte er ein Buch, in welchem er aus dem faschistischen Spektrum der 20er und 30er eine »KONSERVATIVE REVOLUTION«(K.R.) zusammenbastelte[9], an deren Inhalten und Praktiken sich die rechten Drahtzieher weit mehr orientieren, als an Gramscis Hegemoniekonzept. Sein Freund und Schüler Benoist brachte die Hauptfiguren der »K.R.« in die Diskussion der französischen Rechten ein. Und nun empfahl der Taktiker Mohler die »Nouvelle Droite« seinen deutschen Gesinnungsgenossen als nachahmenswertes Beispiel und leitete damit den Rückimport faschistischen Gedankengutes via Benoist ein. Der unverdächtige Franzose erklärte dann dreist, wenn man in Frankreich schon keine Hemmungen vor deutschen Faschisten habe, müsse man das in Deutschland doch erst recht nicht[10]. Wir wissen, daß deutsche Lebensmittelhersteller verdorbene Waren über Polen zurück nach Deutschland bringen, doch auf ideologischem Gebiet dürfte der Vorgang einmalig sein.

Der zweite große Lehrmeister derjenigen, die heute der »Neuen Rechten« zugerechnet werden, ist ERNST NOLTE, ein Schüler Heideggers. Ganze Generationen von Geschichtsstudenten an der Berliner FU gingen durch seine Seminare. Ihr prominentester »neurechter« Vertreter ist derzeit RAINER ZITELMANN.

Zu diesen drei Dezisionisten gesellt sich ein vierter alter Mann: Der italienische Faschist JULIO EVOLA. Seine mystisch verbrämte eurofaschistische Ideologie wurde von Benoist verarbeitet und beeinflußt neuerdings wieder die deutschen Faschisten. Weniger bekannt ist, daß Evola in Zusammenhang stand mit europäischen Organisierungsversuchen, die u.a. in den 50ern zur Gründung der Zeitschrift »Nation Europa« führten. Deren Anteil bei den neuen Ideologie- und Strategie-Diskussionen, die unter den Label »Neue Rechte« laufen, haben wirbereits beschrieben[11].

Es zeigt sich, daß das beherrschende Moment die Kontinuität, nicht die Erneuerung ist. Hier treten alte faschistische Traditionslinien offen zutage. Nun, da in allen gesellschaftlichen Spektren die Nation wiederentdeckt wird, ist es naheliegend, daß man Anleihen bei denen sucht, die sie nie aus den Augen verloren haben.

## Weg mit der »Neuen Rechten«

Für die antifaschistische Recherche bedeutet dies:

▼ Der Begriff »Neue Rechte« soll nur noch als Eigenbegriff im aller engsten Sinne benutzt werden. Ansonsten ist er aufzugeben. Ursprünglich wollten wir damit beginnen, indem wir unsere entsprechende Rubrik umbenennen. Vorläufig stellen wir den Begriff zur Diskussion. Der offene Charakter der Frage, wie die hier beschriebenen Strömungen faschistischer Ideologiebildung und die politische Braunzone zwischen offenen Faschisten und konservativen Rechtsauslegern begrifflich zu fassen ist, kommt in den verlegenen drei Punkten

zum Ausdruck, die am Ende dieses Artikels von der derzeitigen Rubrikbezeichnung übrig bleiben.

▼ Die faschistische Rechte muß in ihrer Kontinuität gesehen werden. Das erfordert verstärkt den Blick auf die Ursprünge und Entwicklungen derjenigen rechten Erscheinungen, die uns heute begegnen.

▼ Statt uns im zwecklosen Nachweis aufzurauchen, verschiedene Erscheinungen seien »Neue Rechte« und daher bekämpfenswert, muß jedes rechte Phänomen konkret betrachtet und analysiert werden. Dabei geht es auch darum, neben den bestehenden Verbindungen die Nuancen und Streitpunkte im rechten Spektrum zu kennen.

▼ Den allgemeineren Rahmen für die gesamtgesellschaftliche Tendenz nach rechts bilden die Renationalisierung der deutschen Politik in Verbindung mit einem verstärkten außenpolitischen Engagement und die tiefgreifenden Veränderungen im politischen Spektrum. Insofern kann sich Antifa-Politik nicht mit dem Blick auf offene Faschisten, auf den »rechten Rand« begnügen.

▼ Die Antifa-Bewegung muß sich insgesamt um genauere und schärfere Begriffe bemühen und ihre politische Praxis theoretisch untermauern. Die Offensive gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck kann die Antifa nicht allein, sondern nur als Teil einer breiten Linken führen. ■

1. RR Nr.31, Okt./Nov.1994, S.9-12; RABAZ Nr.3, Frühjahr 1995, S.18-20. In einzelnen Punkten stimmen wir nicht zu.

2. Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten, Freiburg/Basel/Wien 1975

3. zus.mit Matthias Thesen: Ultrarechte Aktivitäten und Trends in der Umweltschutzbewegung, in: Herb/Peters/Thesen, Der neue Rechtsextremismus. Fakten und Trends, Lohra-Rodenhausen 1980, und vorher in einzelnen Artikeln, vgl.: Neofaschismus. Die Rechten im Aufwind, Hg. GEW Berlin u.a., Berlin 1979. Vgl. auch Stöss, Richard: Konservative Aspekte der Ökologie- bzw. Alternativbewegung, in: Ästhetik und Kommunikation, 10.Jg., Heft 36 (Juni 1979), S.19-28

4. Feit, Margret, Die 'Neue Rechte' in der Bundesrepublik. Organisation - Ideologie - Strategie, Frankfurt/New York 1987, S.12: »Der dieser Arbeit zugrundegelegte Begriff der Neuen Rechten soll... als Arbeitsbegriff verstanden werden, der diejenigen Strömungen des rechtsextremen Lagers bezeichnet, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre aus den Organisationsstrukturen des 'Alten Rechtsextremismus... ausgebrochen ist, um... unter Rückgriff auf Ideologie-Elemente der 'Konservativen Revolution' der Weimarer Republik eine Erneuerung der ideologischen Grundlage des rechtsextremen Lagersder Bundesrepublik zu erarbeiten. Dieser Vorgang ist eingesamteuropäisches Phänomen...«

5. Vgl. den »Reader zur Veranstaltung über die Neue Rechte«, o.O., 1988 (April)

6. Man lese nur die letzten Jahrgänge unserer Zeitung, um zu verstehen, was ich meine.

7. Ich denke hier v.a. an Manfred Rouhs und seine Zeitschrift »europa vorn«

8. Dezisionismus, von dezisio - Entscheidung, ist eine bestimmte faschistische Ideologie der frühen 30er. Schmitt als Jurist, Heidegger als Philosoph und Jünger als Literat gelten als die Dezisionisten schlechthin. Der Zusammenhang ist auffallend, aber noch nicht erklärt.

9. Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart 1950. 1972 erschien in Darmstadt eine 2., völlig neu bearbeitete und erweiterte Fassung mit dem Untertitel »Ein Handbuch« und 1989 ein Ergänzungsband mit Korrigenda zum Hauptband.

10. Vgl.v.a. »In aller Freundschaft«, die infame »Phillipika an die Deutschen«, in: Benoist, Alain de, Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite. Mit einer Dokumentation v. Charlotte Adelung und einem Vorwort v. Armin Mohler, Krefeld: SINUS-Vlg. 1985 (edition d, Bd.6), S.97-105

11. Vgl.AIB Nr.18, Mai/Juni 1992: Hintergrund: Die Neue Rechte,S.I ff



# Die JF, die FAZ und die Südschiene

Erwies sich die alljährlich von der »Jungen Freiheit« ausgerichtete Sommeruniversität 1994, auf der sich eine magere Runde zweiter Hand-Referenten vesammelte als Flop, so gaben sie sich in diesem Jahr wesentlich mehr Mühe über eine gesellige Lagerfeuerrunde hinauszukommen. Vom 28.August bis 2. September trafen sich ca. 60 Teilnehmer in Neuhof bei Fulda. Für all jene die 500,- Tagungsgebühr aufbringen konnten, stand sechs Tage lang das Thema »Medien, Öffentlichkeitsarbeit und Praxis für Journalisten« auf dem Stundenplan. Die diesjährigen Tagungsorganisatoren Frank LIEBERMANN, Jens FALK und Dieter STEIN versuchten hochkarätiges aus dem Braunzonenspektum zu bieten. Alleine für die Schirmherrschaft gewannen sie den Medienzaren Dr. Herbert FLEISSNER (Ullstein), den CDU-Rechtsausleger Heinrich LUMMER, und ihren von der »Welt« abgeworbenen Kolumnisten Prof.Dr. Günter ZEHM (alias »Pankraz«). Bei den Referenten versuchten sie dieses Niveau zu halten. Heimo SCHWILK (»Welt am Sonntag«) eröffnete den Reigen gleich nach der Begrüßungsrede des Bürgermeisters. Hans-Jürgen LEERSCH (Bonn-Korrespondenz des »Münchner Merkurs«) analysierte die Pressekonferenzen Theo Waigels, Reginald RUDORF (Chefredakteur des 14-tägig erscheinenden Mediendienstes »rundy«), gab Tips wie Medienkampagnen zu inszinieren seien, und Gerhard LÖWENTHAL (von dem nichteinmal Kohl den Adenauer-Preis der »Deutschland-Stiftung e.V.« entgegennehmen wollte) machte die Zuhörer mit seinem Referat »Medien im Kalten Krieg« sturmfest.

Höhepunkt der Tagung sollte jedoch ein Ausflug zum größeren Bruder, der »Frankurter Allgemeinen Zeitung« werden. Neben einer Führung durch die Produktionshallen stand eine Diskussion mit einem ihrer politischen Redakteuere, Eckhard FUHR auf dem Program. Nur die Absage der JF aus Sicherheitsgründen verhindete das Treffen. Im Interview zeigten die FAZ und FÜHR jedenfalls keine Berührungsängste.

Am letzten Tag referierten die beiden Österreicher Jürgen HATZENBICHLER (zur Zeit Ansprechpartner für das nationalrevolutionäre Euro-Netzwerk »Synergies Européennes«) und Andreas MÖLZER (Bildungsreferent der FPÖ). Sie zeigten zugleich die politische Richtung für die JF an. War es ihr bislang in der BRD nicht gelungen die Auflage zu steigern, versucht sie nun über die Südschiene sowohl einen neuen Markt zu erschließen, als auch der in Nöten geratenen braunen Zeitschrift »Aula« zu Seite zu stehen. Ab Oktober erscheint für Österreich eine eigene Ausgabe der JF die sich von der BDR-Ausgabe in einigen Seiten unterscheiden soll. Verantwortlich hierfür: Andreas MÖLZER. ■

**Das STUDIENZENTRUM WEIKERSHEIM (SZW) wurde mit Spenden aus der Industrie 1979 auf Initiative von Hans Karl FILBINGER gegründet, der zuvor als badenwürttembergischer Ministerpr„sident wegen seiner NS-Belastung zurücktreten mußte. Durch seine Tätigkeit v.a. als Organisator von Veranstaltungen und Tagungen im nationalistischen und konservativen Milieu versucht das SZW das politische Spektrum nach rechts zu verschieben, insbesondere die CDU. Es fungiert als Scharnierorganisation zwischen christlichen Fundamentalisten, nationalistischen Kräften in allen Spektren, aber v.a. der Union sowie den offen neofaschistischen Gruppen. Im Präsidium sitzt neben Filbinger z.B. Klaus HORNUNG, Chefideologe ist Günther ROHRMOSER. Zum Kuratorium gehören u.a. Karl STEINBUCH (Bund Freiheit der Wissenschaft) und Nikolaus LOBKOVIC, Präsident der »Katholischen Universität Eichstätt«, Autor in einschlägigen rechtsextremen Blättchen und auch bei anderen »Denkfabriken« (DESG, Forum Res-Publica) gern gesehener Gast. Neben Leuten wie CARSTENS und SCHÄUBLE referieren z.B. Wolgang STRAUSS, der »Ruáland-Experte« der sog.«Neuen Rechten«, Hans-Ulrich KOPP (Junge Freiheit u.a.), Hans-Dietrich SANDER (Staatsbriefe), Michael WALKER (The Scorpion), Karlheinz WEIßMANN, Rüdiger STOLLE (Junge Landsmannschaft Ostpreuáen) und der »Anti-Antifa« und Verfassungsschutz-Ideologe KNÜTTER.**

# Katholiken, Sekten und das Studienzentrum Weikersheim

## »...aus Kraft unseres christlichen Ursprungs«

*Der vorliegende Artikel wurde uns zugesandt. Er behandelt sehr speziell das Thema rechte Christen, Sekten und Weikersheim. Einen umfassenden Überblick liefert eine Broschüre, die zur Mobilisierung für die Demo am 24.9. um 12.00 in Weikersheim erschienen ist: Patrioten, Pfaffen und Politiker. Das Studienzentrum Weikersheim. Zwischen Nationalkonservatismus und Faschismus. Hg. von der Antifa A2 und dem AK Rassismus an der Uni Stuttgart, 39 S., DM 2,-. Bestellungen + Porto c/o Infoladen, Mörikestr.69, 70199 Stuttgart*

»Weikersheim sieht seine vordringliche Aufgabe in der Arbeit an einer geistig-ethischen Erneuerung aus der Kraft unseres christlichen Ursprungs und dem Vertrauen in seine bewahrende und verwandelnde Macht«, heißt es in einer Selbstdarstellung mit dem Titel »Aufgaben und Ziele«. Tatsächlich unterscheidet sich das SZW durch die Betonung seines Christentums von der französischen »Nouvelle Droite« des Alain Benoist und seinem deutschen Freund Armin Mohler (»Ich bin Heide durch und durch«, »Das Christentum ist mein Feind«). Die zur Schau gestellte christliche Grundhaltung dient vor allem dazu, das SZW als der CDU nahestehende, bürgerliche und staatstragende Bildungs- und Diskussionsstätte zu präsentieren. Die Rechnung geht auf – das SZW hat eine ganze Reihe prominenter ReferntInnen aus den Reihen der CDU vorzuweisen. Dennoch ist die Abgrenzung gegen Nicht-Christen keine Gegnerschaft und erst recht keine Abgrenzung nach rechts. So ist SZW-Referent Wolfang Strauss ebenso Autor der Zeilen: »Wo Glaube verloren gegangen ist, blüht der Aberglaube. Dies trifft auf Menschen ebenso zu wie auf Staaten und Systeme ,die sich selbst überlebt haben, dem Untergang entgegentaumelnd«, wie auch der Satz: »Der Nationalsozialismus ist die Idee und ein Organisationsprinzip des sich selbst befreienden Volkes« aus seiner Feder stammt. Strauss schreibt ebenso wie der Heide Mohler in Criticon und Nation+Europa. Die gemeisamen Elemente ihrer Ideologie – eine modernisierte Version des Nationalsozialismus und der Bezug auf die Theoretiker der »Konservativen Revolution« - sind wichtiger als die Glaubensfrage.

Die christliche Gesinnung des SZW dient also eher als ein verbindendes Element, durch welches »seriöse« bürgerlich-demokratische ReferentInnen mit rechtsradikalen an einen Tisch gebracht werden.

Der CDU-Prominenz mag es bei Vorträgen in dieser Gesellschaft darum gehen, durch Diskussionsangebote nach ganz rechts außen den rechten Rand der Union bei der Stange zu halten, den faschistischen Referenten ist ein Auftritt beim SZW eine willkommene Gelegenheit wieder salonfähig zu werden.

Eine wichtige Rolle in der Braunzone der katholischen Kirche spielt auch der weltliche Orden der »Ritter vom Heiligen Grab zu Jerusalem«, zu dessen Ordensrittern auch SZW-Persönlichkeiten, allen voran Präsident Filbinger gehören. Der deutsche Ableger dieses Ordens wurde 1933 gegründet, wobei Franz von Papen, der Vize-Kanzler der Regierung Hitler, eine führende Rolle spielte. Das Motto des Ordens »Deus lo vult« (»Gott will es«) war über Jahrhunderte der Schlachtruf mit dem »Ungläubige«, Juden und Moslems, von den fanatisierten fundamentalistischen Rittern der Christenheit ermordet wurden.

Der Orden, ein offizieller Teil der katholischen Kirche, vereint führende Konservative bis faschistische Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wirtschaft. So sollen 44 der Grabesritter führende Stellungen im Bankgewerbe einnehmen. Auch in den großen deutschen Konzernen wie Daimler-Benz, BASF, Siemens und Thyssen sind 36 der Ordensritter tätig.

Das in Weikersheim gepredigte Christentum ist ein höchst reaktionäres , das




sich im alleinigen Besitz der Wahrheit wähnt. So referierte Professor Horst Bürkle bei einem Kongress in Rom 1981 über Strategien, »fremdreligiöser Gegenmission« entgegenzutreten; Bischof Josef Stimpfle beklagte an gleicher Stelle, daß »das Göttliche« in vielen Kulturen »zur Vielgötterei denaturiert« sei. Gefährlichster Gegner ist wie zu erwarten der Marxismus, auch und erst recht in den Reihen der Christenheit. So erklärte Professor Lothar Bossle auf der ersten Weikersheimer Hochschulwoche 1992: »die Entstehung der Theologie der Befreiung ist nachweislich ein marxistisches Komplott gewesen ... Sie diente wie jede politisierende Theologie allein dem durchsichtigen Zweck, dem Marxismus in einer christlichen Umhüllung im katholischen Lateinamerika die Invasion zu ermöglichen.«

Die Weikersheimer Verbindung von Konservatismus bzw. Rechtsradikalismus mit dem Christentum stellt in den Augen der SZW-ReferentInnen dagegen keine »politisierende Theologie« dar. Professor Nikolaus Lobkowicz kam bei dem Kongress in Rom vielmehr im wesentlichen zum Schluß, daß ein Christ verpflichtet sei, konservativ zu sein.

## »Wahrhaft Sauerteig«

Zur Eröffnung ihres Kongresses in Rom 1981 kamen die Weikersheimer in den besonderen Genuß einer Audienz bei Papst Johannes Paul II. Als »Wurzeln und Ursachen für die bedrohliche Lage der Menschheit« machte der Papst die »Krise der Kultur« und den »Verfall ... allgemeinverbindlicher ethischer und religiöser Prinzipien« ausfindig. Am Ende seiner Ansprache wünschte er den »christlichen Politikern«, »wahrhaft Sauerteig zu werden«, er bat für den Kongreß »Gottes Licht und Beistand« und erteilte seinen »besonderen Apostolischen Segen«.

SZW-Präsident Filbinger war beglückt: »Einen besseren Auftakt hätten wir uns nicht wünschen können. Die Ausführungen des Heiligen Vaters ergaben eine völlige bereinstimmung mit den Grundthesen dieses Kongresses«. Bei der ersten Weikersheimer Hochschulwoche 1992 war die Begeisterung über den Papst und dessen Herkunft weniger groß: »Ganz mißtrauisch sieht man in Deutschland das ständige berreizen der polnischen Karte im Vatikan zu Lasten der Ostdeutschen, besonders Schlesien«, beklagte sich Professor Heinz Kiefer, Essen, und erklärte an die Adresse der polnischen Katholiken: »Die polnische Bischofskonferenz sollte sich endlich bewußt werden, daß sie mit ihrer nationalistischen Gesinnung und der Weigerung zur wahrhaftigen Äußerung im Zusammenleben Deutschlands und Polens bis heute eine ständige Quelle des Ärgers ist (siehe auch die ohne Abstimmung mit Deutschland erfolgte neue Diözesanstruktur Polens mit der Aufteilung des Erzbistums Breslau und die Abtrennung eines neuen Erzbistum Kattowitz von der 700 Jahre alten Tradition des Erzbistums Breslau!)«

## Obskure Sekten und das SZW

Seit Mai 1993 arbeitet das SZW auch noch mit dem »Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis« (VPM) zusammen. Diese vom Stern als »rechte Psychosekte« bezeichnete Vereinigung hetzt gegen fortschrittliche Aids-Aufklärung (»pornographische Propaganda«) und eine »Neue Linke«. Der Geschäftsfürer des SZW Albrecht Jebens forderte seine Mitglieder per Rundschreiben dazu auf, einen Kongreß des VPM zu besuchen, der »Ihnen erhellende wegweisende Gedanken und Erkenntnisse vermitteln wird.« Bei VPM-Veranstaltungen treten Weikersheimer wie Lothar Bossle oder Günther Rohrmoser auf. Dafür wird dann die Tübinger VPM-Vorsitzende Eva Maria Müller-Föllmer ins SZW eingeladen, um dort eine Arbeitsgruppe zum Thema »familiäre und soziale Bindungen« zu leiten. KritikerInnen versucht die Sekte gern mit bundesdeutschen Gerichten beizukommen. Das bekam auch schon Bundesjugendministerin Angela Merkel 1993 zu spüren: Als sie den VPM in eine Broschüre über jugendgefährdende Sekten aufnehmen wollte, klagte die VPM dagegen und gewann auch in erster Instanz. Einige Mitglieder des SZW und die Referenten Heinrich Lummer (CDU-Berlin) und Claus Jäger hatten sich zuvor beim Jugendministerium und dem Bundeskanzleramt für den VPM eingesetzt. In der FAZ wurde eine VPM-Solidaritätsanzeige veröffentlicht mit dem Titel »Wo ist ihr Mut zur Ethik, Frau Dr. Merkel?«. Mitunterzeichner: Filbinger.

Lothar Bossle hatte auch Kontakt zu Organisationen der Vereinigungskirche des Südkoreaners San Myung Mun (Mun-Sekte). Laut Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt betreibt diese Psychoterror, der bei Jugendlichen zu Selbstmord führen könne, sie proklamiere ein faschistisches System und bediene sich krimineller Methoden.

Solcherlei Erkentnisse konnten die SZW-Präsidiumsmitglieder Rohrmoser und Hornung nicht daran hindern, bei Veranstaltungen der Sekte aufzutreten. Eintracht demonstrieren konnten sie dort mit Emil Schlee, später Europaabgeordneter der REPs. Dieser gründete auch mit anderen REPs den rechtsradikalen »Aufbruch 94«, der in verschiedenen Anzeigen zusammen mit bekannten 'Weikersheimen' für den VPM warb.

Schlee, auch Referent beim SZW, war Mitte der 80er Jahre bei den »Patrioten für Deutschland« dabei, dem parteipolitischem Arm der La-Rouche-Sekte. Sie ist inzwischen auch unter Bezeichnungen wie »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« oder »Schillerinstitut« aktiv. Mitglieder der Executive Intelligence Review, einem La-Rouche-Pressedienst, sind auf den Kongressen des SZW gern gesehene Gäste. Dort können sie ihre seltsamen Weltverschwörungstheorien verbreiten. Ein eher harmloses Mosaiksteinchen ihrer Weltanschauung wurde im Wall Street Journal zum besten gegeben: Drahtzieherin des internationalen Drogenhandels sei keine geringere als die britische Königin. ■

# »Sleipnir«

## - ein weitere Sternschnuppe am rechten Zeitschriftenhimmel

**Anfang des Jahres tauchte ein etwa A-4-großes, 50 Seiten umfassendes Blatt namens »Sleipnir« auf, das laut Untertitel den Anspruch einer »Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik« erhob. Es wurde zunächst in sogenannten »Szenekneipen« Ostberlins, von denen der Zeitgeist behauptet, dort würden sich linke Intellektuelle treffen, umsonst verteilt, obwohl es eigentlich 12 Mark pro Ausgabe kosten sollte. Wie später noch zu sehen sein wird, waren die Orte und die Art und Weise des Verteilens mit Bedacht gewählt.**

Jedenfalls sorgte die »Zeitschrift« bei ihrem ersten Erscheinen für Verwirrung. Die entstand besonders deswegen, weil unter den, auf dem Titelblatt des Heftes abgedruckten Autoren sich neben bekannten Namen wie FRED LEUCHTER, ERNST ZÜNDEL, GERMAR RUDOLF oder AHMED RAMI vom antisemitischen »Radio Islam« in Stockholm, auch Namen wie RALPH GIORDANO, ANTIFASIST GENCLIK oder PETRA MORAWE, ehemals Leiterin des bündnisgrünen Büros im Reichstag, fanden. Was steckte hinter diesem eigenartigen Sammelsurium?

### Der Herausgeber und sein Verlag

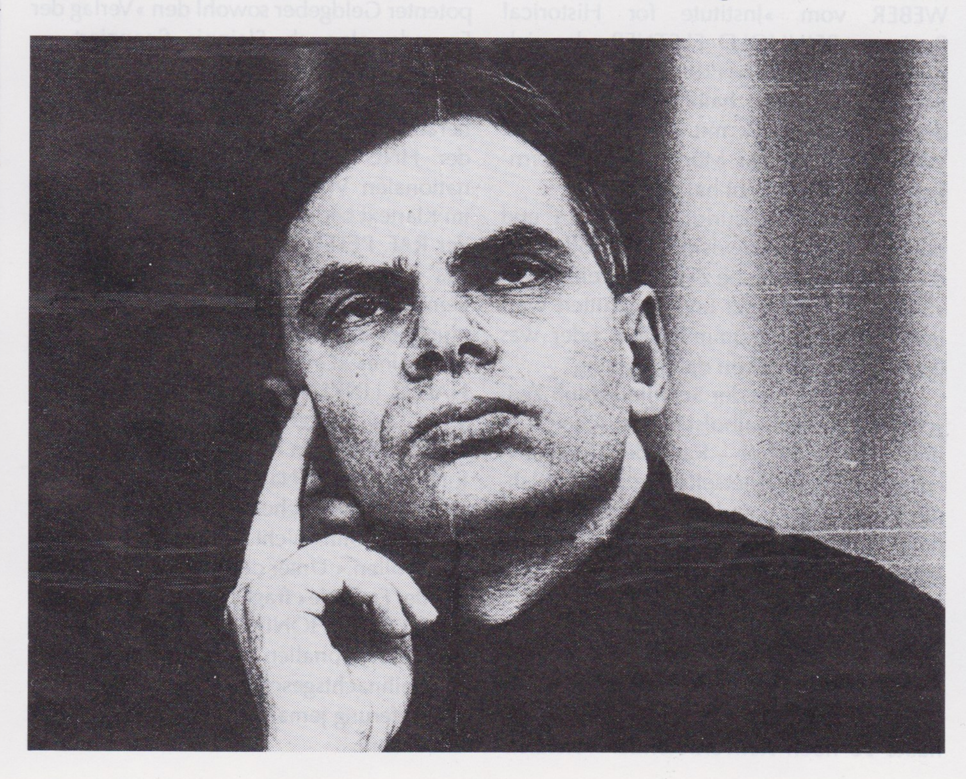
»Sleipnir« wurde Anfang von einem gewissen ANDREAS RÖHLER im »Verlag der Freunde« in Berlin herausgegeben. RÖHLER, heute 42 Jahre alt, ist in Ostberlin bekannt. Er war Teil dessen, was später zur Literaturszene vom Prenzlauer Berg verklärt wurde. Er trat mit Gedichten an die Öffentlichkeit, die zwar reichlich verquast und im Geiste der Beatgeneration gehalten waren und den Hauch des Oppositionellen besaßen. 1985 reiste RÖHLER nach Westberlin aus. Über den »Verlag der Freunde« ist weniger bekannt. Aus einem, in der Nummer 1 des »Sleipnir« abgedruckten Brief von Ralph Giordano – eben das katupultiert ihn ins Autorenverzeichnis der Postille! – an Röhler geht jedenfalls hervor, daß der Verlag bereits im November 1993 existiert haben muß. Röhler wendet sich zu dieser Zeit unter der Adresse »Verlag der Freunde« nämlich an verschiedenste Schriftsteller und Publizisten in Deutschland. Unmittelbar vorausgegangen war die Verhaftung von FRED LEUCHTER kurz vor einem Auftritt in der SAT.1-Sendung »Schreinemakers live«, und Röhler plante, offenbar zur Unterstützung Leuchters, ein Buchprojekt unter dem Titel »Briefe ins Gefängnis«, für das er auch linke und antifaschistische Autoren zu gewinnen suchte. Giordano lehnt dieses Ansinnen natürlich brüsk ab und zitiert seinerseits Günter Kunert, der offenbar auch eine Einladung bekommen hatte und den ominösen Absender einen Verlag der »Freunde von Mördern und Totschlägern« nennt. Ob die Gründung des »Verlages der Freunde« und sein merkwürdiger Name tatsächlich auf die Verhaftung Leuchters zurückzuführen ist, muß offen bleiben - plausibel wäre es schon.

### Instrumentalisierungsversuche

Der Versuch der Einbindung mehr oder weniger integerer Autoren zieht sich wie ein roter Faden durch alle vier, bisher erschienenen Ausgaben des »Sleipnir«. Das Heft 1 wird von einem Beitrag der oben erwähnten PETRA MORAWE eröffnet. Zwar sinniert die Bündnisgrüne in ihrem Text in unerträglicher Weise über Begriffe wie Nation und Heimat, die in dem bezeichnenden Satz: »Mein Blut, meine Seele und meine Geschichte waren zu einer Hälfte aus Breslau und zur anderen von den Ufern der Morava.«, gipfelt. Solcherart durchaus in die allgemeine intellektuelle Landschaft des Heftes passend, versichert Frau Morave jedoch, diesen Text niemals autorisiert zu haben geschweige denn, für ein solches Heft geschrieben zu haben.

In der zweiten Ausgabe des »Sleipnir« findet sich neben einem Text von Egon Krenz und Gedichten von Uwe Greßmann (der tot ist und sich nicht mehr wehren kann) auch ein Auszug aus einem Buch von Peter Wawerzinek. Pikanter Weise mußte letztgenannter Autor auf diesen Umstand erst von Freunden aufmerksam gemacht werden. Der »TRANSIT Buchverlag Berlin«, bei dem die Rechte für den Text lagen, strengte daraufhin ein Urheberrechtsverfahren gegen Röhler an, das gewonnen wurde und in einer ersten Stufe durch einstweilige Verfügung unter Androhung eines Zwangsgeldes von 500.000 Mark eine weitere Verbreitung der Ausgabe Nummer 2 des »Sleipnir« verbot. In der Hauptverhandlung wurde Röhler und sein Verlag zur Zahlung von rund 20.000 Mark Schmerzengeld und Schadenersatz verurteilt.

*Mitherausgeber Andreas Röhler*



Durch diesen Schlag ins Kontor klüger geworden, bemühte sich Röhler für die vierte Ausgabe seines Heftes beim Rowohlt Verlag um eine Abdruckgenehmigung für einen Auszug aus dem Buch von Richard Herzinger und Hannes Stein »Antiwestlertum im Comic-Strip«. Nach Auskunft des Verlages war von »Sleipnir« in diesem Zusammenhang jedoch nie die Rede; angefragt wurde unverfänglich im Namen einer »Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik« - dem Untertitel von »Sleipnir«. Und vom Rowohlt Verlag wurde, quasi unter dem Eindruck der Vorspiegelung falscher Tatsachen, die Abdruckgenehmigung tatsächlich erteilt.

Wenn die Vereinnahmung unverfänglicher Autoren offenbar Methode hat, ist spätestens zu fragen, worum es sich bei »Sleipnir« eigentlich handelt.

## Tiefenrevision

Der Name des Blattes leitet sich vom aus der nordischen Mythologie stammenden Fabeltier Sleipnir her, dem achtbeinigen grauen Pferd Odins. Der Sage nach sind vier der acht Beine ständig in Ruhe und schöpfen neue Kraft, so daß das Wesen endlos vor sich hin laufen kann.

Das Schwergewicht der Autoren im Heft liegt bei Leuten, die aus der »Jungen Freiheit« längst in schlechter Erinnerung sind: REINHOLD OBERLERCHER, ehemaliges SDS-Mitglied aus Hamburg, der heutzutage mit seinem „Reichsverfassungsentwurf" und seinem „Nationalen Notstandsprogramm" durch die Lande tingelt; Tomislav Sunic, gestandener Autor von »Jungen Freiheit«, »Criticon« u.a. und Mitarbeiter des kroatischen Außenministeriums; MARK WEBER vom »Institute for Historical Review«, REINHOLD ELSTNER, der sich Anfang Mai 1995 aus Protest gegen den seiner Meinung nach halbherzigen Umgang der Bundesrepublik mit den Ende des II. Weltkrieges vor der Münchner Feldherrnhalle selbst verbrannt hat.

Dieses Sammelsurium von alten und neuen Geschichtsrevisionisten soll, und dies ist das eigentliche Ziel der »Zeitschrift« »Sleipnir«, untersetzt und angefüttert werden mit Nationalkommunisten, oder was die Herausgeber eben dafür halten.

Beabsichtigt ist der Schulterschluß zwischen dem nationalbolschewistischen – in ihrer Diktion: linken – Rand der antiaufklärerischen Welle einerseits, die seit fünf Jahren über dieses Land schwappt, und den nationalen Kommunisten, die nach sechzig Jahren immer noch am Scheringer-Kurs der alten KPD festhalten. Partiell gelingt dies.

## Folgen und Weiterungen

MICHAEL KOTH, in der ersten Jahreshälfte 95 noch stellvertretender Vorsitzender der »KPD/DDR« und Mitglied des »Freundeskreises Ernst-Thälmann-Gedenstätte e.V.« schreibt am 30.3.95 einen Brief an seine »lieben Genossinen und Genossen«, die er als »ehemalige bzw. aktuelle Leser der Zeitung `Roter Morgen'« mit den Worten: wir sind der »im Verlag der Freunde erscheinenden (...) Zeitschrift Sleipnir sehr dankbar, daß sie ihre Spalten auch für uns geöffnet hat«, auch dieses Blatt zu kaufen - oder, besser gar, mit eigenen Artikeln zu unterstützen. Ab Mai 95 folgen wütende Dementis sowohl der angesprochenen Vereine als auch der Zeitung »Roter Morgen«. In der Ausgabe »Mai/Juni 95« des »Sleipnir« firmiert KOTH folgerichtig erstmals als Autor.

Wie oben angedeutet, ist das kein Zufall. Ebensowenig, wie der Umstand, daß »Sleipnir« gerade auf »linke« Intellektuelle aus dem Osten des zusammengeschlossenen Deutschland abhebt.

Der Versuch, vermeintliche »linke Ostler« für die eigenen revanchistischen und geschichtsrevisionistischen Ziele einzuspannen, ist in der neofaschistischen Presselandschaft nicht neu. Insbesondere die »Junge Freiheit« verfolgt seit ihrem Umzug nach Potsdam dieses Konzept. Bis auf die Anbindung versprengter Glücksritter aus den ehemaligen Bürgerbewegungen der DDR wie etwa Wolfgang Templin war dieser Strategie allerdings kein wirklicher Erfolg beschieden. An das „künstlerische Lumpenproletariat", das im Osten massenweise herumlungert, kam man nicht heran. Genau diese Lücke zu füllen, ist aber offenbar der Auftrag von »Sleipnir«. Insofern verwundert es auch nicht, daß die »Junge Freiheit« und der um sie versammelte Kreis potenter Geldgeber sowohl den »Verlag der Freunde« als auch »Sleipnir« finanziert.

Seit der Nummer 3 wird das Blatt von der »Andreas Röhler, Peter Töpfer GbR« herausgegeben und, außer den Gefangenen der HNG-Liste, allen »Gefangenen des nationalen Widerstands« zugesandt. Was im Klartext bedeutet: auch den Gefangenen der RAF. PETER TÖPFER, Mitgesellschafter des »Verlages der Freunde«, ist ebenfalls kein Unbekannter. Aus Ostberlin kommend taucht er im Februar 1993 als hiesiger Verteiler eines »Gründungsaufrufs der NATIONALEN LINKEN (NL)« auf, der am 1.Mai 1994 als kurzgefasstes Flugblatt verteilt wird und in dem erklärte »Linksnationale« tönen: »In der `Nationalen Linken' haben sich junge Menschen zusammengefunden, die linke Politik nicht am Volk vorbei betreiben wollen.« Unter der Adresse des »Verlages der Freunde« fragt TÖPFER überdies bei MEINOLF SCHÖNBORN's Vertrieb wegen einer Devotionalien-Bestellung nach, »weil es Weihnachtsgeschenke sein sollen«. Ob die Lieferung jemals eingegangen ist, bleibt unbekannt. ■

**VdF-Buchdienst**

Revisionismus
Fred **Leuchter** - *Der Bericht*, 15,- DM
- *Der Zweite Bericht*: 15,- DM
*"Lüftl-Report"*, in: *Journal of Historical Review*, Vol. 12 No. 4, Pb., 128 pp.: 15,- DM, (englisch)

Udo **Walendy** (Hrsg.): - *Auschwitz im IG-Farben-Prozeß: Holocaustdokumente?*, 412 S.: 38,- DM
- ... 38,-
***(Ein Buch, das es nicht gibt.)***

Robert **Faurisson**: *Faurisson on the Holocaust*, mit einem Vorwort von Arthur R. Butz, 400 S., 34,- DM
***Journal for Historical Review***
Paul **Rassinier**: - *The Holcaust Story and the Lie of Ulysses*, Pb., 450 pp., index, appendices: 25,- DM

Mark **Weber**: *Was ist Holocaust-Revisionismus?* (Der Direktor des Institute for Historical Review auf deutsch) (K)
*1900. Literatur der Jahrhundertwende.*
Ernst **Zündel**: *Bericht über einen Gerichtsprozeß in Kanada*, 138 S., 20,-

Jürgen **Graf von der Pfalz**: *The Great Holo' Roll Swindle* (deutsch): 247 S.: 40,- DM

Arthur **Vogt**: - *Tagungsbericht* (Vortrag zum Thema Revisionismus vor der FDP-nahen Thomas-Dehler-Stiftung am 22.9.91 im Nürnberger Sporthotel Silberhorn): 10,- DM
- *Der Prozeß* (gegen A. Vogt vom 8.2.93 in Nürnberg nach seinem Vortrag am 22.9.91): 3,- DM

**W. Schlesiger**: *Der Fall Rudolf*: 10,- (Hintergrund zum „Rudolf-Gutachten")
Carlo **Mattogno**: *Auschwitz: The End of a Legend, A Critique of J.C. Pressac*, Pb., 138 pp., photos, documentary appendix, glossary, index: 30,- DM

**Filme auf VHS**
*Protestmarsch in Bayreuth. Die Ersatzkundgebung für Wunsiedel*, mit G. Küssel, J. Rieger, F. Rennicke und Ch. Worch, 95 min.: 35,- DM
*Der ewige J.*: 60,- DM
*Deutsche Wochenschauen 1944*: 60,-

***Auszug aus dem Buchdienst des VdF. Röhler und Freunde setzen in der Leugnung des Holocaust neue Maßstäbe.***





**Roskilde 1995:**

*Am Anfang war da eine Demonstration...*

*...später die Erwartung des Kommenden...*

*...und dann hieß es nur noch: Deckung*

*alle Fotos: S. Orge/C.P.I.*





# Gefälschte Zahlen: Opfer von Fremdenhaß zählen kaum

Die Aussage von Statistiken ist oft zweifelhaft. Prekär wird sie, wenn es um fremdenfeindliche Straftaten geht. Bereits im November 1992 bemängelte der Chef des Bundeskriminalamtes (BKA), Hans-Ludwig Zachert, daß »angesichts des unterschiedlichen Meldeverhaltens der Polizei berechtigte Zweifel« bestehen würden, daß dem BKA »alle fremdenfeindlichen Straftaten bekannt geworden sind«. Geändert hat sich bis heute nichts, auch wenn das BKA allmonatlich fremdenfeindlich motivierte Straftaten als Antwort auf die Anfragen der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke auflistet. Stereotyp heißt es darin seit Januar 1994: »In diesem Zusammenhang sind dem BKA keine Todesfälle gemeldet worden.«

Das galt auch für den März 1994. Die schlimmste Brandkatastrophe in Stuttgart, bei der am 16.März 1994 sieben Menschen in einem fast ausschließlich von Ausländern bewohnten Haus ums Leben kamen, tauchte in der Statistik nicht auf. Kein Wunder, hatten doch Polizei und Staatsanwaltschaft sofort nach der Tat bekundet, eine ausländerfeindliche Tat sei auszuschließen. Nun gestand ein 25jähriger Mann aus Esslingen nach seiner Verhaftung, den Brand in Stuttgart und mehrere andere aus »Ausländerhaß» gelegt zu haben. Eine nachträgliche Korrektur der Statistik wird wohl dennoch unterbleiben. Das Jahr 1994 wird in den offiziellen Statistiken als das Jahr eingehen, in dem im Gegensatz zu den Vorjahren erstmals wieder kein Todesopfer aufgrund rassistischer oder rechtsextremistischer Gewalttaten zu verzeichnen war. So zumindest hatten es Bundesinnenministerium, BKA und das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz unisono Anfang des Jahres vermeldet.

Eine Erfolgsmeldung, die nicht nur angesichts der insgesamt 7952 Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremen Hintergrund – darunter zehn versuchte Tötungsdelikte – äußerst fragwürdig bleibt. Was ist mit einem 45jährigen polnischen Staatsangehörigen, der Ende Juli letzten Jahres in Berlin von mehreren Deutschen unter den Rufen »Scheiß-Polacken» in die Spree gestoßen wurde und dort ertrank? Immerhin hatte der Ermittlungsrichter gegen vier Deutsche Haftbefehl wegen versuchten und vollendeten Totschlags erlassen. Der Berliner Polizei erschien eine Weitermeldung des Falles an das BKA jedoch nicht nötig.

Am 20.April 1994 brennt es in einem Wohnhaus in der Göttinger Innenstadt. Das Feuer wurde nach Polizeiangaben im Treppenhaus gelegt. Eine 20jährige Türkin erliegt am 29.April in der Göttinger Universitätsklinik ihren Verletzungen. Am 5.Mai 1994 greifen in Quedlinburg drei Männer einen Obdachlosen mit einer Schreckschußpistole an und stoßen ihn dann in einen Fluß. Der Mann stirbt. Die Täter werden festgenommen und geben an, der Obdachlose habe nicht ins Stadtbild gepaßt. Jedes Mal Fehlanzeige in der Statistik.

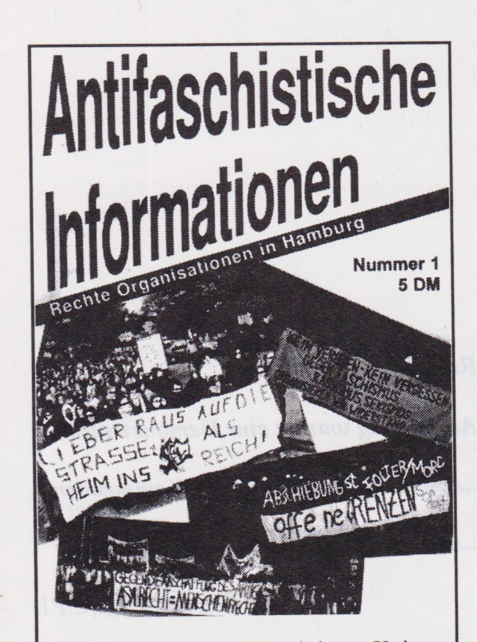
Jetzt will die PDS-Abgeordnete Jelpke von der Bundesregierung bei insgesamt 22 Todesfällen aus dem letzten Jahr wissen, aufgrund welcher Tatsachen eine »tatsächliche oder zu vermutende rechtsextreme Motivation» ausgeschlossen wurde. »Wäre es nach Ansicht der Bundesregierung für das Ansehen Deutschlands im Ausland angenehmer, wenn 1994 durch fremdenfeindliche Tötungsdelikte kein Mensch gestorben wäre anstelle von 22?», fragt sie.

Solch statistisches Umgehen mit rechtsextremen Gewalttaten hat Tradition. 1990 hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz zwei Tötungsdelikte mit rechtsextremer Motivation bekanntgegeben. Die grausame Ermordung des Angolaners Amadeu Antonio in Eberswalde fehlte dabei ebenso, wie ein 23jähriger Schüler, der von Boneheads in Ludwigsburg angegriffen und von der S-Bahn überrollt wurde. 1991 zählte das Kölner Amt drei Todesopfer. Nach Auswertung der überregionalen und regionalen Presse kommt das Büro der Bundestagsabgeordneten Jelpke jedoch auf insgesamt zehn. Den 19jährigen Schüler Mete Eksi, der am 20. Oktober in Berlin mit einem Baseballschläger erschlagen wurde, oder den 27jährigen Timo Kählke, der im Dezember in der Nähe von Cottbus von Mitgliedern der rechtsextremen »Werwolf-Jagdeinheit-Senftenberg» erschossen und verbrannt wurde, sucht man in der Statistik vergebens.

1992 das gleiche Bild. Im Kölner Amt zählte man 17 Tote, andere Quellen kommen auf 30. Als am 30.Januar 1992 bei einem Brand in einem Flüchtlingswohnheim im hessischen Lampertheim ein Ehepaar aus Sri Lanka mit ihrem Sohn verbrannte, glaubte die Kripo einen Anschlag ausschließen zu können. Man gehe von einem »technischen Defekt» aus, hieß es. Kaum jemand registrierte im Herbst 1992 das Ermittlungsergebnis der Staatsanwaltschaft Darmstadt. Wegen fahrlässiger Brandstiftung hatte man drei deutsche Heranwachsende verhaftet. Im Oktober 1993 wurden sie zu Freiheitsstrafen zwischen viereinhalb und fünfeinhalb Jahren verurteilt. Die Statistik wurde nie korrigiert.

Bislang vermeldet das BKA auch für 1995 kein Todesopfer rassistischer Gewalttäter. Die Zahlen für Juni 1995 wurden noch nicht bekanntgegeben. Mit Spannung darf gewartet werden, ob der am Vatertag am Stausee Oberwald in Sachsen von Boneheads erschlagene 24jährige Peter T. in die Statistik eingehen wird.

(Der Artikel ist der Tageszeitung vom 21.Juli 1995 entnommen.) ■




Das hamburger Bündnis „Keinen Fußbreit den Faschisten" hat im Juni eine Broschüre zu einem breiten Spektrum von neofaschistischen, neurechten, rechtskonservativen und esoterischen Organisationen herausgegeben, die in Hamburg ansässig und über die gesamte BRD aktiv sind. Sie geht auf 56 Seiten ausführlich auf Ideologie, Programm, Aktivitäten und Publikationen ein, zeigt Verbindungen zwischen den Organisationen auf und enthält ein Index der behandelten Personen, Organisationen und Publikationen.

**Bestellungen :** Bündnis Kein Fußbreit den Faschisten, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg; Preis: 5 DM zzgl. Porto, (nach Erhalt der Rechnung) für Buchläden und Wiederverkäuferinnen: ab 5 Stk. 4 DM, ab 10 Stk. 3 DM zzgl. Porto

*Im Fall der aktuellen staatlichen Verfolgung gegen linke Zusammenhänge haben wir das Berliner Antirepressionsbüro um einen Beitrag gebeten, den wir hier leicht gekürzt wiedergeben. Von den Durchsuchungsaktionen waren auch antifaschistische Einzelpersonen, Zusammenhänge und Institutionen betroffen, obwohl sie nicht das eigentliche Ziel der Angriffe waren. Nähere Informationen erhaltet Ihr bei den betroffenen Projekten in den einzelnen Städten oder beim Antirepressionsbüro.*

# Bundesweite Durchsuchungs- und Inhaftierungsaktion der BAW

**Am 13. Juni 1995 kam es unter Federführung der Bundesanwaltschaft (BAW), auf Anordnung des Ermittlungsrichters am Bundesgerichtshof (BGH), Beyer, bundesweit zu über 60 Durchsuchungen. In neun Städten wurden Privatwohnungen, Arbeitsplätze und Arbeitsräume verschiedener linker Gruppen und Projekte durchsucht. Neben Wohnungen standen Infoläden, Antifa-Cafes, Archive, ein Frauenbuchladen, ein Büro der Gruppe »Notruf für vergewaltigte Frauen« im Fokus der Staatsschützer, auch eine Gemeinschaftspraxis wurde von dem Terror überrannt. Wie immer wurden Tonnen von Material beschlagnahmt, vom Adressenverzeichnis bis zum Tagebuch. Ein besonderes Augenmerk wurde auf Computer und Computerzubehör gelegt. Insbesondere Verschlüsselungsprogramme, die ein Minimum an Briefgeheimnis im elektronischen Postverkehr des sonst unsicheren Internet gewährleisten, stellten für die Ermittler scheinbar hinreichenden Verdacht einer kriminellen Tätigkeit dar.**

Als Vorwand dienten der BAW Durchsuchungs- bzw. Haftbefehle nach § 129/129a StGB (Werbung-, Unterstützung für und Mitgliedschaft in einer kriminellen und/oder terroristischen Vereinigung). Es ging bei den Durchsuchungen vorrangig um drei Komplexe:

1) Unterstützung bzw. Mitgliedschaft in den »Antiimperialistischen Zellen« (AIZ), denen verschiedene Anschläge der letzten zwei Jahren zur Last gelegt werden.

2) Unterstützung oder Mitgliedschaft in der Gruppe »K.O.M.I.T.E.E.«, der ein Anschlag auf eine Bundeswehrkaserne in Bad Freienwalde im Oktober 1994 und ein versuchter Sprengstoffanschlag auf den im Bau befindlichen Abschiebeknast in Berlin-Grünau im April 1995 zugerechnet werden. In diesem Zusammenhang wird nach Thomas, Peter und Bernhard gesucht, die seitdem abgetaucht sind.

3) Die seit 20 Jahren erscheinende Zeitung radikal. In diesem Zusammenhang wurden vier Männer – Werner aus Berlin, Ralf aus Rendsburg, Rainer aus Münster und Andreas aus Lübeck – verhaftet und mit einem Hubschrauber nach Karlsruhe verschleppt. Inzwischen sind alle vier in Knäste bei ihren Wohnorten verlegt und sitzen dort in U-Haft. Ihnen wird vorgeworfen, sich an der Herstellung der radikal beteiligt zu haben. Die Haftbefehle wurden mit Hinweis auf Flucht- und Verdunklungsgefahr aufrechterhalten.

Die vier Inhaftierten unterliegen verschärften Haftbedingungen wie strenge Einzelhaft, Trennscheibenbesuche auch für AnwältInnen, Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen und ähnlichen Schikananen. Außerdem werden massiv Briefe angehalten oder zensiert.

Daneben gibt es mehr als 20 Ermittlungsverfahren gegen FreundInnen und MitbewohnerInnen der angeblichen Redaktionsmitglieder, in denen sich die BAW erdreistet, aus persönlichen Beziehungen Beschuldigungen zu konstruieren. Als besonders verdächtig erachtet werden geregelte Arbeitsverhältnisse, feste Liebesbeziehungen und langjährige persönliche Freundschaften. Offenbar werden in diesem Verfahren noch weitere Personen gesucht.

Als Druckmittel gegen die unmittelbaren FreundInnen und die politischen Zusammenhänge der Beschuldigten setzt die BAW verstärkt ZeugInnenvorladungen und die Androhung von Beugehaft ein. Ulf aus Bremen verweigerte bei einer Vernehmung durch einen Bundesanwalt am 15.6. die Aussage, wurde zwei Wochen später zum BGH vorgeladen, verweigerte die Aussage erneut und sitzt nun seit dem 4.7.95 in Heimsheim (Baden-Würtemberg) für 5 Monate in Beugehaft. Auch bei ihm werden Briefe zurückgehalten und Besuche von FreundInnen verboten mit Begründungen wie »sind der Erzwingungshaft nicht förderlich«.

Innenminister Kanther verlautbarte am Abend der Durchsuchungen das Ziel des »*Schlags gegen den Linksextremismus*« als »*zielgerichtete präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene*« (tagesthemen, 13.6.95). Die »Welt« zitierte Polizeikreise dahingehend, daß sich die »*Behördenaktivitäten vor allem auf die 'Hauptträger linksextremistisch motivierter Gewalt' in Deutschland konzentriert habe(n)*« (P. Scherer in Die Welt, 14.6.95). Einen rein statistischen, aber der Kontinuität nicht entbehrenden Wert kann in diesem Zusammenhang der Antwort der Präsidentin des Bundestags auf eine Anfrage von Bündnis90/DieGrünen beigemessen werden: »*...beim Generalbundesanwalt sind zur Zeit 105 Ermittlungsverfahren mit linksextremistischen und zwei mit rechtsextremistischen Hintergrund anhängig*« (Kleine Anfrage einiger Abgeordneter Bündnis90/DieGrünen betreffs Bundesweiter Durchsuchungen vom 21. 6.95).

## »Zähne zeigt wer's Maul aufmacht!«

Seit nunmehr elf Jahren zeigt die Zeitung radikal den staatlichen Ermittlungsbehörden die Zähne. Nach einer wechselvollen Geschichte der Zeitung, die seit 1976 existiert, entschließen sich im September 1984 unbekannte GenossInnen, dem Repressionsdruck nicht nachzugeben und die Zeitung verdeckt erscheinen zu lassen.

»*Wir wollen nicht verhehlen, daß das Frohlocken darüber, der Repression ein Schnippchen geschlagen zu haben, einen guten Teil der Motivation bei der Produktion dieser Nummer ausgemacht hat*« (aus radikal Nr.128 9/84).

1976 als sozialistische Zeitung für West-Berlin gegründet, gerät die radikal 1978 das erste Mal ins Visier der Staatsgewalt. Der Abdruck des sogenannten »Buback Nachrufs« führt zu einer Geldstrafe für den presserechtlich Verantwortlichen. 1982 erhebt die Staatsanwaltschaft zum ersten Mal Anklage nach § 129a, wegen Werbens für die »*terroristische Vereinigung*« 2.Juni. Nach massiven Observationen von HandverkäuferInnen, werden mehrere Wohnungen, Druckereien und Buchläden durchsucht. Aufhänger sind publizierte Erklärungen der Revolutionären Zellen, die den Straftatbestand des § 129a erfüllen sollen.

Gemeint ist jedoch die Funktion der radikal als Sprachrohr der autonomen Bewegung in der heißen Phase der Häuserkämpfe. Die offene Parteilichkeit gegenüber militanten Aktionsformen und die Mobilisierungskraft der radikal über den Häuserkampf hinaus, sind der Staatsgewalt ein Dorn (oder Ast) im Auge.

Die Repression gegen die radikal findet kein Ende. Dies veranlaßt die MacherInnen, in der Nr.126/127 die Einstellung der Zeitung bekannt zu geben. Ende 1984 erscheint die erste verdeckt hergestellte und vertriebene radikal. Da die staatlichen Ermittlungsbehörden die folgenden Jahre der radikal nicht habhaft werden können, halten sie sich 1986 an den Vertrieb. Mehrere Buchläden und Wohnungen werden durchsucht, gegen einige BuchhändlerInnen und vermeintliche HandverkäuferInnen werden Ermittlungsverfahren eröffnet. Eine spürbare Auswirkung der Repression ist das quasi Verschwinden der radikal aus den meisten Buchhandlungen, nicht unwesentlich für die ohnehin schwierige Verbreitung der Zeitung.

Die Entscheidung, die radikal trotz des Repressionsdruckes weiter erscheinen zu lassen, hatte für die neuen MacherInnen nichts mit dem »Abenteuer« Illegalität zu tun: *»...es ging ja nie um Illegalität als Selbstzweck, sondern als Voraussetzung für freie Kommunikation und Vermittlung radikaler politischer Inhalte«* (ID- Interview mit einer radikal -Gruppe, 1989).

Daß autonome/linksradikale Projekte und Aktionsformen kriminalisiert werden, ist nicht verwunderlich. Linke Politik, die sich nicht mit den staatlich gesetzten Grenzen zufrieden gibt, wird immer wieder ins Visier derselben geraten. Illegalität ist darin für die radikal *»...nur eine Möglichkeit – in manchen Situationen die Einzige – um den Kopf offen und klar zu behalten, damit du genau dort weitermachen kannst, wo du willst«* (ID-Interview mit einer radikal-Gruppe/89).

Die radikal hat trotz der Angriffe seitens des Staates den Raum für autonome/linksradikale Diskussionen, Analysen und praktische Handlungsanleitungen offen gehalten.

Der neue Repressionsschritt, eine Zeitung zur eigenständigen »kriminellen Vereinigung« (bisher gings immer »nur« um Werbung für diese) hochzupuschen, ist ein Versuch, gegen solche Vernetzungen vorzugehen. Die »Krise« autonomer/linksradikaler Politik geht jedoch auch an »unseren« (wir sind ja oft sehr verschieden – nich wahr?) Medien im allgemeinen und der radikal im speziellen nicht spurlos vorbei. Die radikal wird häufig eher als Institution, denn als lebendiger Ausdruck »unserer« Politik begriffen. So wurden zum Beispiel Diskussionen, ob die radikal mehr einen Dokumentationscharakter haben soll oder redaktionelle Beiträge eine stärkere Gewichtung bekommen (siehe radikal 11/92) nie breit aufgegriffen und diskutiert.

Eine Zeitung, die (aufgrund der Repression) von den meisten Büchertischen verschwunden ist und unter sehr widrigen Umständen hergestellt und verteilt wird, ist auf feed back und ein aktives Verhältniss der NutzerInnen zu ihr angewiesen. Wenn Worte nicht zu Waren werden sollen, wie die radikal selbst sagt, heißt das auch, autonome/linksradikale Medien nicht zu Dienstleistungsternehmen werden zu lassen, sondern Informationen, Austausch, miteinander kommunizieren als aktive Auseinandersetzung zusammenzubringen.

Die Möglichkeit, ohne Schere im Kopf zu diskutieren, Verknüpfungspunkte zwischen verschiedenen theoretischen und praktischen Politikansätzen herzustellen, militante Politik aus den Kellern, ans Licht einer führbaren Auseinandersetzung zu ziehen, sind gute Gründe, für die radikal einzutretten.

Freie Kommunikation muß immer wieder erkämpft werden. Auch wenn die radikal sich nicht auf das bürgerliche »Recht« beruft, ist es doch wichtig, auch in den »öffentlichen Raum« hinein, diese Möglichkeiten zur freien Kommunikation zu verteidigen. Wenn z.B. eine Zeitung zur *»kriminellen Vereinigung«* erklärt wird, ist dies ein Konstrukt, das öffentlich demontiert werden muß. Die sofortige Freilassung der Gefangenen ist 'eh selbstverständlich! Es gibt noch viel zu tun – beißen wir zu!

Schreibt den Gefangenen:
Rainer Paddenberg, Andreas Ehremann,
Ralf Millbrandt, Werner Konnerth über:
Ermittlungsrichter am BGH Dr. Beyer
Herrenstr.45a, 76133 Karlsruhe

Wir grüßen die Menschen in den Knästen und auf der Flucht, alle, die nicht lockerlassen, die für eine menschenwürdige und revolutionäre Gesselschaft kämpfen ...und nicht zuletzt:

Widerstand ist nie Umsonst
Spendenkonto Rote Hilfe:
Stichwort 13.6.
Berliner Bank, BLZ 10020000
Kontonummer: 7189590600

Antirepressionsbüro,
c/o PDS-Kreuzberg
Dieffenbachstr.33, 3.HH, Aufgang C
10967 Berlin
Bürozeiten:
Mo 18-20Uhr, Fr 12-14 Uhr
Tel: 030 / 6949254, Fax: 030 / 6949354 ■

# Berlin

## Prozeß wegen Besetzung der Neuen Wache

Wegen der Besetzung der Neuen Wache in Berlin sind am 4. August '95 sieben Antifas zu einer Geldstrafe zwischen 225 und 450 Mark verurteilt worden. Das Amtsgericht Tiergarten sah den Anklagepunkt Hausfriedensbruch für gegeben, nicht aber den des Widerstands gegen Polizeibeamte. Die Angeklagten hatten sich am 9. November '93 mit Stahlketten aneinandergefesselt, um gegen die Gleichstellung von Tätern und Opfern in dieser Gedenkstätte zu protestieren. Das Gerichtsverfahren war durch eine Anzeige des Bundesinnenministeriums in Gang gekommen und der Verfassungsschutz verbuchte die friedliche Besetzung in einem Jahresbericht gleich unter Linksextremismus.

# Bonn

## Rechts-Sprechung

Von 1992 bis Ende 1994 sind beim Generalbundesanwalt insgesamt 402 Ermittlungsverfahren wegen *„Bildung einer terroristischen Vereinigung oder deren Unterstützung"* eingeleitet worden. Davon galten 389 Verfahren dem *„Linksterrorismus"* und 13 dem *„Rechtsextremismus"*. Dies teilte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bündnisgrünen mit. (Junge Welt, 26.5.1995)

# Weimar

## Vorladung wegen Anschlag auf JF

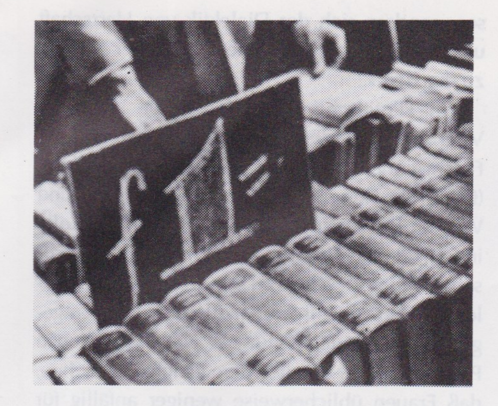
Am 19.4. erhielten 10 Leute aus Weimar polizeiliche Vorladungen als ZeugInnen in einem Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen *»Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, schwerem Raub, versuchter Nötigung und versuchter Brandstiftung«* wegen des Anschlags auf die Druckerei der Jungen Freiheit vom 3./4.12.94.

Als Ermittlungsgrundlage dient offensichtlich ein anonymes Schreiben, in dem eine Person aus Weimar der Mittäterschaft an den Anschlägen bezichtigt wird. Am 19.5. erhielten die zehn Leute Vorladungen vom Generalbundesanwalt. Ein Mensch folgte dieser Vorladung und machte eine Aussage. Die anderen ließen sich von ihrem Anwalt entschuldigen.

Daraufhin wurden sieben der neun (die anderen beiden waren nicht anzutreffen) am 1.6. zwangsvorgeführt und ohne anwaltlichen Beistand von Bundesanwalt Döpperl verhört und in Beugehaft festgehalten.

Alle neun ZeugInnen bekamen ein Ordnungsgeld in Höhe von 200 DM wegen des Nichterscheinens in Karlsruhe aufgebrummt. Zwei Leute, die die Aussage verweigerten, müssen zusätzlich 500 Mark abdrücken.

**Kurzinfos teilweise aus »Was geht ab? Nr.8«**



# Bücher, Broschüren, Zeitungen

**Beckman, Morris, The 43 Group. Antifaschistischer Kampf in Großbritannien 1946-1950, Harald-Kater-Verlag, Berlin 1995, 206 S., DM 25,-.**

Endlich ist auch dieses Buch aus dem Englischen übersetzt worden. Morris Beckman, Gründungsmitglied der »43 Group«, beschreibt Entstehung, Kampf und Auflösung dieser militanten antifaschistischen Gruppe im England der ersten Nachkriegsjahre.

Nachdem 1945 der deutsche und italienische Faschismus erfolgreich geschlagen ist, entsteht in England eine neue faschistische Gefahr. Oswald Mosley, Gründer der »British Union of Facists«, versucht nach dem Ende des 2.Weltkrieges verschiedene faschistische Organisationen aufzubauen und junge Männer zu rekrutieren. Bis zum Februar 1946 operierten bereits 14 derartige Gruppen auf den Straßen und in Schulen Londons. Antisemitischische Straßenkundgebungen und Disussionszirkel konzentrierten sich provokanterweise auf die jüdischen Viertel.

Jüdische Ex-Soldaten, die auf diese Veranstaltungen stießen, fühlten sich betrogen, nachdem sie Abgeordnete aufsuchten und parlamentarische Anfragen stellten, ohne daß etwas gegen das Wiederaufflammen einer britischen faschistischen Bewegung unternommen wurde. Sie, die im Krieg mit der Waffen gegen den Faschismus gekämpft hatten, waren nicht bereit, solche Umtriebe im eigenen Land tatenlos hinzunehmen.

So wurde die »43Group« gegründet. Sie bestand fast ausschließlich aus jüdischen Ex-Soldaten. Die Gruppe ist politisch nicht festgelegt; einig sind sich die 43 Teilnehmer des Gründungstreffen aber bei der Bekämpfung der Faschisten. Ziel ist es, die Veranstaltungen der Mosley-Bewegung zu sprengen, deren Auftritte zu verhindern und Straßenverkäufe von Propagandamaterial zu unterbinden. Außerdem soll auf das Parlament eingewirkt werden, rassistische Hetze unter Strafe zu stellen.

Die Gruppe geht arbeitsteilig vor. Ein Nachrichtendienst wird eingerichtet, der Informationen über deren Gruppenstrukturen sammelt und Auftritte im Vorfeld ermittelt. Andere Teams kümmern sich dann darum, sie zu sprengen. Sie infiltrieren die Versammlungen, stoßen Unmutsäußerungen aus und greifen auch die Ordnergruppen und Podiumsteilnehmer an. Dadurch wird auch die Entschlossenheit der Anwohner verstärkt, die bei Veranstaltungen selbst auf die Straße kommen, um die Guppe handfest zu unterstützen.

Schnell vergrößerte sich die »43 Group«. Kaum eine Veranstaltung der Faschisten konnte ungestört abgehalten werden. Innerhalb von 5 Jahren war die Mosley-Bewegung zerstört.

Das Buch ist ein spannender Erlebnisbericht. Beeindruckend und teilweise witzig wird beschrieben, wie Menschen mit unterschiedlichen politischen Einstellungen, aber einem antifaschistischen Grundkonsens es geschafft haben, die Mosley-Bewegung kleinzukriegen. Ebenfalls geschildert werden die Probleme mit der Polizei und den Medien.

Gerade die Stärke, die durch einen antifaschistischen Grundkonsenses aufgebaut werden kann, macht dieses Buch lesenswert. Es zeigt sich auch, daß die hierzulande vorherrschende Unentschlossenheit, dem Faschismus auch militant entgegenzutreten, in alten europäischen Demokratien wie England nicht geteilt wird.

Das Buch ist mit einem hilfreichen Anhang über faschistische Führer und Gruppierungen ausgestattet.

**Jatho, Jörg-Peter: Das Gießener 'Freitagskränzchen'. Dokumente zum Mißlingen einer Geschichtslegende - zugleich ein Beispiel für Entsorgung der Vergangenheit, Ulenspiegel, Fulda 1995, 229 S.** *(den Preis konnten wir vor Redaktionsschluß nicht mehr ermitteln)*

Absicht des Bandes ist es, eine Geschichtslegende über angeblichen bürgerlichen Widerstand im Gießen der NS-Zeit zu widerlegen. Darum der dokumentarische Charakter. Es soll hingegen nicht der verbrecherische Charakter der GeStaPo-Verfolgung verharmlost werden.

Das »Freitagskränzchen« war eine Gruppe von Menschen aus dem lokalen Gießener Bildungsbürgertum, die aufgrund einer Denunzation an die GeStaPo verhaftet, gefoltert und z.T. hingerichtet wurden. Ihr Vergehen bestand nicht in aktivem Widerstand gegen das Regime sondern im Abhören von »Feindsendern«. Pikanterweise war die zentrale Figur der Gruppe Dr. Alfred Kaufmann, der in Alexandria Direktor, Lehrer und Pastor war. Dort gehörte zu seinen Zöglingen der Rudolf Heß. Der Kontakt zu ihm und seiner Mutter war während der NS-Zeit, als Heß der Stellvertreter Hitlers war, offenbar immer noch eng. Kaufmann bewegte sich im Deutschnationalen und später NS-Spektrum sowie im Milieu der nationalen »Auslandsdeutschen«. Seine Kontakte verhalfen ihm zu einer Begnadigung. Auch andere Beteiligte waren zunächst Anhänger des Regimes.

Nach 1945 strickte das Gießener Bürgertum an einer Geschichtslegende, so vor allem der »Oberhessische Geschichtsverein«. In einem ausführlichen Personenregister kann Jatho nachweisen, daß einige Beteiligte dieses Forum nutzen, um die Geschichte ihrer eigenen Verwandten schönzuschreiben. Auch sonst ist der Band überwiegend dokumentarisch. Einer kurzen Einleitung und »zwölf Punkten zur Diskussion« folgt der Hauptteil: umfangreiche Auszüge aus Akten der NS-Kreisleitung, Verhörprotokollen, Briefen und das Urteil des Volksgerichtshofes - Dokumente, die so einer interessierten Öffentlichkeit überhaupt erst zugänglich gemacht werden und das Widerstandsbild bei quellenkritischer Betrachtung verschieben. Am Ende des Bandes folgt eine politische Chronologie zu Kaufmann und anderen, die ebenso wie das kommentierte Personenregister und eine Auswahl von Institutionen, Vereinen und Verbänden für geschichtlich interessierte Antifas sehr interessant sind. Sie werfen ein Licht auf das nationale Spektrum der Auslandsdeutschen.

Insgesamt eine interessante Dokumentation.

**Taylor, Nick; Svoray, Yaron: In der Höhle des Löwen – ein Israeli ermittelt in der deutschen Neonaziszene, München 1994, 354 S., DM 12,90**

Dieses Buch ist die lange Fassung der Geschichte des israelischen Journalisten Svoray, der sich unter falschem Namen in die Naziszene begab und führende Köpfe dieser an der Nase herumführte und aushorchte.

Wer von dem Buch eine sachliche Recherche und brandneue Fakten erwartet, wird enttäuscht sein. Es ist in Romanform und sehr ausschweifend geschrieben und von der deutschen Realität manchmal weit entfernt. Interessante Neuigkeiten sind sehr dünn gesät, viel Altes wird erneut bestätigt und oft hält sich der Autor damit auf, Sachverhalte zu erklären, die für Leute, die sich ein wenig mit dem Thema beschäftigen,

lange bekannt sind. Durch teilweise falsche Bewertungen entstehen beim Lesen Eindrücke, die von »verharmlosend« bis zu »Sensationsjournalismus« gehen. Hinzu kommt, daß sich der Autor als Nabel der Welt und als derjenige sieht, der zum entscheidenden Schlag gegen die deutsche Naziszene ausholt.

Obwohl er der Meinung ist, das Verfassungsschutz und Politiker die Nazis massiv verharmlosen, stimmt er in den links = rechts-Chor ein und meint, das Problem lösen zu können, indem er BKA und VS seine enthüllenden Fakten präsentiert. Dies erweist sich natürlich als Illusion, wie er im Nachhinein selbst feststellen muß.

Interessant bleibt an dem Buch die Beschreibung des direkten Umgangs mit den Nazifunktionären und deren Verbindungen untereinander.

Eine ganz nette, leichtverdauliche Lektüre, wenn man abends mal nichts anderes zur Hand hat.

**»Hetendorf 13«, herausgegeben vom Antifasch. Arbeitskreis Hetendorf 13, 88 S., DM 6,-.**

Die gut ausgearbeitet Broschüre gibt Einsicht in die Gruppen und Parteien, die das faschistische Zentrum Hetendorf 13 nutzten und nutzen. Die Organisationen Freundeskreis Filmkunst, Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung, die Artgemeinschaft – Glaubensbund wesensgemäßer Daseinsgestaltung, Nordischer Ring, Bund der Goden und die Gesellschaft für freie Publizistik, die allesamt das Zentrum nutzen, werden vorgestellt. Insbesondere wird dabei auf den bekannten Nazianwalt Jürgen Rieger eingegangen, der bei vielen dieser Gruppen eine wichtige Rolle spielt. Ein Teil der Broschüre beschäftigt sich mit der Wiking Jugend, ein Hauptnutzer des Geländes Hetendorf 13.

Dargestellt werden auch personellen Verbindungen von Organisationen wie Deutsche Freiheitsbewegung, FAP, NF und Nachfolgeorganisationen, NPD und JN zu dem faschistischen Zentrum.

Insgesamt wird in der Broschüre ein Überblick über die Situation in der Lüneburger Heide und – mittels Chronologie – über die Ereignisse im Zentrum Hetendorf gegeben. Da dürfen natürlich auch Tips zum antifaschistischen Handeln nicht fehlen. Viel Neues bietet die Broschüre zwar nicht, aber sie hat alle Informationen über Hetendorf noch einmal gesammelt und strukturiert. Entsprechend gibt es auch ein Register, geordnet nach Personen, Organisationen und Publikationen.

*Bezug: Antifaschistischer Arbeitskreis Hetendorf 13 c/o Infoladen, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover.*

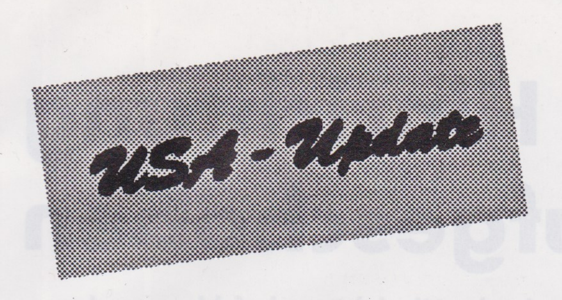
**Fantifa Marburg: Kameradinnen. Frauen stricken am brauen Netz, Unrast, Münster 1995, 145 S., DM 19,80**

Die Fantifa Marburg organisierte 1994 eine Veranstaltungsreihe über Frauen/Lesben in neofaschistischen Strukturen. Daraus ist ein Buch mit fünf Beiträgen entstanden, die sich mit rechten Frauen auseinandersetzen. Anspruch des Buches ist, Frauen, die ideologiebildend und als Funktionärinnen aktiv sind, sichtbar und damit angreifbar zu machen. Im Gegensatz zu vielen anderen Veröffentlichungen zu diesem Thema werden nicht nur die, ach so spektakulären Bilder der sich prügelnden Skinheadbraut gezeigt, sondern auch die Drahtzieherinnen innerhalb des »braunen Netzwerkes« wie z. B. als Parteimitglieder oder Autorinnen.

Die Beiträge sind von verschiedenen Autorinnen geschrieben und unterscheiden sich in ihren Schwerpunkten. Der erste der fünf Beiträge, »Frauen und Rechtsextremismus« beschäftigt sich mit der schon lange fälligen Auseinandersetzung der Opfer-Täter-Debatte zur These der Mittäterschaft von Frauen. »... so wichtig ist es jedoch auch, Frauen nicht 'qua Gechlecht' aus der gesellschaftlichen Verantwortung zu entlassen, sondern sich der Dialektik von Herrschaft und Knechtschaft, von Täter und Opfer bewußt zu machen.«

In »Politische Aktivistinnen für Volk und Vaterland« werden die organisierten (Neo)-Faschistinnen in der Deutschen Frauenfront (DFF), die Skingirlfront Deutschland (SFD) und Women For Aryan Unity (WAU) und ihre Rolle innerhalb der Fascho-Szene mit den ideologischen Widersprüchen zu den traditionellen Rollenzuweisungen für Frauen durchleuchtet. Entgegen den Veröffentlichungen der bürgerlichen Presse wird hier deutlich dem gängigen Klischee, daß Frauen üblicherweise weniger anfällig für Gewalt und damit auch weniger anfällig für Faschismus und Rassismus sind, widersprochen.

Eingegangen wird auch auf punktuelle Überschneidungen sog. »Frauenthemen«. Die Ablehnung von Pornographie zeigt z.B. daß sich bei solchen Themen »linke« und »rechte« Positionen von Frauen/Lesben gleichen. In Frage gestellt werden damit auch feministische Frauen/Lesben, die, mit einem biologistischen Ansatz ihrer Utopie einer besseren Gessellschaft, sich in unmittelbarer Nähe von rechten Inhalten wiederfinden.




# Oklahoma-Attentat Aryan Nations und rechte Milizen

**In Zukunft wird das Antifaschistische Infoblatt eine wichtige Lücke schließen und regelmäßig über die faschistische Szene in den USA berichten.Dies ist uns möglich dank der englischsprachigen Antifa-Zeitung Searchlight, deren ständige Rubrik »Searchlight on the States« wir verwenden werden. Ein herzliches Dankeschön an Searchlight und besonders an deren Korrespondenten in den USA.**



*Norman Olson - Chef der Michigan Militia*

Gegen Tim McVeigh und Terry Nichols, die Hauptverdächtigen für den Bombenanschlag auf das Bürogebäude in Oklahoma City im vergangenen April, wurde im August offiziell Anklage erhoben. Die Anklageschrift läßt jedoch mehrere Fragen über den Hintergrund des Attentats unbeantwortet. Die Regierung hat einen Kameraden McVeighs aus seiner Armee-Zeit zum Kronzeugen gemacht, indem sie ihn wegen Mithilfe angeklagt hat, aber nicht für den Anschlag selbst. Manche Beobachter glauben jedoch, daß es weitere, bisher unbekannte Beteiligte gibt.

Ein Schlüsselereignis vor dem Anschlag war der Raubüberfall auf einen Waffenhändler in Arkansas, der sich mit McVeigh angefreundet hatte. Der Erlös des Überfalls wurde angeblich verwendet, um das Attentat zu finanzieren. Der Waffenhändler behauptet, daß der Räuber weder McVeigh noch Nichols war. Damit gäbe mindestens einen weiterer Unbekannten.

## »Aryan Nations« Treffen

Im Juli kamen rund 200 Leute zum jährlichen Treffen der Nazi-Organisation ARYAN NATIONS [[nicht »Nation«!!]] in den Wäldern im Norden des Bundesstaats Idaho. Der langjährige KU-KLUX-KLAN- UND ARYAN Nations-Sprecher, LOUIS BEAM, gab sein übliches Gelaber zum Besten. Dieses Mal riet er seinen arischen Kameraden, sich zum »arischen Widerstand« zu bekennen, anstatt wie bisher zum »arischen Separatismus«.

Außerdem sprach JOHN BANGETER von der Skinhead-Gruppe ARMY OF ISRAEL - CHRISTIAN IDENTITY SKINS aus dem Bundesstaat Utah. Bangeter kommt inzwischen regelmäßig zu den Treffen der Aryan Nations. Der Guru der NATIONAL ALLIANCE, WILLIAM PIERCE (der Autor der TURNER DIARIES) war zwar als Redner angekündigt, hat aber anscheinend nicht teilgenommen.

Nach Angaben der antifaschistischen Coalition for Human Dignity (Koalition für die Würde des Menschen) aus Portland (Oregon) haben Louis Beam und Paul Hall vor kurzem 12 Hektar Land in der Nähe von Sandpoint (Idaho) gekauft, um dort Häuser zu bauen. Das Grundstück ist rund 50 Kilometer vom Hauptquartier der Aryan Nations entfernt und ist die Basis für America's Promise, die »Identitäts«*-Gruppe von DAVE BARLEY. Hall gibt die Zeitschrift JUBILEE heraus, ein CHRISTLICHES IDENTITÄTS-Zweimonatsblatt.

## Bomben in Nevada, Schüsse in Ohio und Montana

Am 4. August wurde das Haus eines Forstbeamten zum Ziel einer Bombe in Carson City (Nevada). Der Beamte war bei der Arbeit, aber seine Frau und seine Kinder waren zuhause. Sie blieben unverletzt. Am 30. März, knapp drei Wochen vor dem Anschlag in Oklahoma, war das Büro dieses Beamten ebenfalls das Ziel eines Bombenanschlags gewesen.

Die Forstbeamten sind Bundesbedienstete und sind für Nationalparks zuständig. Zwischen Rechtsradikalen und der Forstbehörde gibt es schwere Konflikte. So hat DICK CARVER, ein Kommunalbeamter, eine Straßenblockade beiseite geräumt, die die Bundesbehörde eingerichtet hat. Carver wollte öffentlich demonstrieren, daß er die Autorität der Bundesregierung über staatliche Landflächen nicht anerkennt. Carver wird von der rechten Bewegung gefeiert und sprach (zusammen mit Louis Beam) 1994 auf einer Konferenz der Zeitschrift JUBILEE.

3500 Kilometer davon entfernt wurde MICHAEL HILL, ein Führer der OHIO MILITIA (Miliz von Ohio), von einem Polizisten erschossen. Er war angehalten worden, weil er einen Wagen ohne Autokennzeichen fuhr. Während der Blütezeit der rechtsradikalen Organisation POSSE COMITATUS in der Mitte der 80er Jahre haben viele Posse-Mitglieder selbstgemachte Nummernschilder verwendet. Der Grund: Ihrer Meinung nach hat der Staat kein Recht, den Verkehr zu regeln.

Hill fuhr in einem kleinen Miliz-Autokonvoi spätabends nach einem Treffen nach Hause. Der Polizist behauptet, er habe in Notwehr geschossen, nachdem Hill seine Pistole gezogen hatte. Die anderen Milizionäre geben an, daß Hill seine Pistole

nicht gezogen hatte. Hills Witwe hat die Rechtsanwältin NANCY LORD angeheuert, um Anzeige gegen die Polizei zu erstatten. Lord ist Mitglied der Organisation JEWS FOR THE PRESERVATION OF GUN OWNERSHIP (Juden für den Erhalt des Privateigentums an Schußwaffen).

In Montana wurde GORDON SELLNER verwundet, als ein Sheriff ihn wegen einer drei Jahre alten Mordanzeige festnahm. Sellner soll bei einer Verkehrskontrolle einen Polizisten erschossen haben. Er stellte sich nie zu einem Prozeß, sondern lebte offen zu Hause, allerdings ohne sein Zwei-Hektar-Grundstück jemals zu verlassen. Der örtliche Sheriff verschob die Festnahme, um eine gewaltsame Auseinandersetzung zu vermeiden. Als sie ihn schließlich verhaften wollten, schoß Sellner auf die Polizisten. Sellner behauptet, er sei kein Mitglied der Miliz, aber sei mit ihnen einer Meinung. Er verweigert seit 20 Jahren seine Steuern.

Seit der Belagerung des Rechtsradikalen RANDY WEAVER durch die Bundespolizei in Ruby Ridge (Idaho), bei der im August 1992 Weavers Frau und Sohn sowie ein Bundespolizist getötet wurden, hat sich der Nachbarstaat Montana zu einer Quelle von Miliz-Aktivitäten entwickelt. Ebenso wie acht Monate später die Konfrontation in Waco (Texas), bei der 80 Mitglieder einer religiösen Sekte und vier Bundespolizisten getötet wurden, ist der Fall von Randy Weaver ein Fanal für die radikale Rechte in den USA geworden.

Das US-Innenministerium hat der Familie Weaver vor kurzem 3,1 Millionen Dollar Schmerzensgeld gezahlt. Allerdings gibt die Bundesregierung kein eigenes Verschulden zu. Die Entschädigungszahlung hat die Rassisten trotzdem frohlocken lassen. Am 6. September soll vor dem US-Senat eine Anhörung über die Rolle der Bundespolizei bei der Belagerung von Ruby Ridge beginnen. ■

*Fußnote: Die »christliche Identitäts«-Lehre bietet eine ideologische Klammer für verschiedene rechtsradikale Strömungen in den USA. Zu dieser Lehre gehört, daß die Weißen in Nordamerika und Nordwest-Europa das eigentliche »auserwählte Volk« der Bibel seien, daß Schwarze und andere Nicht-Weiße eine »prä-adamische« (also vor-menschliche) Gattung seien, und daß JüdInnen vom Satan abstammen

*Vom USA-Korrespondenten der britischen Antifa-Zeitschrift SEARCHLIGHT*
*Übersetzung und Bearbeitung: Infoblatt*

Bestelladresse:

**Searchlight Magazine**
**The International Monthly**
**37B New Cavendish Street**
**London W1M 8JR)**
**England**

# Abu-Jamal: Hinrichtung aufgeschoben

**Zur allgemeinen Überraschung ist der Hinrichtungsbefehl gegen den ehemaligen Black-Panther -Aktivisten und afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal am 7. August, also 10 Tage vor dem ursprünglich geplanten Hinrichtungsdatum, erst einmal auf unbestimmte Zeit aufgeschoben worden.**

Richter ALBERT SABO, der Mumia vor 14 Jahren zum Tode verurteilt hatte und im August das erstinstanzliche Anhörungsverfahren über Mumias Antrag auf einen neuen Prozeß durchgeführt hat, begründete denAufschub mit formalen Argumenten. Mumia hätte wie jeder andere Todestrafengefangene auch ein Recht darauf, daß sein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens bis in die letzte Berufungsinstanz– in diesem Fall der Oberste Gerichtshof der USA– angehört wird.

Bis jetzt hat Richter Sabo noch nicht über Mumias Wiederaufnahmeantrag entschieden. Nach 15 Anhörungstagen, bei denen Mumias Rechtsanwälte neue Zeugen und Beweise für Mumias Unschuld präsentiert hatten, wurde die Anhörung bis zum 11. September ausgesetzt. Dann sollen Verteidigung und die Staatsanwaltschaft ihre Plädoyers halten. Von Richter Sabo wird generell erwartet, daß er den Antrag auf ein neues Verfahren ablehnen wird. Schließlich geht es um seinen eigenen Prozeß und außerdem hat er schon in der Anhörung deutlich gemacht, daß er Mumia am liebsten sofort hinrichten lassen würde. Mit einer Entscheidung von Richter Sabo wird nicht vor Ende September gerechnet. Bei einer negativen Entscheidung wird die Verteidigung zunächst vor dem Obersten Gerichtshof in Pennsylvania in Berufung gehen.

## Glücklich über die Unterstützung

Mumia hat sich noch einmal ausdrücklich für die internationale Unterstützung bedankt und hat dazu wörtlich gesagt: »*Ich bin überwältigt von der Flut von Zuneigung, Liebe und Unterstützung, die sowohl international als auch in den USA entstanden ist. Diese Flut bedroht aber nicht mich, sondern sie trägt mich von Tag zu Tag, von einer bedrohlichen Situation zur nächsten, vom Tod zum Leben. Angesichts dessen, was hinter uns liegt, schätze ich mich sehr, sehr glücklich, dieses Ausmaß an Unterstützung zu haben. Ich bin den tausenden und zehntausenden von Menschen, deren Namen ich zumeist nicht einmal kenne, von Herzen dankbar.*» Nach Einschätzung von Mumias UnterstützerInnen und AnwältInnen in den USA waren es die internationalen Soli- und Protestaktionen, die dazu geführt haben, daß die Presse in den USA anfangen mußte, über Mumia zu berichten. Außerdem wurden dadurch die Promis in den USA dazu ermutigt, öffentlich für Mumia Stellung zu beziehen und sich nicht länger von konservativen Politikern, Medien und der Polizeigewerkschaft – die mit einem Boykott aller SchauspielerInnen, MusikerInnen, SchriftstellerInnen etc gedroht hat, die sich für Mumia einsetzen – einschüchtern lassen. Und diejenigen in den USA, die dann im letzten Monat in überraschend großer Zahl und mit guten Aktionen für Mumia auf die Straße gegangen sind, haben sich natürlich über die internationale Solidarität ermutigt gefühlt.

Mumias Leben ist in den nächsten Monaten ersteinmal nicht unmittelbar bedroht, aber erst ein neues Verfahren kann ihm sein Leben und seine Freiheit wirklich zurückge-en. Deswegen wird es demnächst sicherlich wieder zu Aufrufen für Aktionen kommen, um den Druck auf die US-Justiz und den Gouverneur zu verstärken. Anfang Oktober wird Mumias Rechtsanwalt Len Weinglass bei Veranstaltungen in Berlin, Hamburg, und Frankfurt sein. Außerdem ist Mumias Buch »*Live aus der Todeszelle*« jetzt endlich auf Deutsch erschienen. Darin schreibt er viel über den Knastalltag, aber auch über einen Teil seiner politischen Geschichte. ■

Mumia freut sich über Post, denn jetzt sitzt er wieder im Isotrakt in SCI Greene:
Mumia Abu-Jamal, AM-8335,
SCI Greene
1040 East Roy Furman Highway
Waynesburg, PA 15370
USA

Regelmäßige Infos gibt es z.B. bei:
Autonome Mumia Soligruppe
c/o Antirassistische Initiative Berlin
Yorckstr. 59, 10965 Berlin
Fax: 030-7869984.

Das Buch »*Live aus der Todeszelle*« kann bestellt werden bei: AGIPA-Press, Tel 0421-354029




# Zwischen Islam und Liberalismus

## Gründe und Dynamik der Entwicklung des Nationalismus in der Türkei

**»Graue Wölfe. Eine faschistische Bewegung«, unter diesem Motto stand eine Veranstaltung des AStA der Technischen Universität Berlin am 30.6.1995. Der türkische Journalist und Politologe Tanil Bora berichtete von der Entwicklung und gegenwärtigen Politik der faschistischen Milliyetci Hareket Partisi (MHP – Nationale Aktionspartei), in Deutschland besser bekannt als GRAUE WÖLFE, und verortete sie im derzeitigen türkischen Nationalismus. Wir haben Boras Vortrag anhand der Notizen seines Manuskriptes zusammengefaßt. In dieser Ausgabe dokumentieren wir den 1. Teil über »Gründe und Dynamik des nationalistischen Aufkommens in der Türkei«. In der nächsten Ausgabe wird der 2. Teil folgen, der sich mit der türkischen faschistischen Bewegung befasst.**

Der gegenwärtige Aufschwung des Nationalismus in der Türkei folgt dem weltweiten Trend. Die »Völker« und Schichten, die sich als Verlierer der derzeitigen Entwicklung betrachten, unterscheiden sich in ihrem Nationalismus von den »Gewinnern", welche vor allem auf kulturelle Unterschiede und Rassismus setzen. Die Türkei ist als typisches Schwellenland für beide Arten von Nationalismus anfällig.

Drei neuere Entwicklungen haben den Nationalismus angefacht.

a) Die *Kurdische Frage* hängt u.a. mit einem tief in der Geschichte der modernen Türkei verwurzelten »Existenzsyndrom«[1] zusammen. Separatismus wird aufgrund der Erfahrungen am Ende des I.Weltkrieges als Gefahr gesehen, die die Existenz der Türkei bedroht. Als Drahtzieher werden die Nationen des »Westens" gesehen. Als deren Helfershelfer in der Türkei gelten die Armenier, die 1916 Opfer eines bestialischen Völkermordes wurden. So wird unter anderem die Behauptung in die Welt gesetzt, der Führer der PKK »Apo" sei eigentlich ein Armenier.

b) Die *Etablierung der Turkvölker-Staaten* in Mittelasien seit dem Zerfall der SU gibt der Türkei die Möglichkeit, ihre Stellung als Regionalmacht auszubauen. Sie stellt sich heute als Modell für die Modernisierung der Turk-Staaten dar, als »Großbruder", dessen Erfolge auf der Verbindung von Kapitalismus, Laizismus[2] plus Islam, parlamentarischer Demokratie und westlicher Orientierung beruhen.

c) Diese *ökonomischen Erfolge* seit den 80ern stärken einen bürgerlichen Nationalstolz vor allem bei den großstädtischen Oberschichten.

### Fünf Spielarten

Bora unterscheidet in seinem Vortrag fünf Spielarten nationalistischer Ideologie.

1. *Atatürkcülük* (Kemalismus)[3] – der offizielle staatliche Nationalismus, der ideologisch zwischen dem Anspruch der Staats- und der Kulturnation schwankt. Normalerweise überwiegt der erstere Gedanke, wonach die Nation eben alle ihre Staatsbürger umfaßt, und nicht nur diejenigen, die durch eine gemeinsame »Kultur« verbunden seien. Doch ist dieser Nationalismus instabil, er kann durch die Kulturnations-Idee leicht abgelöst werden. Besonders die Bedrohungsängste, die aus dem Existenzsyndrom entstehen, legen diese Entwicklung nahe. So versteckt sich der Staat hinter Zeremonien und Ritualen, die auf Bora »wie eine Zwangsjacke« wirken.

2. Die Träger des kemalistischen »linken« Nationalismus sind v.a. die beiden sog. Sozialdemokratischen Parteien. Er entspricht ideologisch dem ersten Typ, mit Betonung der Staatsnationsidee. Trotz aufklärerischem Anspruch bleibt er von Irrationalismus durchsetzt, so etwa im Personenkult um Atatürk. Gegenwärtig ergeht sich die Sozialdemokratie in der Hoffnung, diesen »aufklärerischen« Nationalismus als Gegengift gegen den politischen Islamismus mobilisieren zu können: Die moderne Nation gegen die vormoderne islamische Gemeinschaft, die Ümmet. Aber damit trägt diese »Linke« nur insgesamt zur nationalistischen Mobilisierung bei.

3. Der dritte Typ verbindet westlichen Liberalismus mit Nationalstolz. Seine gesellschaftlichen Träger sind die großstädtischen Mittelklassen, viele Medienprofis. Dieser Typ ist extrem prowestlich und zieht seinen Nationalstolz aus der Verwestlichung und den ökonomischen Erfolgen. Dabei ensteht ein eigenartiger Rassismus, der sich nicht nur gegen Kurden richtet, sondern auch gegen die städtischen Unterklassen und die »anatolischen Ossies«, die traditionelle Trägerschicht des Nationalismus. Ertugrul Özkök, Kolumnist beim Hürriyet[4], erfreut sich an schicken, langhaari-



gen Jungs und Mädchen im Minirock, die doch gleichzeitig Stern und Halbmond an einer Halskette tragen. Sein Ideal sind stramme, großgewachsene und blonde »Euro-Türken«. Es fällt auch schon mal das Wort von den »weißen Türken«.

4. Der politische Islam – das, was man hierzulande »Fundamentalismus« nennt - präsentiert sich als über-national. Aber die nationalistische Dynamik erfaßt auch ihn. Fasziniert vom Regionalmachtstreben bauen die pan-islamischen Losungen der Refah-Partei unausgesprochen darauf auf, daß die Türkei wie zu den Hochzeiten des Osmanischen Reiches zum Kernland der moslemischen Welt wird. Die Refah befürwortet eine autarke Nationalökonomie und beteiligt sich an der Mystifizierung der »schweren Industrie«. Ohne ausgesprochen Kurdenfeindlich zu sein, neigt der Islamismus doch zu rassistischen und antisemitischen Tendenzen.

5. Der radikale und faschistische Nationalismus, vor allem der MHP, wird umgekehrt von der Dynamik des Islamismus beeinflußt. Entwicklung und aktuelle Politik der sogenannten Grauen Wölfe werden wir im nächsten Heft beschreiben. ■

Anmerkungen:
1)Existenzsyndrom: Gesamtbild charakteristischer Symptome, die eine Krankheit ausmachen
2) Laizismus: Freiheit des öffentliche Lebens von religiöser Bindung. Grundelement des Kemalismus.
3) Atatürkcülük/Kemalismus: auf den Gründer der modernen Türkei, Mustafa Kemal Pascha (Atatürk - 1881-1938) zurückgehende, bis heute verbindliche Staatsideologie, die sich am modernen Nationalismus der westlichen Staaten orientiert.
4) Hürriyet: größte türkische Tageszeitung.
Refah - erfolgreiche, größte islamistische Partei der Türkei.
5) Ümmet (arab. umma): die traditionelle, auf den Regeln des Islam beruhende moslemische Gemeinschaft, deren Wiederherstellung das Ziel des politischen Islam ist.



*Drei Halbmonde - die Fahne des alten osmanischen Reiches. Sie wird heute auch von den »Grauen Wölfen« benutzt. Hier die Kapelle Mehter beim Fußballspiel Türkiyemspor gegen Berliner Polizei.*

## Schweiz:

# Behörden dulden Hess-Feier

**Am 19. August hat an den Kantongrenzen zwischen Aargau und Solothurn eine »Sommernachtsgrillparty« stattgefunden. Unter den Organisatoren war der Schweizer Ableger der »Hammer-Skins«. Es war das größte Treffen in der vierjährigen Geschichte der »Schweizer Hammer-Skins«(SHS).**

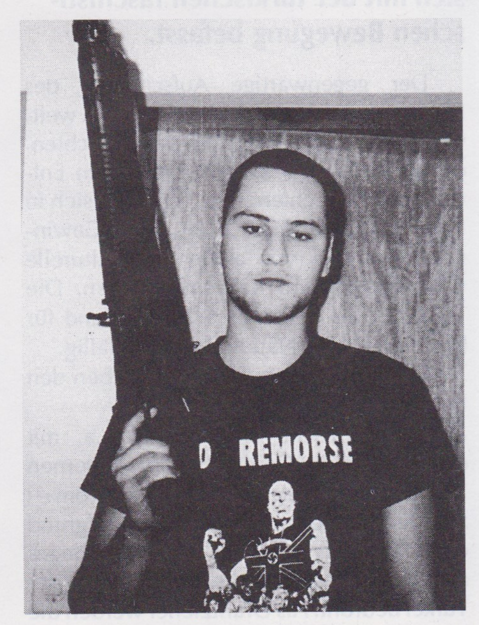
Die NATIONALE JUGEND SCHWEIZ aus Weinfelden ist, wie andere rechtsradikale Gruppen, in der SHS aufgegangen. Sie zählt zu den radikalsten Rechten der Schweiz. Die SHS bringt regelmäßig ein Zine raus, das aber öfter den Namen wechselt. Früher war es der TOTENKOPF, nach sechs Nummern kam der BERSERKER und jetzt ist es der HAMMER aktuell. Der »Hammer« beschäftigt sich mit der Geschichte der SS und verbreitet rassistische und faschistische Äußerungen.

Organisatoren der Feier waren vor allem PATRIK ITEN und Gary Albisser aus Luzern, der auch schon auf der Mitgliederliste der PATRIOTISCHEN FRONT war, sowie ANDI STAUB aus Hägendorf und Reini Fischer aus Rudolfstetten. Für die hermetische Abriegelung war PASCAL LOBSIGER mit seinem HAMMER SECURITY SERVICE zuständig.

Die Bundespolizei hatte wenige Tage vorher die Information an die Kantonpolizei weitergegeben, daß ein Skin-Treffen im Kanton Solothurn oder Aargau stattfinden soll. Doch die Ordnungshüter verhielten sich passiv. Treffpunkt für einige Faschisten war der Aarauer Bahnhof, von wo sie mit Autos nach Schönenenwerd zu einem Picknickplatz gebracht wurden. Die Kantonpolizei schaute zu. Die rund 250 Teilnehmer kamen aus Deutschland, Italien, Österreich, Frankreich und den Niederlanden. Stolz waren die SHS vor allem auf die ausländische Prominenz, darunter ein Vertreter der rechten Musikband STÖRKRAFT und »deutsche Kameraden« in SS-Uniform.

Laut Schweizer Tagespresse hat es keinen Grund zum Eingreifen gegeben. Faschistische Treffen seien nach den Schweizer Gesetzen nicht strafbar, ließ der Sprecher der Bundesanwaltschaft, PETER LEHMANN, verlauten (Der Bund 21.8.95). Das seit einem Jahr gültige Antirassismus-Gesetz findet Anwendung erst dann, wenn rassistische Äußerungen oder Symbole verbreitet werden. Das soll auf die Uniformen, Transparente, die Zeitschrift »Hammer« und die Hitlergrüße nicht zugetroffen haben. So hatte denn auch ein Aargauer Staatsanwalt geäußert, daß »Sieg Heil« oder »Heil Hitler« keine rassistischen Äußerungen seien. Inzwischen haben Privatpersonen Anzeige wegen Verstoßes gegen das Antirassismus-Gesetz eingereicht und das Verhalten der Kantonspolizei heftig kritisiert.

Am 22 Juli hatte zudem in Solothurn ein Treffen der neu gegründeten Rechts Front Olten (RFO) stattgefunden, was aber nicht vorher bekannt worden war. Die Anwesenden waren überwiegend Skinheads aus den umliegenden Kantonen und dem süddeutschen Raum. ■




*Patrik Iten – »Schweizer Hammer-Skins«*

## Schweiz

### Kampagne für Schimanek

Auch in der Schweiz wird die Werbetrommel für den österreichischen Neonazi Hans-Jörg Schimanek gerührt. Der Wehrsportleiter der GdNF war im Frühjahr in Wien zu 15 Jahren Haft wegen Verstoßes gegen das NS-Verbot verurteilt worden. Der ehemalige Großrat der SCHWEIZER VOLKSPARTEI, MICHAEL SETTLER, unterstützt mit einer Ausstellung die »Menschenrechtskampagne« des Schimanek-Vaters, der zugleich Mitglied von Haiders FREIHEITLICHEN ist. Im Rahmen der Austellung in seinem Schloß lud der Schloßherr Settler im Juni zu einer Diskussion über Menschenrechtsverletzungen ein. Anwesende AntifaschistInnen machten lautstark darauf aufmerksam, worum es wirklich in der Veranstaltung ging. Settler, der als Verwaltungspräsident des Bauunternehmen Stuag gearbeitet hat, trat inzwischen zurück. Er wolle sein Leben seiner Druidenakademie widmen, – doch dürften an seinem Rückzug auch die kritischen Zeitungsmeldungen zu seiner Menschenrechtsausstellung eine Rolle gespielt haben.

## Belgien

Der diesjährige Aufmarsch der internationalen Faschistenszene in Diskmuide endete kläglich für die Teilnehmer, die aus Deutschland, Frankreich und Holland angereist waren. 240 ausländische Faschisten, die Hälfte von ihnen Deutsche, waren festgenommen und über die belgische Grenze abgeschoben worden. Zuvor hatten Sondereinheiten der Polizei kräftig zugelangt, als eine Gruppe von Neonazis den belgischen Faschistenführer BERT ERIKSON befreien wollte.

Die belgischen Behörden wollten anscheinend mit ihrem rigorosen Eingreifen der internationalen Nazi-Szene signalisieren, daß Belgien nicht als zukünftiger Ausweichort für Hess-Demonstrationen in Frage kommt. Jedes Jahr im August kommen Rechtsextremisten aus ganz Europa nach Diksmuide im Nordwesten Belgiens, um der gefallenen flämischen Soldaten des 1. Weltkrieges zu gedenken und die Unabhängigkeit Flanderns zu fordern.

## Dänemark

### Gary Lauck an die BRD überstellt

Der US-amerikanische Neonazi und Auslandsleiter der NSDAP/AO, GARY LAUCK, befindet sich seit dem 5. September in bundesdeutscher Haft. Damit ist Dänemark endgültig dem Auslieferungsbegehren der Bundesrepublik nachgekommen. Nachdem das Oberste Gericht Dänemarks der Auslieferung Laucks an die BRD zugestimmt hatte, hatte Lauck einen Asylantrag gestellt, der Anfang September verworfen worden war.

### Dänisches Neonazi-Radio

Dänische Neonazis planen einen Radiosender namens OASIS, hat die Nachrichtenagentur Reuters berichtet. Im Oktober wollen sie zunächst mit einem sechsstündigen Programm pro Woche beginnen. Schwerpunkte des Programmes sollen Diskussionen und Nazi-Rock sein. Sie hätten keine Probleme gehabt, eine Sendelizenz zu bekommen, sagte der Anführer der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB), JONNI HANSEN, gegenüber Reuters.

## England/ Norwegen

### Internationale Anti-Antifa

Die britische Terrorgruppe Combat 18 (C 18) arbeitet verstärkt auf internationaler Ebene. In der letzten Ausgabe ihrer Zeitschrift REDWATCH betonen sie, daß die Zusammenarbeit mit Gruppen aus anderen Ländern erheblich enger geworden sei. In der Ausgabe veröffentlichen sie eine lange Liste von AntifaschistInnen (mit Fotos) aus Norwegen. An die Namen war vor einem halben Jahr eine Person gelangt, die eine norwegische antifaschistische Gruppe infiltriert hatte. Mehrere Seiten von Redwatch sind auch gefüllt mit den Namen und Fotos von BritInnen, garniert mit Mordaufrufen (»*Kill them all!*«

Vertreter von C 18 waren auch bei dem gescheiterten Nazi-Aufmarsch in Roskilde/ Dänemark gewesen. Die britischen Behörden zeigen bisher wenig Initiative, gegen diese Terrorgang vorzugehen. Kenner der Szene sprechen von großer Geheimdienstnähe dieser Truppe.

## Australien

Der bekannte Holocaust-Leugner DAVID IRVING ist mal wieder seinen eigenen Widersprüchen zum Opfer gefallen. Gegenüber einem australischem Radiojournalisten räumte Irving ein, daß in den Konzentrationslagern vier Millionen umgekommen sein könnten. Als der Journalist ihn darauf hinwies, daß er damit den Massenmord an den jüdischen Menschen als Fakt anerkenne, versuchte sich Irving zu entwinden.

Mit Zugeständnissen solcher Art versucht Irving, sich einen Rest an Seriösität in Historikerkreisen zu bewahren. Sie stehen in starkem Kontrast zu seinen Auftritten in der Neonaziszene, wo er Witze über Ein-Mann -Gaskammern reißt. Die Existenz von Gaskammern leugnet er nach wie vor.

## Frankreich

### Wahlerfolge der Front National

Bei den Kommunalwahlen im vergangenen Juni konnte die Front National (FN) einige spektakuläre Erfolge erringen. Drei Stadträte unterstehen jetzt ihrer Kontrolle: Orange bei Avignon, Marignane, Flughafenstadt bei Marseille und die Hafenstadt Toulon. Alle drei Städte befinden sich im Südosten Frankreichs, wo die FN die größte Wählerbasis hat.Dort sind die »Schwarzfüsse«, die Franzosen, die Algerien nach der Unabhängigkeit von 1962 verlassen haben, stark vertreten.

Das beste Ergebnis fuhr die FN jedoch mit 44 % in Noyon ein, eine Kleinstadt im nördlichen Randbezirk von Paris. Marignane brachte 33 %, Orange 31 % und Mühlhausen im Elsaß 30 %. Jetzt hat die FN landesweit 2.000 Mitglieder in Stadträten, dies bedeutet eine Verdopplung gegenüber 1989. Ende des Jahres könnte die FN sogar über einige Sitze im Französischen Senat verfügen, da dort Stadträte stark repräsentiert sind.

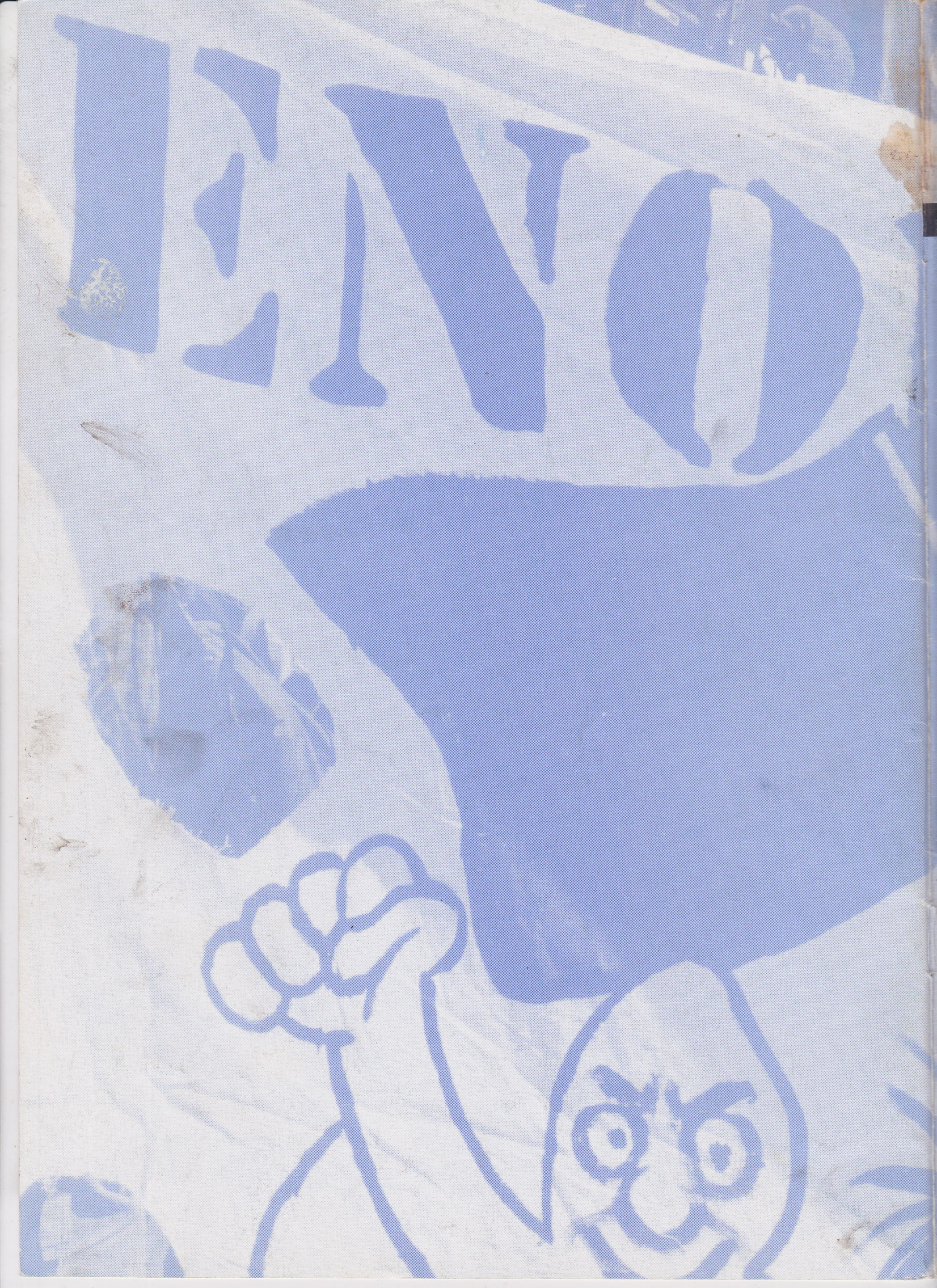
Die REPUBLIKANISCHE PARTEI bemüht sich, im extrem-rechten Bereich zu fischen. Prominentester Fall ist ALAIN MADELIN, ehemaliger Kopf einer faschistischen Gruppe; er ist heute Wirtschafts- und Finanzminister in der französischen Regierung.

## England

### Krieg zwischen Bundesrepublik und Frankreich?

Der Streit um die Vorherrschaft in Europa, der sich momentan an der angestrebten Währungsunion festmacht, werde letztendlich zu einem erneuten Krieg zwischen Frankreich und Deutschland führen. Dies behauptet der britische EU-Beamte Bernard Conolly in seinem Buch »Das verkommene Herz Europas«, das Ende September erscheinen soll. Conolly ist Abteilungsleiter der Generaldirektion für Währungsfragen und bezeichnet die geplante Währungsunion als »*gefährliches*« deutsch-französisches Komplott gegen Britannien, Irland und Dänemark. Gegen Kritiker der Währungsunion werde »*intellektueller Terrorismus« praktiziert,* zitierte die Londoner TIMES den EU-Beamten.

Die Europäische Kommission will die massive Kritik aus ihren Reihen nicht einfach schlucken und erwägt disziplinarische Maßnahmen.


ENO